

DOSSIER

Nr. 8/9, August 2020

„... LEUCHTET DIE ZUKUNFT HERVOR“

Hilmar Höhn

INVESTITIONEN STATT DISKUSSIONEN

Dieses Dossier folgt der zunächst widersprüchlich anmutenden These, die Corona-Pandemie könnte der entscheidende Push für Europa ins Zeitalter von Nachhaltigkeit und Digitalisierung sein. Widersprüchlich, denn der Einbruch des globalen Bruttoinlandsprodukts um sechs und der Anstieg der weltweiten Arbeitslosigkeit auf 9,2 Prozent hat Wohlstand in ungeheurem Ausmaß vernichtet. Die Krise hat uns gezeigt, wie verletzlich die Weltwirtschaft ist. Der Ausfall zunächst einer einzigen Global City der B-Kategorie wie Wuhan hat gereicht, um das weltweite Netzwerk industrieller Produktion ins Straucheln zu bringen.

Machte man einfach weiter wie zuvor, wäre selbst eine Rückkehr in den Status quo vor der Krise nicht mehr zu schaffen. Vor allem aber würde die „Tiefe Transformation“ und damit verbundene mögliche Fortschrittsgewinne unterminiert.

Die Regierungen in Paris, Berlin und in vielen Hauptstädten Europas sowie die EU-Kommission wählen einen anderen Weg. Sie folgen einem Konzept „strategischer Autonomie“.

Dazu gehört, dass die Konjunkturprogramme nicht nur den Nachfrageeinbruch ausgleichen. Sie

setzen darauf, Europa auf zentralen Feldern der Digitalisierung und der nachhaltigen Produktion zu einem Global Player zu machen. Diskutiert wird nicht mehr über die Schließung von Zechen und Kraftwerken, sondern über Investitionen in Computer und Kraftwerke, Speicher und Leitungsnetze der Zukunft.

Einer Gruppe in der Vergangenheit verhafteter Regierungen ist es gelungen, diesen Impuls und Europa selbst zu schwächen. Ihr Erfolg ändert nichts am Prinzip, dass in einem neuen Bündnis von Staat und Wirtschaft dreistellige Milliardenbeträge in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur der Zukunft fließen werden. Die EU wird durch eigene Einnahmen und Kredite zusammenwachsen. Die Kreditaufnahme der EU wird diese selbst verändern.

In diesem Dossier versuchen mit Thomas Wessel, Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor der Evonik AG, dem SPD-Europaabgeordneten Joachim Schuster, dem Grünen Vordenker und EU-Parlamentarier Sven Giegold, dem Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Martin Höpner und dem Vorsitzenden der IG BCE sowie der europäischen Industriearbeitnehmer-Föderation IndustriAll, Michael Vassiliadis, vier Personen mit ihren teils konträren, teils sich bestätigenden Aussagen die Frage zu beantworten, was die Krise für die Weltwirtschaft und die Zukunft Europas bedeutet.

Editorial – Investitionen statt Diskussionen	1	Kapitel 3	44
		Europa bricht auf	44
		Strategische Autonomie für Europa	44
		🔗 Gespräch mit Martin Höpner, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung: Die Corona-Krise – Ein „Game Changer“ für die Europäische Union?	52
		Staat fördert Wirtschaft in ein neues Bündnis	60
		🔗 Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie Energie, über Europa, Konjunkturpakete und die Zukunft der Weltwirtschaft: „Auf Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners wird das nicht gelingen“	65
		Sozialpartner am Scheideweg	73
		Parteien suchen nach Perspektiven über die Krise hinaus	75
Kapitel 1		Kapitel 4	78
Corona-Krise oder der Beginn des 21. Jahrhunderts	3	Boost or bust	78
Neue Unsicherheit	3	Die große Enttäuschung	78
Die autoritäre Versuchung	7	Ein großer Aufbruch braucht (manchmal) eine große Krise	79
🔗 Gespräch mit Joachim Schuster, MdEP (SPD): „Der Markt ist für solche Notwendigkeiten blind“	12	Reformperspektiven für Europa	79
Die nächste Moderne ist in der Entwicklung	18	Die geschredderte Einheit Europas	80
Zukunft ohne Begeisterung	20	Einigkeit im Grundsatz – Europa könnte von Gewerkschaften lernen, ...	81
		... wenn Gewerkschaften diesen Auftrag annehmen.	81
Kapitel 2		Bibliographie	82
Disruption der Disruptionen	22	Autor	86
Wuhan oder ein globaler Stillstand	22	Impressum	86
Globalisierung auf dem Rückzug	26		
Ausbruch einer Krise in der Krise	28		
Krise bringt Transformationsprozesse in Gefahr	29		
🔗 Gespräch mit dem Grünen Europaabgeordneten Sven Giegold: „Wir müssen unsere Naivität aufgeben“	32		
Das Billionen-Programm für Deutschland, Europa und die Welt	39		
➔ Gastbeitrag, Thomas Wessel, Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor der Evonik Industries AG (Essen): Die Rolle vorwärts nach Corona	41		



Kapitel 1

CORONA-KRISE ODER DER BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS

Der Versuch, die Menschheit vor der Ausbreitung einer verheerenden Virus-Pandemie zu schützen, hat derselben die Abhängigkeiten vor Augen geführt, in welche sie nach Jahrzehnten der Globalisierung geraten war. Lieferketten rissen ab, Arzneimittel wurden knapp, Gesichtsmasken und Beatmungsgeräte waren in ausreichender Menge nicht verfügbar. Von China westwärts taten Regierungen das in normalen Zeiten Undenkbare: Sie versetzten Volkswirtschaften in den Tiefschlaf. In manchen Regierungen eskalierten zugleich Handelskriege. Andere stilisierten Lieferungen von Gesichtsmasken zu Demonstrationen ihrer Macht. Die Globalisierung – in den Lehrbüchern ihrer Propheten immer wieder als Quelle von Wohlstand und Frieden beschrieben – entpuppte sich als eine hochgradig gefährdete Risikogemeinschaft. So markierte das Pandemiejahr 2020 das Ende der Globalisierung, wie wir sie kannten. Die Weltwirtschaftskrise markiert den Beginn einer neuen Ordnung der Weltwirtschaft.

Neue Unsicherheit

In der Zeit vor der Corona-Krise gehörte Volker Perthes zu jenen Wissenschaftlern, die selbst in unübersichtlicher Zeit um eine fundierte Antwort nicht verlegen waren. Doch Ende März war der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einem der führenden Thinktanks der Republik, unsicher: Es sei zu früh, abschließende Erklärungen über die Auswirkungen der Corona-Krise abzugeben. Er warnte vor der allzu leicht gewählten Formulierung, „nichts werde je wieder so sein, wie es war“.

Und doch reiht Perthes zu einem frühen Zeitpunkt die Krise in eine Kette von Ereignissen der

jüngeren Geschichte ein, welche die Welt veränderten. Man müsse nicht bis zu den Weltkriegen und der darauffolgenden Gründung der Vereinten Nationen zurückgehen. „In unserem Jahrhundert haben die Anschläge vom 11. September 2001 das Völkerrecht und den Umgang der Staaten mit nicht-staatlichen Akteuren verändert, während sich die G20 mit der Finanzkrise 2008 von einem Club von Finanzministern in ein Gremium verwandelt hat, das in der Lage ist, in einigen weniger kontroversen Bereichen der internationalen Politik eine weiche Lenkungsrolle zu übernehmen“ (Perthes, 2020).

Möglicherweise, so der Politikwissenschaftler weiter, könnte die Corona-Krise die Anstrengun-



gen der US-Regierung zur Entkopplung des Landes von China verstärken. „Wir können davon ausgehen, dass sich der ideologische Streit zwischen China und westlichen Staaten verschärft“, schreibt der Berater der Bundesregierung weiter.

Die rote Supermacht hingegen präsentiere ihr autoritäres System im Umgang mit solch einer Krise gegenüber dem demokratischen Modell als überlegen. Der neue Systemwettbewerb wurde für alle an den Luftfrachtern sichtbar, die vom italienischen Fernsehen prominent in Szene gesetzt, containerweise Atemschutzmasken entluden.

Der US-amerikanische Autor Andrés Ortega schreibt im Online-Magazin „The Globalist“: „Die COVID-19-Krise ist nach den Angriffen vom 11. September und den Folgen, die vom Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers im September 2008 ausgingen, der dritte große Schock des Jahrhunderts, welcher eine wirtschaftliche und finanzielle Ansteckung auslöste“ (Ortega, 2020).

Und Joachim Schuster, Mitglied des Europäischen Parlaments, sagt im Gespräch in diesem Dossier: „Eine Neubesinnung findet statt. Das Gesundheitssystem, von der Forschung über die Produktion von Medikamenten, Materialien und Anlagen bis zu den Kliniken und der ärztlichen Versorgung, muss gestärkt werden. Das ist doch jetzt offensichtlich geworden.“

Der SWP-Experte in Sachen transatlantischer Beziehungen, Markus Kaim, weilte zur Zeit der Corona-Krise im Rahmen eines Fellowships der Zeit-Stiftung und des German Marshall Funds in Washington. In einem Beitrag für die „Neue Zürcher Zeitung“ wirft er in die zeitweise hektische Diskussion ein, aktuelle Ereignisse wie die Corona-Krise nicht überzubewerten. Es müsse unterschieden werden „zwischen langsam sich wandelnden größeren sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Strukturen, deren Veränderungen einen Zeitraum von bis zu mehreren Jahrhunderten einnimmt“.

Eine Ebene darüber liege die „Geschichte der Ereignisse“, welche vordringlich wahrgenommen werde. Man könne auf dieser Ebene behaupten,

die USA hätten unter Donald Trump „ihren Anspruch aufgegeben, als wichtigste Ordnungsmacht der Weltpolitik durch internationale Krisen“ zu führen. „Wenn am 3. November jedoch Joseph Biden die amerikanischen Präsidentschaftswahlen gewinnen sollte und die USA unter seiner Führung wieder zu einer traditionellen Politik des multilateralen Engagements zurückkehren, müssten die Prognosen über einen dauerhaften weltpolitischen Abstieg der Vereinigten Staaten wahrscheinlich revidiert werden“, schreibt er in seinem Kommentar weiter.

Doch ähnlich wie Perthes, Ortega oder Schulz zieht sich bei Kaim der Konjunktiv durch den Text. Als wolle er seiner Unsicherheit über die Bedeutung der Krise Ausdruck verleihen, schreibt Kaim am Ende seines Textes, auch wenn der Einfluss der Corona-Krise auf die Weltpolitik überschaubar bleiben werde, so sei sie doch „ein gewaltiges Ereignis, dessen Folgen uns noch lange beschäftigen werden. Sie beschleunigt existierende Entwicklungen und befeuert bestehende Konflikte“ (Kaim, 2020).

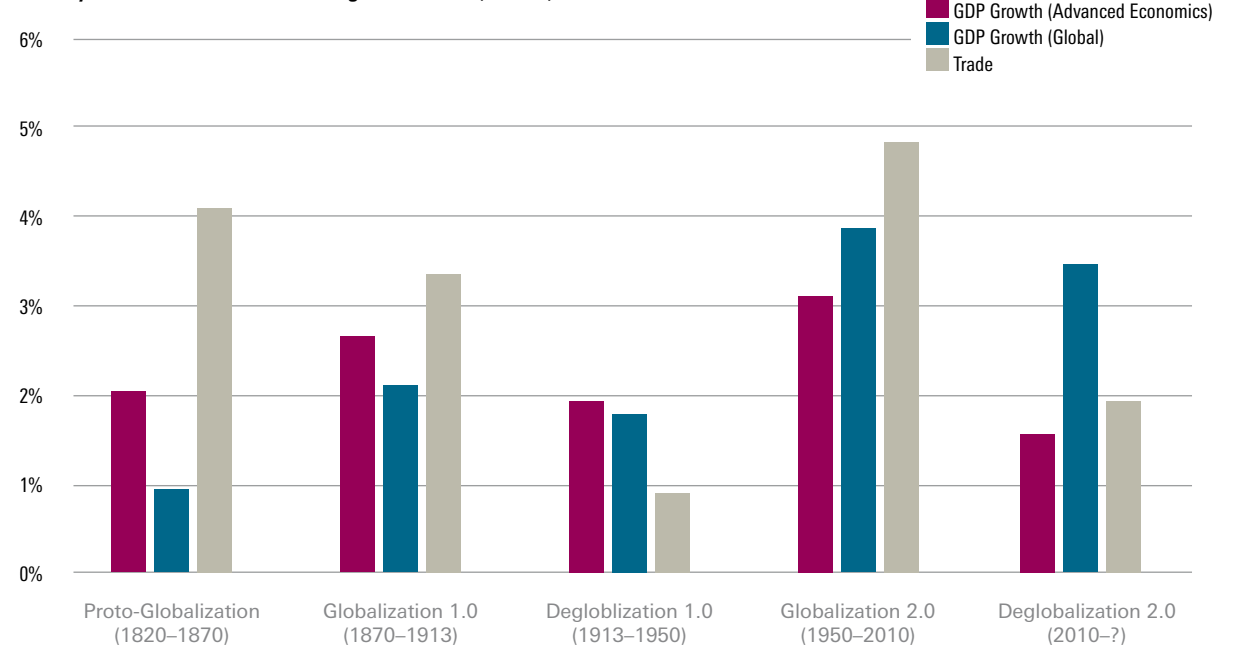
Unsicherheit ist zum Thema unserer Zeit geworden. Herrschte bis gestern noch die Gewissheit, mit Xi Jinping, Wladimir Putin, Jair Bolsonaro und Donald Trump sei die Globalisierung in einen hochaggressiven Aggregatzustand eingetreten, legt sich nun niemand mehr auf Entwicklungen in der nächsten Zukunft fest.

Jeffrey Frankel, Harvard-Professor für Kapitalbildung und Wachstum, versuchte Anfang März 2020 in einem von der „Wirtschaftswoche“ veröffentlichten Aufsatz, die Auswirkungen der Corona-Pandemie konkret zu machen. Unter der Überschrift „Warum das Corona-Virus die De-Globalisierung fördert“ erinnert Frankel daran, dass Chinas Wirtschaft sich schon vor dem „Lockdown“ im Abschwung befunden habe – mit beträchtlichen Folgen für die Weltwirtschaft. 17 Prozent trage Chinas Ökonomie zum globalen Wachstum bei. Nicht nur diese 17 Prozent drohten auszufallen: „Zudem untergraben Störungen in China die Produktionsleistung anderswo. Schließlich laufen in China viele globale Lieferketten zusammen“, finden dort ihren Ausgangs- oder ihren Endpunkt.

„Die Rohstoffexporteure – darunter Australien und die meisten Länder Afrikas, Lateinamerikas und des Mittleren Ostens – dürften am stärksten betroffen sein. China ist tendenziell deren größter Kunde. Doch gefährdet sind alle wichtigen Handelspartner.“

Die USA, so Frankel weiter, könnten nun die Pandemie zum Anlass nehmen, das „Ende einer Ära“ einzuläuten. Sie könnten, im Rahmen einer umfassenden De-Globalisierung ihren Handelskonflikt – oder ist es schon ein Handelskrieg? – eskalieren lassen. „Covid-19 ist nicht der Grund dafür, dass die beiden weltgrößten Volkswirt-

The Cycle of Globalization and Deglobalization (Abb. 1)



Quelle: Bob Swarup, Macro Matters, Camdor Global Advisors, July 2019.

Hans Böckler
Stiftung

schaften diesen Kurs eingeschlagen haben. Aber das Virus könnte ihre Reise entlang dieses Weges durchaus beschleunigen“ (Frankel, 2020).

Mohamed El-Erian, „Chief Economic Adviser“ der Allianz, teilt Frankels Einschätzung. In einem Interview mit „ZEIT ONLINE“ zeigt sich der Assekuranz-Volkswirt überzeugt: „Die De-Globalisierung wird sich beschleunigen.“ Er löst sich in der Begründung seiner These von der engen Fixierung auf das Ereignis und geht auf die „erste Ebene“, auf die zu achten Politikwissenschaftler Kaim gefordert hat. Die Idee der Globalisierung sei schon vor Ausbruch der Pandemie in Bedrängnis geraten, weil „klar wurde, dass sie viele Menschen wirtschaftlich einfach zurückgelassen hat. Dann kam der Handelskrieg der vergangenen Jahre. Aber bisher hatten wir immer noch die Konzerne, die die Globalisierung massiv unterstützten. Jetzt werden wir sehen, wie auch Unternehmen davon Abstand nehmen. All die hochgelobten Konzepte wie Just in Time und kostengünstiges Einkaufen – jetzt haben die Manager erlebt, dass die weltweiten Lieferketten ihre Unternehmen angreifbar machen“ (El-Erian, 2020).

Als 2019 die Abkühlung der Weltkonjunktur schon in Sicht war, die USA unter der Führung von Donald Trump nicht nur mit China, sondern nahezu der ganzen Welt in Handelskonflikten lagen, veröffentlichte das „Atlantic Council“ eine Aktualisierung seiner Studie „Global Risk 2035“. Zu dem Zeitpunkt spielten die wirtschaftlichen Auswirkungen der Bekämpfung der Pandemie also noch keine Rolle. In der von ihm verantworteten Studie

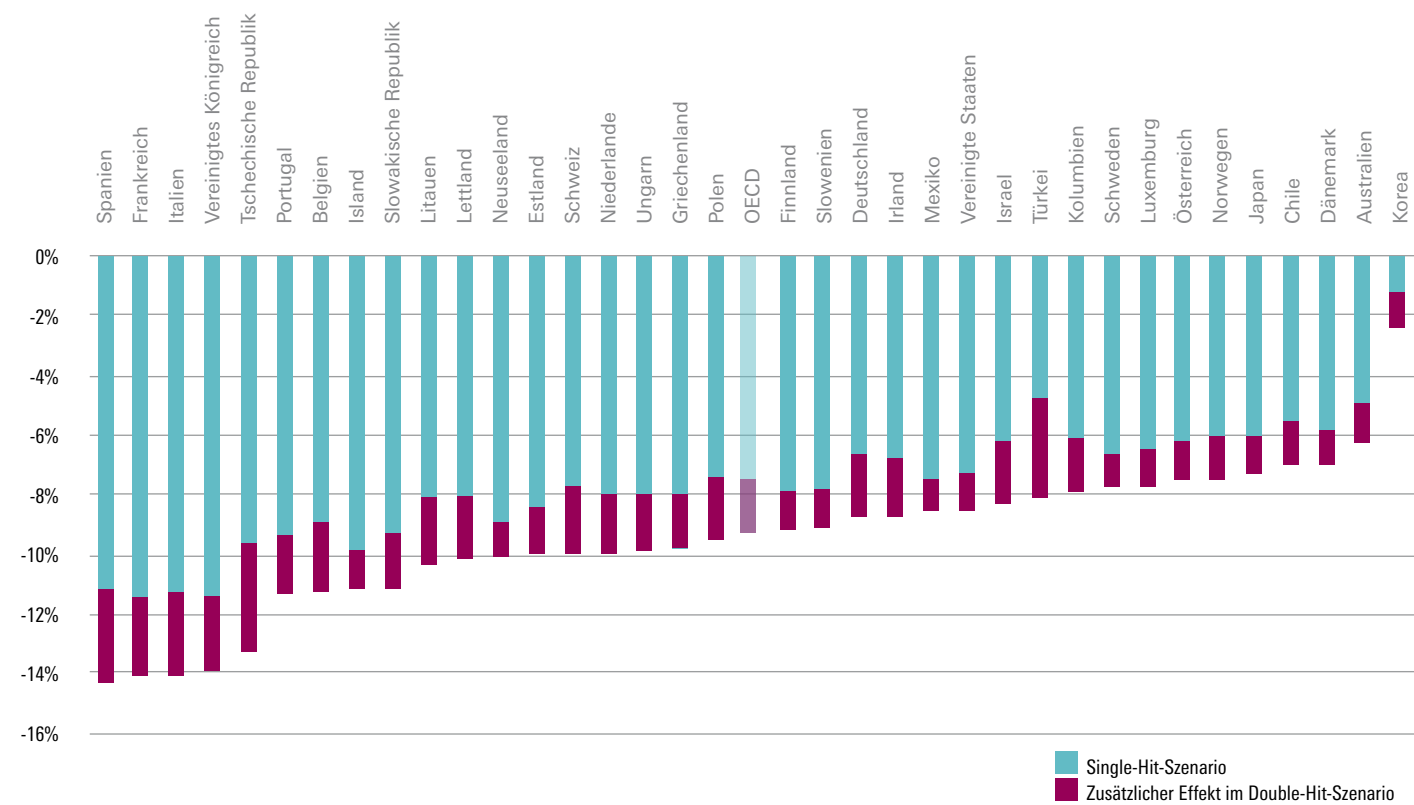
sprach Autor Matthew Burrows schon von „tektonischen Verschiebungen“, welche die Position der USA in der Welt aber auch im Inneren durchschütteln. Abbildung 1 zeigt, wie die unabhängige Stiftung die Entwicklungsphasen der Weltwirtschaft gliedern. Für Burrows ging die zweite große Ära der Globalisierung praktisch mit der Finanzkrise, ausgelöst durch den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers, vor etwas mehr als zehn Jahren zu Ende.

Doch nicht allein die Finanzkrise wird als Ursache genannt. Anstelle der USA, die durch ihre Vorherrschaft über Jahrzehnte Standards und Normen setzten, trete nun eine Weltordnung, die von mehreren Großmächten und ihren immer verschiedener werdenden Technologien geprägt sei. Dass jeder Player eine eigene Internetstrategie mit eigenen Regulierungen entwickle, drohe das verbindende Netz der Globalisierung zu zerreißen. „China hat seine Große Mauer im Internet errichtet, die EU hat die Privatheit im Internet so reguliert, dass sie in den USA nicht übernommen werden. Eine Balkanisierung des Internets [...] scheint immer wahrscheinlicher zu werden. Ein solches Aufbrechen spiegelt die Regionalisierung der Handelsströme wider, die dazu führt, dass stärker regionalisierte Handelsbereiche durch widersprüchliche Technologiestandards voneinander getrennt werden.“

Würde die heutige globale Wissenschafts- und Technologie-Expertengemeinschaft nationaler werden, stiege das Risiko der Rückkehr in eine Rivalität wie zu Zeiten des Kalten Krieges.

„Würde die heutige globale Wissenschafts- und Technologie-Expertengemeinschaft nationaler werden, stiege das Risiko der Rückkehr in eine Rivalität wie zu Zeiten des Kalten Krieges.“

Projiziertes BIP-Wachstum 2020 (Abb. 2)



Quelle: Real GDP forecast (indicator). © OECD Terms & Conditions

Hans Böckler
Stiftung

Burrows, ein früherer Analyst des CIA und Mitglied des den US-Präsidenten beratenden „National Intelligence Council“, schreibt, dass zwischen der Veröffentlichung des Global Risk Reports 2016 und des Updates 2019 wesentliche Veränderungen stattgefunden haben, die er das Ende der „Post-Cold War Order“ nennt. De-Globalisierung, die gewachsene Gefahr militärischer Konflikte zwischen den Großmächten, der näher gekommene Klimawandel, die Rückkehr von Kriegen zwischen Staaten und „das Ende des sozialen Zusammenhalts durch ein gestiegenes Maß an Ungleichheit“ bedeute, dass „wir erkennen müssen, dass der alte historische Rhythmus, der die Grundlagen der westlichen Ordnung gelegt hat, an ein Ende gekommen ist“ (Burrows 2019).

Die Reaktionen vieler Regierungen in der Corona-Krise müssen von ihrer Bedeutung deswegen ganz anders bewertet werden, als einen Versuch, die Ausbreitung der Pandemie zu verhindern und zugleich die Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt weltweit einzugrenzen. Es handelt sich nicht nur, wie Volker Perthes aufgezählt hatte, um die dritte Krise in zwei Jahrzehnten, welche die Welt verändert. Es geht um ganz neue Bedrohungslagen militärischer, ökonomischer und ideologischer Art, es geht um technologische Vorherr-

schaft, um damit eng verbundene Aufrüstung. Lokale Konflikte wie der Kampf um die Einheit der Ukraine, Spannungen zwischen Indien und China und gefährliche Flottenmanöver im südchinesischen Meer sind Erprobungsfelder der neuen Waffens.

Die Prognosen über den voraussichtlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung wurden in der ersten Jahreshälfte 2020 von Monat zu Monat schlechter. Bleibe es bei nur einer Welle der Erkrankung, werde die Wirtschaftsleistung im Euroraum gegenüber 2019 um 9,1 Prozent zurückgehen, rechnet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) in ihrem Wirtschaftsausblick aus dem Juni 2020 vor. In Deutschland drohe eine Schrumpfung um 6,6 Prozent, im ungünstigen Fall einer Wiederkehr der Pandemie sogar um fast neun Prozent.

Härter hat die Weltwirtschaftskrise Frankreich getroffen. Beim westlichen Nachbarn Deutschlands tritt nach OECD-Schätzung die Wirtschaft mit minus 11,4 Prozent den Rückwärtsgang an. Im Falle einer zweiten Welle im Herbst könnten es sogar minus 14 Prozent und mehr werden. Nahezu gleich verheerend sehen die Prognosen für Italien und das Vereinigte Königreich aus.

Der Ausblick für die Weltwirtschaft zur Jahres-

mitte des Krisenjahres 2020 kann die Stimmung auch nicht aufhellen. „Die Wirtschaftstätigkeit weltweit schrumpft 2020 um sechs Prozent, und die Arbeitslosigkeit steigt auf 9,2 Prozent (2019: 5,4 Prozent)“, heißt es in dem Ausblick weiter. Was den Lebensstandard angeht, so sind nach OECD-Rechnung „die Einkommenszuwächse bis 2021 von fünf Jahren zunichte gemacht“ worden (OECD, 2020). Sollte die Weltwirtschaft wegen einer zweiten Welle der Pandemie ein weiteres Mal geschlossen werden, würde der weltweite Einbruch der Wirtschaftsleistung mehr als sieben Prozent betragen, die Erholung fiel selbst 2021 nur mager aus, wie Abbildung 2 zeigt.

Der Abwärtstrend bedroht das Netz von Industrie- und Dienstleistungen in einer Situation, in der es inmitten einer radikalen Erneuerung steht: am Beginn einer „Tiefen Transformation“ (Höhn, 2019), jener Kette vielfacher, sich wechselseitig verstärkender Strukturveränderungsprozesse. Verbrennungsmotoren für Diesel und Benzin stehen ebenso vor dem Aus wie mit fossilen Energieträgern befeuerte Kraftwerke, die Industrie bereitet sich nicht nur auf ein Ende der Rohstoffgewinnung aus Erdöl und Kohle vor, zahlreiche ihrer Erzeugnisse etwa für die Landwirtschaft sind von Verbot oder wachsender Inakzeptanz der Verbraucher infrage gestellt. Sie stehen einer nachhaltigen Ernährung im Weg.

Viele Beschäftigte, vor allem in der Industrie, waren schon vor der Krise unsicher, welche Zukunft ihr Arbeitsplatz hat. Der Betriebsratsvorsitzende von Audi etwa forderte 2019 vom Vorstand der VW-Tochter „ein Ende der Verunsicherung“. Die großen Werke in Ingolstadt und Neckarsulm arbeiteten schon damals deutlich unter ihrer Kapazität. Überlegungen des Managements, die Produktion von Verbrenner- und Batterieantrieben in jeweils einem Werk herzustellen, lehnte der Betriebsrat ab, berichtete der Bayerische Rundfunk aus einer Betriebsversammlung (BR, 2019). Kein Wunder: Niemand weiß, welche Technologie sich am Ende durchsetzt. Bei den Verlierern will auf jeden Fall keine der Belegschaften landen.

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie sich die Corona-Pandemie und die Folgen ihrer Abwehr auf die Stimmung der Konsumentinnen und Konsumenten ausgewirkt haben, ließ die Unternehmensberatung Berylls weltweit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befragen. In Deutschland erklärten lediglich 44 Prozent der Befragten, sie hätten keine Sorgen um ihre Arbeit, 45 Prozent hingegen waren voll Sorge, dass sie künftig weniger verdienen oder ihre Stelle ganz verlieren könnten. In den USA waren es zwar nur 42 Prozent der Beschäftigten – dort hatten zum Zeitpunkt der Befragung allerdings auch schon neun Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mangels sozialstaatlicher Puffer wie Kurzarbeit ihren Arbeitsplatz verloren. Und in Chinas Staats-

wirtschaft hatten 40 Prozent der Beschäftigten existenzielle Sorgen (Berylls, 2020).

Die autoritäre Versuchung

Unwohlsein brach sich am Ende des ersten „Lock-downs“ im Mai 2020 auch politisch Bahn. In Deutschland etwa gelang es Anhängern und Anhängerinnen verschiedener Verschwörungslügen, in vielen Städten tausende Menschen gegen die von der Regierung verhängten Schutzbestimmungen wie etwa das Tragen von Mundschutz oder das Verbot größerer Versammlungen zu mobilisieren.

Gestützt auf die Aussagen zweifelhafter medizinischer Experten und Expertinnen und wirr aus den Internet zusammengeklauter Geschichten über Mark Zuckerberg, Bill Gates oder die angebliche Verschwörung der Familie Rothschild gegen die Menschheit, verstiegen sich Rednerinnen und Redner auf Kundgebungen zu absolut verstörenden Aussagen über angebliche Segnungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, oftmals bezeichneten sie die Bundesrepublik Deutschland als totalitären Staat mit gleichgeschalteten Medien – bis hin etwa zu Morddrohungen eines veganen Kochs namens Attila Hildmann gegen den Grünen-Politiker Volker Beck.

Als Zeichen ihres angeblichen Andersdenkens binden sich die Anhängerinnen und Anhänger aus Aluminium gerollte Kugeln um den Hals, über soziale Medien erreichen die Botschaften des Veganer-Papstes Hildmann oder des einstigen Schmutzsebarden Xavier Naidoo hunderttausende „Follower“.

Der Politikwissenschaftler Tom Mannewitz erklärt im „Deutschlandfunk“ den Ursprung der neuartigen „Hygienedemos“ so: „Wir sehen hier ein Grundproblem der (deutschen) Demokratie, dass das Vertrauensverhältnis zwischen einem Teil [...] der Gesellschaft und der Regierung beziehungsweise der Politik im Allgemeinen massiv zerrüttet ist, ein massives Glaubwürdigkeits- und Vertrauensproblem, und das schlägt hier zu Buche. Da ist Corona eher der Anlass als der Auslöser dafür“ (Mannewitz, 2020).

Die Sozialpsychologin Pia Lamberty nennt Krisenerlebnisse als Türöffner in die Welt der Verschwörungsmärchen. Ebenfalls im Gespräch mit dem „Deutschlandfunk“ sagt sie: „In einer Situation, in der man das Gefühl hat, man hat keine Kontrolle – das kann sowas sein wie Corona-Pandemie – in der wir ja alle nicht wissen, wie es weiter geht. Man ist mit so vielen Informationen konfrontiert, man sitzt viel zu Hause, weiß nicht, wann öffnen Schulen, kommt es zu einer zweiten Welle? Aber auch private Situationen, der Verlust des Berufes, einer Partnerschaft, die endet oder Krankheiten: Das sind genau die Faktoren, in denen



Menschen versuchen, Muster zu sehen, Strukturen herzustellen und in denen es einfacher für sie ist, einen mächtigen Akteur anzunehmen und den hinter allem zu vermuten, als mit dieser eher Unsicherheit umzugehen“ (Lamberty, 2020). In der Corona-Krise summieren sich unzählbare solcher Einzelerfahrungen zu einer umfassenden Kontrollkrise. Die entlädt sich dann in der Bereitschaft, offenbar den größten Blödsinn für Wahrheit und die sorgsam erforschten Ergebnisse des Robert-Koch-Instituts für Lügen zu halten.

Mannewitz weist in seinem Interview darauf hin, dass an den „Hygienesemos“ auch Frauen und Männer aus dem rechtsextremen und rechts-populistischen Umfeld teilnahmen, teilweise selbst Veranstalter dieser Kundgebungen waren. Damit stehen die in der Corona-Krise entstandenen Bewegungen in der schon etwas älteren Tradition des von Rechtsaußen mit viel Geld aus dunklen Kanälen initiierten anti-elitären Protestes, der sich erstmals 2015/16 in den fremdenfeindlichen Kundgebungen gegen Flüchtlinge in Deutschland entlud.

Der Politikwissenschaftler Lars Rensmann hat sich intensiv mit dem Thema Antisemitismus und seinem Fortbestehen in Deutschland nach 1945 beschäftigt. Nach seiner Sicht überrascht die Verbindung zwischen Menschen, die esoterischen oder verschwörerischen Wahnvorstellungen und Rechtsextremismus anhängen, nicht. In einem Aufsatz für die Zeitschrift „Psychoanalyse“ aus dem Jahr 2013 schreibt er über antisemitische Dis-

Kurse: „Juden verkörpern in antisemitischen Diskursen eine Vielfalt von negativen und bedrohlich wahrgenommenen Erscheinungen und Phantasmen: Verschwörungsmacht, Geldmacht, Heimat- und Ruhelosigkeit, gesellschaftliche Transformationen, eine geschlossene, partikularistische Gemeinschaft und ‚heimatlosen‘ Kosmopolitanismus, ‚kulturelle Dekadenz‘ und Geist, die Sphäre der Vermittlung, des Handels und der Medien; aber eben zugleich auch ‚niedere‘ Existenz und Motive, sexuelle Gier und generell Triebhaftigkeit.“

Antisemitismus könne „sich zu einer anti-modernen Welterklärung verdichten“, schreibt Rensmann weiter. Diese Weltdeutung ist mit modernen Verschwörungslügen aufs innigste verwandt, von denen aus es meist „nur ein kleiner Schritt ist zur antisemitisch besetzten sozialen Paranoia“ (Rensmann, 2013).

In den Auseinandersetzungen in Deutschland mischen sich alle diese Ebenen. Der Koch Attila Hildmann ruft zu den Berliner „Hygienesemonstrationen“ auf und tut sich dort wie auf seinem Account bei dem Social-Media-Dienstleister „Telegram“ mit antisemitischen Äußerungen (Welt, 2020), später dann auch mit Morddrohungen hervor.

In Pirna lädt der AfD-Stadtrat Tim Lochner zu Demonstrationen gegen das Tragen von Mundschutz und Kontaktbeschränkungen ein (Sächsische Zeitung, 2020).

Und in Stuttgart ist es der Internet-Unternehmer Michael Ballweg, der mit einer „Querden-

ken“-Initiative Woche für Woche Menschen zu Kundgebungen auf die Stuttgarter Festwiese, den Wasen, aufruft. Am 19. Mai 2020 schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ über die Kundgebungen, zu denen Tausende kommen: „Besorgte Bürger, Familien mit Kindern, Esoteriker, aber auch Impfgegner, Virusleugner, Verschwörungstheoretiker und Rechtsextreme – die Kritiker des ‚Lockdowns‘ sprechen mit vielen Stimmen.“ Was sie eint: „Es ist viel Misstrauen und Wut gegen die Obrigkeit zu spüren in der Menge“ (Stuttgarter Zeitung, 2020).

Der Barde Xavier Naidoo verbreitet über seine digitalen Kanäle in den sozialen Netzwerken wirre Behauptungen über die angeblich flache Erde und reiht sich ein in die krude Ideenwelt der Corona-Leugner und -Leugnerinnen. Dass seine Aussagen widersprüchlich sind, scheint ihm dabei egal zu sein. Die „Frankfurter Rundschau“ zitiert Naidoo: „Wir müssen so tun, als gäbe es eine tödliche Pandemie, wir müssen diese Dinger tragen und damit zeigen, dass wir unser Hirn abgegeben haben“. Und weiter: „Bringt uns verdammt nochmal Beweise, dass dieses Ding echt ist.“ Im nächsten Atemzug ist der Virus-Zweifler dann aber von der Gefährlichkeit der Infektionen überzeugt: „Lieber Herr Spahn, lieber Herr Drosten, böse Frau Merkel, es tut mir leid, wir können das nicht mitmachen, nicht nur, dass Sie unsere Wirtschaft an die Wand fahren, Sie bringen unsere Alten um“ (Frankfurter Rundschau, 2020).

Der Sänger Naidoo sei kein Einzelfall in der Musikszene, schreibt der Ex-Rapper Ben Salomo in einem Beitrag für die „Jüdische Allgemeine“: „Die Leute in der Rap-Szene zogen sich eine Menge dieser ‚Filmchen‘ rein und relaxten gleichzeitig bei einem abendlichen Joint. Das Ganze blieb aber nicht ohne Folgen, denn die Inhalte dieser Videos wurden für viele in der Szene mit der Zeit zum Mindstate. Ich konnte es bei meinen Kollegen, die

teilweise auch sehr gute Freunde von mir waren, beobachten: Psychoaktive Drogen und manipulative Verschwörungsdokus sind ein toxischer Cocktail für den Verstand“ (Salomo, 2020).

Das hohe Maß an Resonanz auf die gefährlich kruden Welterklärungsmodelle aus dem Internet ist keine neue Erscheinung. Vielmehr tritt in der Krise die Bereitschaft, die Welt im Klammergriff bössartiger Mächte zu sehen, in Deutschland erstmals politisch in Erscheinung.

Ganz überraschend ist der Ausbruch von kollektivem Irrsinn nicht. Tatsächlich maßen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon seit einigen Jahren ein wachsendes Maß an Bereitschaft, Politik als gekauft und ferngesteuert anzusehen. Abbildung 3 ist der 2018 erschienen Studie „Flucht ins Autoritäre“ entnommen. Sie zeigt, dass in Abhängig von der Fragestellung zwischen einem Fünftel und fast einem Drittel der Deutschen daran glauben, dass finstere Mächte und nicht sie als Souverän den Lauf der Geschichte verfolgen.

Schlimmer noch: Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten widerspricht der Behauptung, es gebe geheime Organisationen, „die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Und mehr als die Hälfte stimmt der These zu, dass „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ seien. Die Beobachtung wird durch eine Befragung von mehr als 6.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung im Juni 2020 zu den Auswirkungen der Krise auf ihr Leben befragt wurden, gestützt. Danach „können sich 39 Prozent aller Befragten auch vorstellen, dass die Pandemie ‚benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen‘. Dieser Verdacht“, heißt es in einer Veröffentlichung der Stiftung weiter, „ist unter

Zustimmung zur Verschwörungsmentalität (in %) (Abb. 3)

	stimme nicht zu (1-3)	(4)	stimme zu (5-7)
die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden. (N=2.405)	57,9	20,7	21,3
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. (N=2.405)	51,2	19,8	29,0
Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte. (N=2.392)	48,2	21,0	30,8

Skalierung von 1 = »stimme überhaupt nicht zu« bis 7 = »stimme voll und ganz zu«, in den Zwischenstufen keine schematische Einordnung; eine Faktorenanalyse (Oblim) erbrachte einen Faktor, auf den alle drei Aussagen laden (Aussage 1 = .8767; Aussage 2 = .928; Aussage 3 = .892), Cronbachs Alpha = .877

Quelle: „Flucht ins Autoritäre“, 2019

Hans Böckler
Stiftung

„Verschwörungstheorien untergraben demokratische Mechanismen und können so als antidemokratische Machtmittel genutzt werden.“

Menschen mit niedrigen Einkommen ebenfalls überdurchschnittlich verbreitet: Hier stimmen 50 Prozent zu“ (Hans-Böckler-Stiftung, 2020).

In dem in der Studie „Flucht ins Autoritäre“ enthaltenen Aufsatz „Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen“ schreiben Oliver Decker und Elmar Brähler: „Es scheint zwar paradox, dass ausgerechnet die Annahme Sicherheit bietet, es gäbe mächtige Gruppen, die im Geheimen die Fäden ziehen; aber in der psychischen Logik erzeugt diese Halluzination das dringend gebrauchte Gefühl, Kontrolle über die relevanten Lebensbereiche zu haben: Man glaubt zu wissen, wer die Geschicke der Welt lenkt und wo der Feind steht“ (Decker/Brähler, 2018).

Die Verbreitung von Verschwörungslügen ist kein deutsches Phänomen. Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt eine Studie der Fondation Jean-Jaurès (Höhn, 2020).

Auch in den USA spielten und spielen „Fake News“ und „Alternative Wahrheiten“ eine entscheidende Rolle im Kampf von Donald Trump um seine Wahl und mögliche Wiederwahl als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Marlene Schönberger hat in einer 2017 veröffentlichten Studie den Zusammenhang von Verschwörungslügen und demokratischer Kultur eingehend untersucht. „Verschwörungsdenken nimmt in unsicheren politischen Zeiten zu und wird andererseits in stabilen Demokratien zurückgedrängt. Bewohner_innen und Regierende stabiler demokratischer Systeme benötigen keine alternativen Erklärungen, Sündenböcke oder Legitimationsgrundlagen.“

Und weiter schreibt Schönberger: „Verschwörungstheorien untergraben demokratische Mechanismen und können so als antidemokratische Machtmittel genutzt werden. Ebenso lässt sich [...] urteilen, dass eine starke Verbreitung und Akzeptanz von und vor allem ein ausgeprägter Glaube an Verschwörungstheorien darauf hindeutet, dass Grundvoraussetzungen der Demokratie gefährdet sind und dass der Stellenwert der Demokratie in einem Staat und seiner Bevölkerung als niedrig eingeschätzt werden kann“ (Schönberger, 2017).

Die Szene mischt inzwischen auch überall mit, wo es scheinbar Gutes aus der Vergangenheit zu bewahren gibt. Ob für Dieselfahrzeuge demonstriert wird, gegen den Bau der Tesla-Fabrik vor den Toren Berlins oder gegen die Stilllegung von Braunkohletagebauen: Die AfD und andere rechte Gruppierungen versuchen die Unsicherheit in Folge der „Tiefen Transformation“ und neuerdings wegen der Corona-Pandemie in ihrem Interesse umzuleiten.

Damit gewinnt eine Verweigerungshaltung, geboren aus einer unscharfen allgemeinen Verunsicherung, eine politische Dimension. Das Ringen um die Zukunft hat mehr als nur eine ökonomische oder technologische Dimension. Es gibt eine Zu-

kunftsverweigerung eines aus vielerlei Gründen verunsicherten Teils der Bevölkerung, in der Autoritäre mehr als ein Teil sind. Sie geben den Ton an.

Zugleich gibt es den Wettstreit um die politische Vorherrschaft rund um den Globus. Insbesondere autoritäre Regime wie das von Russland, China oder dem Iran setzen darauf, die vermeintliche Überlegenheit ihrer Herrschaftssysteme unter Beweis zu stellen und ihren Machtanspruch mal mittels Technologien mal durch Stärkung anti-demokratischer Kräfte in ihrem Sinne auszuweiten.

In einer globalen Medienwelt stoßen Verschwörungsfanatiker und -fanatikerinnen, alte und neue Nazis und Agenturen autoritär und totalitär beherrschter Staaten zusammen. Daraus ergibt sich eine brandgefährliche Mischung.

Die China-Korrespondentin der „Süddeutschen Zeitung“, Lea Deuber, etwa berichtete 2019 über die nationale als auch internationale Medienstrategie der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Der Präsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, etwa habe gefordert, dass sich Journalisten und Journalistinnen „eng mit den Gedanken, der Politik und den Aktionen der Partei verbünden“ sollten. Auf den in China befindlichen Auslandskorrespondenten und -korrespondentinnen lastete erheblicher Druck, die Situation sei „so schlimm wie in den vergangenen 20 Jahren nicht“ (Deuber, 2019).

Nicht nur in China selbst versucht die KPCh Medien auf Spur zu bringen. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ berichtet, dass China „nach weltweiter medialer Hegemonie“ strebe.

Das chinesische Staatsfernsehen „ist inzwischen in 140 Ländern zu empfangen und produziert an großen Standorten in Afrika, Amerika und Europa maßgeschneiderte Programme für die jeweiligen Märkte“.

Zur Strategie gehöre im Rahmen des Projektes „Neue Seidenstraße“ ein Medienprogramm „Belt and Road News Alliance“ genannt. Es beinhalte auch Investitionen in Verlage und Sender rund um den Globus.

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ nennt Afrika als Beispiel dieser Medienstrategie: „In der Öffentlichkeit vieler afrikanischer Länder wird die mediale Präsenz Chinas überwiegend als willkommenes Gegengewicht zum Einfluss westlicher Länder wahrgenommen. Doch im Gegensatz zu Konkurrenten wie der Deutschen Welle oder Voice of America, deren redaktionelle Unabhängigkeit gesetzlich garantiert ist, werden CGTN und China Radio International nicht nur staatlich finanziert, sondern inhaltlich von der chinesischen Regierung kontrolliert.“

Auch in Europa versuche das totalitäre Regime der KPCh Einfluss auf Medien zu gewinnen. Unter Berufung auf den Finanzinformationsdienstleister Bloomberg berichtet die Organisation weiter, China habe allein in Europa für drei Milliarden Euro Anteile an bestehenden Medienunternehmen ge-



kauft, die von einer „speziellen Abteilung“ der KPCh gesteuert würden. In Tschechien etwa soll der chinesische Konzern CITIC die Mehrheit „an den Mediengruppen Empresa Media und Medea gehalten haben“ (Reporter ohne Grenzen, 2019).

Auch das Regime in Russland setzt stark auf seine Auslandsmedien, um gezielt Stimmung in Teilen der Bevölkerung zu machen. Der über das Internet verbreitete Sender RT (Russia Today) etwa bietet ein redaktionelles Vollprogramm in deutscher Sprache, die Redaktion hofiert linke wie rechte „Systemkritiker“ und adressiert Nachrichten ganz gezielt an die Gemeinde der Russland-deutschen.

Neben solchen offiziellen Medienkanälen bedienen sie sich auch informeller Kanäle, um Medienschaffende wie Oppositionelle einzuschüchtern oder Desinformationen zu verbreiten. Der Jahresbericht 2018 des Bundesamtes für Verfassungsschutz etwa schreibt: „Die Bedrohungslage für Deutschland durch Spionage, Einflussnahme und andere nachrichtendienstliche Aktivitäten hat sich 2018 tendenziell verschärft.“ Es gehe dabei nicht nur um Informationsgewinnung mit dem Ziel, militärisch, technologisch oder wirtschaftlich „einen Wissensvorsprung“ zu erzielen. Vielmehr präge ein „Wettkampf um eine geostrategische Vorherrschaft“ die internationalen Beziehungen.

Dazu attackierten ausländische Dienste gezielt „zumeist ohne offenes Visier die Funktionsweisen demokratischer Staaten, deren Institutionen oder deren systematische Schwächen“, um auf Ent-

scheidungsprozesse einzuwirken. „Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation nutzen in großem Umfang Cyberangriffe zur Informationsbeschaffung, aber auch in einzelnen Fällen zur Desinformation und Propaganda“, heißt es im Verfassungsschutzbericht weiter. Um Unternehmen, Behörden und Organisationen digital anzugreifen und falsche Nachrichten zu verbreiten, setze die Russische Föderation auf eine Reihe sogenannter APT-Gruppierungen, die sich „durch eine hohe technische Qualifikation“ auszeichneten und „über starke finanzielle Ressourcen“ verfügten. Angriffsziele dieser Einheiten sind internationale Organisationen wie die NATO, Universitäten, politische Stiftungen und Parteien. „Im Februar 2018 wurde [...] eine mutmaßliche Infektion des Netzwerks eines deutschen Medienunternehmens“ durch die APT-Gruppierung „Sandworm“ öffentlich.

Ähnliche Vorwürfe erhebt der Verfassungsschutz gegen chinesische Nachrichtendienste, die sich mehr gegen Unternehmen und deren Informationen richten. „Chinesische Cyberangriffe erfolgen größtenteils im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Weltmachtambitionen und des geltenden ‚Made in China 2026‘-Plans“ (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2018).

Die Welt de-globalisiert sich nicht nur auf der Ebene von Wirtschaft. Aus dem Internet, das keine verbindende Sphäre des Vertrauens mehr ist, ist ein Motor des Zerfalls der Welt in miteinander konkurrierende Blöcke kontinentalen Ausmaßes geworden.



Gespräch mit Joachim Schuster, Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD):

„DER MARKT IST FÜR SOLCHE NOTWENDIGKEITEN BLIND“

Joachim Schuster sieht in den 2020 aufgelegten Konjunkturprogrammen Hebel, um Europas Wirtschaft „in die Zukunft zu katapultieren“. Für den Sozialdemokraten und Mitglied des Europäischen Parlaments ist das nicht nur technologisch und aus Gründen des Klimaschutzes geboten. „Es ist für mich die beste Strategie gegen den zunehmenden Nationalismus.“ Es könne auch zu einer dauerhaften Abkehr einer neoliberalen Globalisierung führen. Aus seiner Sicht macht das inzwischen von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten beschlossene Billionenprogramm der EU für Konjunktur und Zukunft auch sichtbar, dass auch eine demokratische Weiterentwicklung der EU dringend geboten ist.

Hilmar Höhn: Herr Schuster, an welcher Stelle Ihrer Geschichte befindet sich die Europäische Union nach dieser hoffentlich ersten und letzten Welle der Corona-Pandemie?

Joachim Schuster: Europa steht vor einer sehr großen Herausforderung. Ich sage es gleich vorweg: Scheitern wir bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Sozialkrise, in welche die Abwehr einer verheerenden Seuche geführt hat, kann das durchaus dazu führen, dass Europa scheitert, und zwar vollständig. Allerdings gibt das vom Rat Mitte Juli beschlossene europäische Wiederaufbauprogramm Anlass zur Hoffnung. 750 Milliarden Euro sollen durch eine Schuldenaufnahme der EU für ein umfangreiches Konjunkturprogramm mobilisiert werden. Davon sollen 390 Milliarden als Zuschüsse an die Mitgliedsstaaten ausgezahlt werden. Die restlichen

360 Milliarden sollen als günstige Kredite zur Verfügung gestellt werden. Soweit die Erfolgsmeldung. Damit sind Voraussetzungen für eine Krisenbewältigung auch in den stärker betroffenen Mitgliedsstaaten geschaffen worden. Durchaus eine beachtliche europäische Solidarität.

Aber der Ratskompromiss enthält auch einige Schattenseiten. Die Verknüpfung der Investitionsprogramme mit Zukunftsinvestitionen zum Klimaschutz und zur Digitalisierung ist relativ schwach. Es gibt keine Bindung der Unterstützung an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit. Das Parlament hat keine formale Mitentscheidungsrechte bei dem Wiederaufbauprogramm. Der Bezug auf das Europäische Semester kann auch als Wille einiger Mitgliedsstaaten zur Beibehaltung der Austeritätspolitik gedeutet werden. Aber vor allem: Das vier Tage andauernde Geschacher im Rat hat auch gezeigt, wie dominant die nationalen Egoismen trotz der enor-

„DAS EIGENTLICHE INVESTITIONSPROGRAMM PUSCHT DIE WIRTSCHAFT, STÄRKT DIE FORSCHUNG - DAS IST KEINE MINUS-NUMMER WIE DIE ALTEN PROGRAMME DES ESM UND DER TROIKA.“



men Herausforderung durch die Pandemie sind. Der Kompromiss kam nur zustande, weil sämtlich nationalen Sonderinteressen in einem komplexen Paket bedient wurden.

Dennoch muss der Rats-Beschluss über das Recovery-Programm als ein historischer Erfolg gewertet werden. Er stellt eine deutliche und notwendige Kurskorrektur der EU-Politik dar. Die aufgezeigten Schwachstellen gilt es in den nächsten Monaten zu bearbeiten.

Dossier: Millionen Europäerinnen und Europäer haben mit Recovery-Programmen nicht immer die besten Erfahrungen gemacht. Ich erinnere an die Politik der Troika, die als Voraussetzung der Abwehr von Staatsbankrotten von Ländern wie Griechenland, Italien oder Spanien in den Bankrott ihrer Arbeitsmärkte und ihrer sozialen Sicherung getrieben haben. Die konnten nichts dafür, dass in den USA eine gewaltige lügende-triebene Börsenblase platzte.

Schuster: Zwei Dinge sind jetzt grundlegend anders: Die damals vergebenen Kredite mussten kurzfristig zurückgezahlt werden. Und sie wurden mit asozialen Bedingungen verbunden – klassische Austeritätspolitik. Jetzt geht es um Zuschüsse in einer Größenordnung von 500 Milliarden Euro – keine Kredite! Und: Der europäische Wachstums- und Stabilitätspakt, der einigen Mitgliedsstaaten gerade in Krisen die Luft zum Atmen raubt, ist bis auf Weiteres außer Kraft gesetzt.

Dossier: Aber die Mitgliedsstaaten werden auch eigene Programme auflegen müssen, um an die Zuschüsse der Gemeinschaft zu kommen.

Schuster: Natürlich müssen auch die Mitgliedsstaaten selbst alle Anstrengungen unternehmen, um die Krise zu überwinden. Aber es geht jetzt auch darum, in welchem Umfang die EU die Staaten dabei unterstützt. Deswegen wird zu Recht vorgeschlagen, dass die EU sich die Fördermilliarden an den Kapitalmärkten beschafft. Das heißt: 27 Mitgliedsstaaten gehen gemeinsam in die Verantwortung für die Zukunft Europas. Es wird also nicht so sein, dass es Geber und Empfänger gibt. Es wäre ein gemeinsames Projekt. Zudem ist es von großer europapolitischer Bedeutung, dass die Einnahmen (Steuern oder Umweltabgaben) der EU gestärkt werden, um daraus den Schulden-

dienst zu leisten. Allerdings hat sich der Rat bisher davor gedrückt, diese Absicht hinreichend zu konkretisieren.

Dossier: Sie teilen also die Befürchtung nicht, dass die Konjunkturprogramme mit neuen asozialen und undemokratischen Auflagen verbunden werden?

Schuster: Lassen Sie mich das mal so sagen: Die Tatsache etwa, dass plötzlich das Gesundheitswesen als strategische Ressource gesehen wird, ist ein wichtiger Fortschritt. In der Austeritätszeit war das Gesundheitswesen vor allem ein Feld zur Kürzung staatlicher Ausgaben.

Die EU hat zudem als kurzfristige Krisenreaktion das SURE-Programm aufgelegt, das Arbeitslosen-kassen stabilisiert, wenn sie in Not geraten. Damit gibt es in Europa eigentlich keinen Grund mehr, warum kein Kurzarbeitergeld gezahlt oder die Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden müssten.

Und das eigentliche Investitionsprogramm puscht die Wirtschaft, stärkt die Forschung – das ist keine Minus-Nummer wie die alten Programme des ESM und der Troika.

Dossier: Wäre nicht noch eine deutlichere Umkehrung notwendig: Wer Zuschüsse von der EU beantragt, verpflichtet sich damit zu einem Ausbau demokratischer Rechte und sozialer Sicherungssysteme? Es gibt in vielen Mitgliedsstaaten keinen ausgeprägten Sozialstaat, in der Finanzkrise wurden soziale Sicherungssysteme vielfach beschädigt, Tarifverträge haben in vielen Ländern ihre Wirkung verloren. Das Soziale und damit auch das Demokratische haben schwer gelitten. Wer also Zuschüsse beantragt, um das Produktionspotenzial in Industrie und Dienstleistungen zu steigern, muss auch dafür sorgen, dass künftige Erträge und Ertragskraft dem allgemeinen Wohl zufließen. Es sind ja die Bürgerinnen und Bürger Europas, die am Ende für Summen geradestehen müssen.

Schuster: Die EU hat auf dem Feld der Sozialpolitik nur eine sehr eingeschränkte Kompetenz, etwa auf dem Feld des Arbeitsschutzes. Aber der Sozialstaat eines Landes, die dort geltenden Mitbestimmungsrechte, die Tarifordnung oder die Systeme der sozialen Sicherungen, dies alles wurde ja bewusst nicht zum Gegenstand der europäischen Integration.



„DAS RECOVERY-PROGRAMM WIRD NUR EIN DURCHSCHLAGENDER ERFOLG WERDEN, WENN WIR DAMIT DIE ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION BESCHLEUNIGEN.“

Dossier: Von deutscher Seite gibt es auch die Idee, dass die EU eine Arbeitslosenrückversicherung aufbaut. Olaf Scholz hat das vorgeschlagen. Mit dieser Rückversicherung sollen Arbeitsversicherungen, deren Puffer in Krisen leerlaufen, stabil gehalten werden. Auch so eine Lehre aus der Finanzkrise.

Schuster: Das wäre ein wichtiges Projekt, das ich und meine Fraktion voll unterstützen. Die Rückversicherung funktioniert freilich nur, wenn lediglich einzelne Länder von einer schweren Krise erfasst würden. Menschen dürfen nicht mit ihrer Existenz für etwas in die Haftung genommen werden, wofür sie nichts können. Ökonomisch machen stabile Arbeitslosenversicherungen Sinn, weil sie die Kaufkraft stützen. Und politisch würde man damit anerkennen, dass Arbeitslose in einem geeinten Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Geld- und einer koordinierten Fiskalpolitik immer die Arbeitslosen der ganzen EU sind.

Lassen Sie mich aber noch etwas zum Stabilitäts- und Wachstumspakt sagen. Dieser ist ja nun erst einmal außer Kraft gesetzt. Die Stimmen mehren sich, dass dieser wieder gelten soll, sobald die Konjunktur wieder anzieht. Was das genau heißt, sagt niemand. Wenn er wieder in Kraft gesetzt wird, würde – bei einem inzwischen deutlich höheren Schuldenstand – dieser Pakt und seine falschen Prioritäten wieder greifen. Wir wären wieder beim Vorrang von Schuldenabbau und Senkung der Neuverschuldung. Das könnte den Aufschwung in Gefahr bringen. Vor allem rechnet ja niemand damit,

dass die Wirtschaft in der EU schon nächstes Jahr wieder an das Niveau von 2019 anschließt.

Dossier: Sie plädieren dafür, den Pakt für längere Zeit außer Kraft zu lassen?

Schuster: Wenn gemessen am Bruttoinlandsprodukt drei Prozent Neuverschuldung und 60 Prozent Gesamtverschuldung wieder als absolute Ziele gesetzt werden, dann würde das den Erfolg des Recovery-Plans zunichte machen. Ohne eine umfassende Reform sollte der Pakt dauerhaft ausgesetzt bleiben.

Dossier: Sind wir am Ende einer Lernkurve das Thema Austerität betreffend angekommen?

Schuster: Ich hoffe und glaube, dass auch Konservative diese Einsicht teilen. Es ist doch auch beachtlich, dass sich einstige Gegenspieler wie der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Gewerkschaftsbund in dieser Sache einig sind.

Dossier: Kehren wir nun in ein Zeitalter keynesianischer Hydraulik zurück? Ist das der Wendepunkt? Er schlummert wie eine Zeitbombe als Teil des europäischen Gesamtwerkes.

Schuster: Zumindest besteht die realistische Chance. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist schon heute relativ flexibel. Und ein Prozess zu seiner Reform wurde schon vor dieser Krise gestartet. Das kann jetzt Fahrt aufnehmen – es gibt allerdings auch die Gegenkräfte, die genau das nicht wollen. Das zeigt auch der Ratskompromiss zum Wiederaufbauprogramm. Mit dem Beschluss kann man beides begründen: Die Notwendigkeit einer neuen, problemangemessenen Wirtschaftspolitik wie auch die Rückkehr zur Austerität. Und es gibt auch noch diejenigen, die die wirtschaftlichen Lasten der Krise als Begründung nehmen, um am Ausstieg aus einer fossilen Wirtschaft herumzuschrauben. Mal sollen die Abgasnormen im Verkehr nicht so schnell gesenkt werden, andere glauben, der Kohleausstieg könne nun verschoben werden. Das Recovery-Programm wird nur ein durchschlagender Erfolg werden, wenn wir damit die ökologische Transformation beschleunigen.

Dossier: Die Debatte über die Konjunkturpakete wird erfreulicherweise als Modernisierungsdebatte geführt. Das ist neu. Bislang galt immer, dass über die technologischen Pfade, auf denen die Wirtschaft wandelt, von der Wirtschaft selbst bestimmt werden müssen. Nun soll es Geld geben mit einer ganz gezielten Ausrichtung beim Quantencomputing, künstlicher Intelligenz oder der Energiewende. Ist der starke Staat zurück?

Schuster: Nicht der Starke, aber möglicherweise der klug steuernde Staat. Bei Kaufprämien für Autos hätten wir das Modell von vor zwölf Jahren auspacken können. Es gibt Geld für jedweden Kauf eines Autos. Jetzt wird gezielt Elektromobilität gefördert. Das geht bis hin zur Förderung des Aufbaus einer dichten Ladeinfrastruktur. Damit wird ganz klar politisch ein Entwicklungspfad für Dienstleistungen und Industrie beschrieben.

Dossier: Sie kommen aus Bremen. Dort soll es auch ein Mercedes-Werk geben.

Schuster: Richtig. Aber hier werden auch viele Elektromodelle gebaut. Insofern liegt meine Stadt voll im Trend.

Dossier: Reicht die Fixierung auf Umweltthemen eigentlich? Stecken wir nicht inmitten einer „Tiefen Transformation“, in welcher Deutschland und Europa auf nahezu allen Feldern hinterherhinkt? Die ganze Digitalisierung, von der Chiptechnologie, Quantencomputing, künstliche Intelligenz, Software ... da hat Europa etwas zu bieten. Aber wir sind nicht Vorreiter – am ehesten bei der Energiewende.

Schuster: Richtig: Zum großen Sprung gehört mehr als Klimaschutzmaßnahmen im engen Sinne. Nehmen Sie beispielsweise den Mobilitätswandel. Der benötigt neue Technologien. Wir brauchen für ein modernes Europa endlich transnationale Netze für Hochgeschwindigkeitszüge und Gütertransporte. Dies wird ohne die Nutzung digitaler Technologien nicht realisierbar sein. Zudem müssen wir als Voraussetzung für die digitale Transformation viel mehr in Bildung, Entwicklung und Forschung investieren. Sonst ist der große Sprung nicht zu schaffen.

Dossier: Beim Klimaschutz hat Europa einen – wie man heute so sagt – „Unique Selling Point“. Insbesondere bei der Energiewende und bei der Verbannung fossilen Kohlenstoffs aus dem Produktkreislauf sind wir in der Lage, den Takt der Moderne zu bestimmen – wenn auch nicht unbestritten – oder wenn wir wie bei der Photovoltaik keine dussligen Fehler machen. Andere Technologien sind in einem ausgesprochen liberalen Umfeld groß geworden – Apple, Amazon, Microsoft und Facebook. Nun unternimmt Europa den beherzten Versuch, sich durch Aufbau von eigenen Quantencomputern und Clouds aufzuholen. Geht das? Zumal sich Europa nach dem Ende der liberalen Globalisierung plötzlich in einer Weltwirtschaft wiederfindet, in der hochgerüstete Militärblöcke zunächst auf den Feldern des Handels, geheimdienstlicher Aktivitäten und Diplomatie aufeinander zurasen. Bisher waren Versuche, etwa eine europäische Suchmaschine zu züchten, einfach nicht erfolgreich. Droht Europa sich in dem aggressiven Wettkampf zwischen den USA und China zu verlieren?

Schuster: Ich habe auch den Eindruck: Wir befinden uns in einem Wettkampf zwischen den USA und China um die globale Dominanz. Und in diesem Wettkampf spielt die Führerschaft auf dem Feld digitaler Technologien eine wesentliche Rolle. Europa ist gut beraten, technisch aufzuholen. Ich bin kein Anhänger von Forderungen etwa nach Verbot von Google auf dem europäischen Kontinent und wir bauen uns eine europäische Variante. Aber wir müssen in der digitalen Infrastruktur besser werden. Ich mache mir Sorgen, dass wir Europäerinnen und Europäer nicht in der Lage zu sein scheinen, ein 5G-Netz für den Mobilfunk aus eigener Kraft aufzubauen. Spätestens die Netze und deren Steuerung der übernächsten Generation sollten wir aus eigener Kraft aufbauen und beherrschen. Mit der Informations- und Kommunikationstechnik ist ein derartiges Machtwissen verbunden, Ich bin der Meinung, dass wir es mit einer strategischen Ressource zu tun haben, bei deren Aufbau und Betrieb wir nicht von anderen Machtblöcken abhängig sein sollten.

Dossier: Das ist ein interessanter Aspekt: Das 5G-Netz ermöglicht, Lkws auf Autobahnen wie

„SPÄTESTENS DIE NETZE DER ÜBERNÄCHSTEN GENERATION UND DEREN STEUERUNG SOLLTEN WIR EUROPÄER AUS EIGENER KRAFT AUFBAUEN UND BEHERRSCHEN.“



Perlen an einer Schnur dicht auf dicht, einer im Windschatten des anderen, fahren zu lassen. Wenn man schon nicht alle Güter auf die Gleise bringen kann, dann ist das ein „second-best-way“. Jetzt können wir das nur mit dem Risiko, dass wertvolle Daten Konkurrenten wie China zufließen, ohne dass wir das wollen oder steuern könnten. Angeblich regelt der Markt ja alles vorzüglich, der Staat nehme am besten in der Wirtschaft die Finger aus dem Spiel. Hat „der Markt“ hier eine Entwicklung verschlafen, weil seine Managerinnen und Manager für Fragen strategischer Ressourcen keine Kategorie haben?

Schuster: Nun ja, man hat sich auf Kooperationen verlassen ...

Dossier: ... im globalen Maßstab.

Schuster: Ja, und ist im Ergebnis in die Abhängigkeit von Monopolen wie Microsoft oder Google geraten. Anderes Beispiel ist der Automobilbau. Der hängt weltweit an der Produktion bestimmter Teile an einer „Global City“: Wuhan. Auch da stellen wir fest, dass die Entwicklung keine gute Idee war. Wir haben bis zum großen „Lockdown“ von Wuhan keine Ahnung gehabt von den Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten des industriellen Netzes in Europa.

Dossier: Und das soll nun anders werden?

Schuster: Ich nehme einmal das 6G-Netz, das irgendwann in nicht allzu langer Zeit das 5G-Netz ablösen wird. Wie ein Verkehrssystem gelenkt wird, wie künstliche Intelligenz Produktionsprozesse zu steuern in der Lage ist, das sind Anwendungsfelder, auf denen wir auch nicht überall autonom sein müssen. Aber wir müssen uns auf Augenhöhe im Wettbewerb behaupten können, das muss man gezielt aufbauen. Es ist richtig: Der Markt ist für solche Notwendigkeiten blind.

Dossier: Der Thinktank der vorangegangenen Kommission, das European Political Strategy Centre (EPSC) hat schon 2018 in seiner Studie „Spending where it matters“, alle Felder benannt, auf denen Europa stärker werden muss, um das Ziel einer „Strategischen Autonomie“ zu erreichen. Nur so werde es gelingen, im Wettbewerb von Wirtschaftsblöcken kontinentalen Ausmaßes zu bestehen. Ist es das, was Sie meinen?

Schuster: Diese Linie ist noch sehr umstritten, durchaus auch innerhalb der EU-Kommission. Strategische Autonomie anzustreben bedeutet tatsächlich ein Bruch. Denken Sie mal an den ganzen Streit um Freihandelsabkommen. Wir kommen mit einem solchen Autonomie-Konzept in Konflikt mit der sehr liberalen Wettbewerbspolitik der EU. Ihren Hüterin-

nen und Hütern konnten die Grenzen ja nie weit genug offenstehen.

Dossier: Das wäre dann aber keine Globalisierung mehr. Das wirkt schon merkantil: Sehr starke staatliche Steuerung mit dem Fokus auf Vermeidung von Importen bei selbst hohem Wettbewerbspotenzial auf dem Weltmarkt, damit wir uns weiter bei Ausland „Wohlstand“ einkaufen können.

Schuster: Die bisherige Form der Globalisierung hat sich im Grunde überlebt, weil sie Monopole oder Monopolstädte geschaffen hat, von denen die Welt abhing. Zudem hat sie eine internationale Arbeitsteilung geschaffen, die ökologisch schädlich ist, verheerende Armut nicht überwindet und soziale Ungerechtigkeiten reproduziert. Natürlich braucht es den Welthandel. Und es braucht eine globale Kooperation. Aber wir müssen ein neues internationales Modell des Wirtschaftens entwickeln.

Dossier: Zum Beispiel?

Schuster: Wir haben ja schon über Atemschutzmasken gesprochen. Oder nehmen Sie Antibiotika. Diese werden inzwischen in großem Umfang in Indien oder China hergestellt. Jetzt, durch den globalen „Lockdown“, waren die Lieferketten unterbrochen und die Verfügbarkeit dieser Wirkstoffe ist plötzlich in Gefahr. Was steckt da am Ende auch für ein Erpressungspotenzial dahinter! Wir brauchen einen neuen Entwicklungspfad, der Versorgungssicherheit bei unverzichtbaren Gütern – eine Art industrieller Daseinsvorsorge – mit internationaler Kooperation verbindet. Dafür gibt es noch keine Blaupause, schon gar nicht, wenn man die Anforderungen des Klimaschutzes und die Beseitigung von extremer Armut weltweit einbezieht. Eine strategische Autonomie für Europa anzustreben bedeutet freilich, sich mit mächtigen Interessen anzulegen, denen daran überhaupt nicht gelegen ist. Es setzt also eine gewisse Konfliktfähigkeit gegenüber den USA und gegenüber China voraus. Ein Spaziergang wird das nicht.

Dossier: Ist Europa einig genug, um massive Konflikte auszuhalten?

Schuster: Darum gilt es zu kämpfen. Nationale Egoismen haben nach wie vor eine große Kraft, wie etwa die zunächst erfolgte nationale Abschottung direkt zu Beginn der Pandemie aber auch das Geschacher beim Juli-Gipfel des Rates gezeigt haben. Aber der Ratsgipfel zeigt auch, dass immer mehr Kräfte erkannt haben: Nur mit einer geschlossenen europäischen Politik haben wir eine Chance, uns zu behaupten.

Dossier: Wird es dem Prozess des zusammenwachsenden Europas neuen Schub verleihen?

Schuster: Bei Erfolgen ja. Ansonsten wird es eng. Die Möglichkeit des Scheiterns ist in diesem Versuch mit angelegt. Das Durchwursteln hat keine Zukunft mehr.

Dossier: Wenn die Europäische Union sich am Kapitalmarkt Geld leihen darf, wenn sie möglicherweise sogar eigene Steuern erhält, um diese Kredite abzuführen, was bedeutet das für das Parlament?

Schuster: Das ist an und für sich nur denkbar, wenn die Rechte des Parlamentes deutlich ausgeweitet werden.

Dossier: No taxation without legislation?

Schuster: Ja, das Budget muss demokratisch verhandelt und nicht länger in Kugelrunden des Europäischen Rates ausgedeutet werden. Deals und Demokratie vertragen sich nicht. Die logische Konsequenz ist eine Aufwertung des Parlamentes. Aus meiner Sicht macht es auch keinen Sinn, dass wir eine europäische Geldpolitik und einen gemeinsamen Markt haben, die Steuer- und Wirtschaftspolitiken aber national organisiert sind. Das passt nicht zusammen und führt zu immer neuen Konflikten.

Dossier: Müsste dann aber nicht insgesamt überprüft werden, welche Kompetenzen in nationalem Recht verbleiben und welche nach Europa delegiert werden sollen? Um es konkret zu machen: Ist es richtig, dass die Mitbestimmung, wie wir sie in Deutschland haben, zum Gegenstand einer Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) werden kann, weil sie angeblich mit dem europäischen Wettbewerbsrecht im Konflikt steht? Der EuGH dehnt die Kompetenzen der EU auf immer mehr Felder aus, auf denen „Europa“ nichts zu suchen hat. Die Entscheidung ging denkbar knapp aus.

Schuster: Ja, diese Aufgabe steht in den 2020er Jahren an. Der EuGH hat in der Vergangenheit häufiger das europäische Kompetenzgefüge verändert, weil es sich manchmal in der Praxis als widersprüchlich erwiesen hat. Seine Rechtsprechung hatte aber nicht nur mehr Kompetenzen für die EU zur Folge, sondern wie in Ihrem Beispiel auch den Abbau von

Gewerkschafts- und Beschäftigtenrechten. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass Europa mehr Kompetenzen braucht, dies aber bitte nicht durch Richterrecht, sondern durch eine mittelfristige Veränderung der EU-Verträge und ein stärkeres Europäisches Parlament. Dann wären wichtige politische Fragen, wie etwa die Stärkung sozialer Rechte in der EU, nicht mehr Sache von Hinterzimmern, sondern Themen einer öffentlichen Auseinandersetzung.

Dossier: Das Parlament leidet aber nicht nur unter mangelnden Rechten. Die Repräsentation steht zur Diskussion. Die Stimme einer Luxemburgerin hat mehr Gewicht als die einer Spanierin. Gustav Horn plädiert in seinem Buch „Gegensteuern: Für eine neue Wirtschaftspolitik gegen rechts“ dafür, Wahlkreise nicht mehr entlang von Landesgrenzen zuzuschneiden. Sondern nach Regionen (Horn 2020).

Schuster: Wir werden noch eine ganze Zeit mit dieser Schieflage leben müssen, denn die Repräsentation aller Mitgliedsstaaten ist nun einmal der Ausgangspunkt für Europa. Wahlkreise, die etwa Teile der Niederlande und Nordwestdeutschlands miteinander verbinden, scheitern doch schon an Sprachbarrieren. Wenn sie Teile des spanischen und des französischen Kataloniens miteinander verbinden, dann schüren sie möglicherweise einen neuen Separatismus.

Entscheidend ist aus meiner Sicht etwas anderes. Das Parlament braucht ein Initiativrecht. Wenn wir ein Gesetz beschließen, müssen andere das auch behandeln. Ich meine den Europäischen Rat. Ich weiß, es gibt Kolleginnen und Kollegen, die sagen: Wir haben zwar kein formelles Initiativrecht, aber wir haben genug Gelegenheiten, es uns zu nehmen. Das ist aber falsch, denn diese Verfahren basieren auf Deals mit der Kommission und dem Rat. Und zweitens braucht das Europäische Parlament stärkere Durchgriffs- und Kontrollrechte gegenüber der Kommission. Schließlich sollte die Präsidentin oder der Präsident der Kommission aus einer Spitzenkandidatur für die Wahl des Parlaments hervorgehen. Übrigens alles Rechte, die im nationalen Rahmen selbstverständlich sind.

Dossier: Vielen Dank für das Gespräch!

„EUROPA BRAUCHT MEHR KOMPETENZEN. ABER BITTE NICHT DURCH RICHTERRECHT, SONDERN DURCH EINE MITTELFRISTIGE VERÄNDERUNG DER EU-VERTRÄGE UND EIN STÄRKERES EUROPÄISCHES PARLAMENT.“





Die nächste Moderne ist in der Entwicklung

Es ist kein Zufall, dass der Verfassungsschutz in seinem Bericht das Thema der De-Globalisierung aufgreift und über einige im Geheimen betriebenen Erscheinungsformen derselben berichtet. Ob es sich um Nachrichten oder technische Standards und Normen handelt: Wer die neuen Technologien beherrscht, zwingt Konkurrenten in Abhängigkeiten und Zwänge.

Zwei Weltwirtschaftskrisen von Jahrhundertausmaß, die Erosion der politischen Stabilität in Europa und um ihre innere Stabilität gegen außen wie innen kämpfende politische Systeme ergeben ein denkbar schlechtes Umfeld für die gerade begonnene „Tiefe Transformation“ des industriellen Rückgrats der Wirtschaft in Deutschland und Europa. In den vergangenen Jahren wurden eine große Zahl hochkomplexer Umstrukturierungsprozesse in Gang gebracht, deren Bewältigung enorme Ressourcen an Kapital, Arbeitskraft und Wissen binden können müssten:

- Der schrittweise Ersatz von Verbrennungsmotoren durch nachhaltige Antriebe, die zum größten Teil noch in der Entwicklung stecken,
- Der dazu notwendige Aufbau flächendeckender Infrastrukturen bei einer ohnehin milliarden-

schweren Infrastrukturlücke,

- Die Digitalisierung der Automobilität (autonomes Fahren, Shared Mobility und der Einbindung von Automobilen in eine mit digitalen Sensoren, Sendern und Empfängern ausgestattete Umwelt),
- Die Verdrängung des aus fossilen Quellen stammenden Kohlenstoffs aus der industriellen Produktion durch frei vorhandenes Kohlendioxid aus der Atmosphäre oder Abgasen anderer Anlagen (Dekarbonisierung)
- Der Umstieg in der Energieversorgung auf nachhaltig erzeugten Strom (Energiewende),
- Auch die Energiewende erfordert eine erweiterte Infrastruktur zur Durchleitung von Strom und grundlegend neue Technologien zur Speicherung von Energie mit noch nicht ausgefeilten Technologien
- Die Verfügbarkeit enormer Speicher- und Rechnerkapazitäten – verbunden mit einem gewaltigen Strombedarf – über das Internet an nahezu jedem Ort der Welt,
- Die Integration künstlicher Intelligenz und neuer Formen der Robotik in Produktions- und Arbeitsprozesse,
- Die Entwicklung von Quantencomputern.

Vieles von dem, was in der Aufzählung enthalten ist, ist erst angedacht, anderes befindet sich im-

merhin schon in der Entwicklung, einiges gelingt im Labormaßstab, manche Innovationen sind schon einen Schritt weiter: Es gibt beispielsweise erste Quantencomputer, welche die Leistung gängiger Rechnersysteme um ein Vielfaches übertreffen. Aber es fehlen die Technologien, sie in Serie gehen zu lassen.

Anderes Beispiel: In Teilen der chemischen Industrie, etwa bei der Herstellung von Polyurethan-Grundstoffen, ersetzt aus Abgasen gewonnenes Kohlendioxid Kohle, Erdöl oder Erdgas als Kohlenstoffquelle.

Und an der nächsten Generation von Hochleistungsbatterien arbeiten die Labore der Welt. Für eine neue Infrastruktur, welche Strom aus Wind- und Wasserkraft von Deutschlands und Europas Norden zu den industriellen Zentren in Süddeutschland bringen kann, existieren Pläne – von einer nahen Fertigstellung dieses Netzes und vor allem der dazugehörigen Energiespeicher ist man in Deutschland, geschweige denn in Europa, noch weit entfernt.

Die im Süden Europas reichlich vorhandene Sonnenenergie und die Windkraft, die sich an den Küsten des Mittelmeeres gewinnen ließen, bleiben reichlich ungenutzt.

Die Modernisierung der Energie- und Produktionsbasis – so schien es vor der Corona-Pandemie zu sein, kommt nicht im notwendigen Tempo voran. Sie schien steckengeblieben zu sein in fruchtlosen Diskussionen über die Stilllegung jener Teile der alten Industriewelt, die keine oder eine andere Zukunft hat und über ganz neue Verfahren, deren großtechnische Anwendung noch weit entfernt war.

Beispiel Automobilindustrie. Während der Volkswagenkonzern sein Automobilwerk in Zwickau 2019 auf den Zusammenbau elektrisch angetriebener Fahrzeuge umrüstete, berichtete der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Zwickau, Thomas Knabel, dass die Zulieferer rund um das Werk 2019 noch nicht alle im Stande waren, den Anforderungen ihres Hauptabnehmers zu entsprechen. Knabel: „Viele Zulieferer stehen vor dem Problem, dass sie neue Aufgaben bewältigen, neue Teile herstellen oder heranholen und schließlich für VW disponieren müssen“ (Höhn 2019).

Ehe die Corona-Krise zum „Lockdown“ führte, drohte der Umbau der Zwickauer Produktion auf E-Autos daran zu scheitern, dass der Arbeitsmarkt rund um das Werk abgegrast und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den notwendigen Qualifikationen einfach nicht zu bekommen waren.

Zurück zum Quantencomputing. Die dazu erforderlichen Rechner erreichen ein Vielfaches der Geschwindigkeit der heute gebräuchlichen analogen Geräte und Anlagen, da ihre Speicher und Register mehrere Werte und nicht einen ein-

zigen gleichzeitig enthalten und „Maschinenbefehle [...] sich simultan auf all diese Werte“ auswirken. So versucht das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit Sitz in Bonn die kommende Generation von Computern zu beschreiben.

Allein eine bessere Hardware macht die Rechner nicht schneller. Um die Möglichkeiten der Quantenphysik in Rechnern nutzen zu können, braucht es besondere Algorithmen, die noch in der Entwicklung sind. Auch nach neuen Rohstoffen für das Quantencomputing wird fieberhaft geforscht.

Wie bei jedem größeren Entwicklungsschritt verfolgen die Forscherinnen und Forscher mehrere Wege zum angestrebten Ziel des Turbocomputers. Das BSI benennt zwei Alternativen, die Stand 2019 führend sein sollen. Entweder man arbeite mithilfe „gefangener Ionen“, vergleichbar wie in der Technologie, mit der die Atomuhr betrieben wird. Oder aber es würden Schaltkreise aus Supraleitern betrieben, die aktuellen Computerchips zwar ähnlich seien, aber „bei sehr tiefen Temperaturen betrieben“ werden müssen, so das BSI. Das war der Stand im Frühjahr 2019 (BSI 2019).

Zwei Monate nach Veröffentlichung, im Mai 2019, meldete das Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz einen Quantensprung in der Entwicklung von Supraleitern, die bei gewöhnlicher Raumtemperatur praktisch ohne Widerstand Strom leiten können. „Die Forscher um Mikhail Eremets synthetisierten Lanthanhydrid, das unter sehr hohem Druck schon bei -23 Grad Celsius seinen elektrischen Widerstand verliert.“ Bis dahin lag der Weltrekord noch bei 70 Grad unter 0.

Während bislang also superschnelle Quantencomputing eine hochentwickelte Technik ist, die von hoch spezialisierten Rechenzentren unter enormen Energieverbrauch als Cloud-Dienstleistung angeboten werden kann, arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit daran, Supraleiter zu bauen, die technologisch leichter herzustellen und einzusetzen sind.

Allerdings dringt die Forschung auch in den Bereich höchst seltener Rohstoffe vor. Etwa wie die Mainzer Forscherinnen und Forscher: Sie suchen derzeit nach Supraleitung in Yttriumhydrid. Erwartet werde, so Forschungsleiter Eremets, dass damit Supraleitung „bei noch höheren Temperaturen erreicht werden kann“ (Max-Planck-Gesellschaft, 2019).

Unter den sogenannten „seltene Erden“ ist Yttrium gar nicht so selten. Allerdings wird es zu 60 Prozent in China abgebaut und gehört damit zu jenen Rohstoffvorkommen, die neben vielen anderen Aspekten Chinas wirtschaftliche und politische Stärke in der Welt begründet.

Quantencomputer gelten als Schlüssel zu einer nächsten Stufe von industrieller Revolution.

„Unter den sogenannten „seltene Erden“ ist Yttrium gar nicht so selten. Allerdings wird es zu 60 Prozent in China abgebaut und gehört damit zu jenen Rohstoffvorkommen, die Chinas wirtschaftliche und politische Stärke in der Welt begründen.“

„Die Modernisierung, die in den Konjunkturpaketen versprochen wird, hat wenig Fürsprecherinnen und Fürsprecher, die mit gleicher Verve wie manche Politikerinnen und Politiker der AfD ihre Anhängerinnen und Anhänger befeuern.“

In einer Stellungnahme zur Kooperation zwischen der deutschen Pharmafirma Merck und HQS, einem jungen Unternehmen aus Karlsruhe, das sich mit der Softwareentwicklung für Quantencomputer beschäftigt, heißt es: „Die Zusammenarbeit [...] wird sich auf die Anwendung und Kommerzialisierung von Software für Quantenchemie auf Quantencomputer konzentrieren“ (Merck, 2019).

Auch die BASF ist eine Kooperation mit einem auf die Programmierung von Quantencomputern spezialisierten Unternehmen eingegangen. Ziel der Kooperation mit dem Start-up-Unternehmen Zapata Computing aus Cambridge, Massachusetts, sei es, „komplexe Fragestellungen höchst effizient zu bearbeiten und die Zeit bis zur Markteinführung neuer Produkte weiter zu verkürzen“ (BASF, 2019).

Zukunft ohne Begeisterung

Jene Kräfte, denen die ganze Moderne mit ihren Anstrengungen zur Eindämmung von Klimawandel und Krankheiten nicht passt, die sich von Bill Gates mit der Chipspritze verfolgt fühlen und die nicht akzeptieren, dass Flüchtlinge auch nach Europa fliehen, kommt dieser instabile Zwischenzustand zwischen Vergangenheit und Moderne gelegen.

Die Implosion der Tech-Aktien, deren „Versprechen“ ein Falsches war um das Jahr 2000, die Terrorangriffe vom 11. September 2001 und das damit verbundene dunkle Geraune, der mit dreisten Lügen begründete Krieg gegen den Irak, der Ausbruch der Finanzkrise als Folge eines gigantischen Finanzmarkt Betrugs und schließlich die große Einwanderung vor allem aus Syrien waren die Zutaten, die es brauchte, um eine sich AfD nennende zunächst nationalliberale Partei entstehen zu lassen, die mehr und mehr ins rechtsextreme Lager abdriftet.

Die Modernisierung, die in den Konjunkturpaketen der Länder, des Bundes und der Europäischen Union versprochen wird, hat wenig Fürsprecherinnen und Fürsprecher, die mit gleicher Verve wie manche Politikerinnen und Politiker der AfD oder lautstarke Marodeure rechter Straßenszenen ihre Anhängerinnen und Anhänger befeuern.

Im Gegenteil: Viele Institutionen des Demokratischen – Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien – Anhängerinnen und Anhänger, aktive Unterstützerinnen und Unterstützer verlieren Mitglieder. Sie werden nicht nur weniger, sie werden auch älter. Vielmals wirken die demokratischen Eliten unserer Gegenwart blass oder verbraucht.

Es ist ein politisches Vakuum entstanden, das die autoritären Feinde der Demokratie aus dem In- wie dem Ausland nutzen.

Darüber könnten erfolgreiche Schritte einer Modernisierung sogar in Gefahr geraten – die US-Regierung unter Donald Trump wandelt genau auf diesem Weg. Sie stiehlt sich in den USA aus einer verantwortungsvollen Politik gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie und tritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen aus, sie schraubt die unter Präsident Obama begonnene Energiewende zurück und verlässt das Pariser Klimaabkommen. Sie verlegt Truppen nach Polen und damit näher an die Grenze zu Russland und lässt Abrüstungsabkommen auslaufen.

Der Philosoph John Dewey schrieb 1916: „Eine Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; in aller erster Linie ist es eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsam und miteinander geteilten Erfahrung.“ Deswegen stehen zur Beantwortung der Frage nach der Qualität von Demokratie „nicht politische Verfahrensregeln“ im Zentrum, schreiben die Organisationsexperten Ulrich und Ewald E. Krainz 2019. Im Vordergrund hätten „soziale kooperative Prozesse die Etablierung einer konstruktiven Konfliktkultur“ zu stehen. Kultur vermittelt und verändert sich von einer Generation auf die andere. In seinem Aufsatz „Politische Bildung und Demokratie“ schreibt der Sozialphilosoph Oskar Negt: „Eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist die einzige Gesellschaftsordnung,

die gelernt werden muss, alle anderen Gesellschaftsordnungen bekommt man so“ (Negt, 2010). Ein Zurücknehmen von Bürgerinnen und Bürgern aus dem politischen und gesellschaftlichen Engagement „führt zu Erosionsvorgängen, die man in den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen immer wieder beobachten kann (z. B. der um sich greifende Nationalismus, Rechtsruck, Plädoyers für eine ‚autoritäre Demokratie‘)“ (Krainz/Krainz, 2019).

Ausgerechnet in einer technologischen und damit auch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchphase gerät die demokratische Kultur unter Druck. Jeder Aspekt der heraufziehenden Moderne hat ihre Anhängerinnen und Anhänger: die Umwelt, der Rechtsstaat, der Sozialstaat und die Demokratie. Aber sie liegen als unverbundene Enden lose nebeneinander und entfalten politisch nicht die gleiche tiefe Gestaltungskraft, wie sie eine „tiefe Transformation“ eigentlich notwendig machen.

Die neue Moderne ist eine Zukunft ohne Begeisterung, mit wenigen Anhängern. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Laboren, den Studios und Technologiezentren werden von Gesellschaft und Politik weitgehend alleingelassen.





Kapitel 2

DISRUPTION DER DISRUPTIONEN

Die „Tiefe Transformation“, das gleichzeitige Verschwinden von Produktion und Produkten, Administration und Dienstleistung bei gleichzeitigem Aufbruch in eine digitale, nachhaltige, jedoch ungefähre Zukunft, ist ein Drahtseilakt. Die nächste Moderne entwickelt sich disruptiv. Das heißt: Der Übergang gelingt nicht immer gleitend. Ein radikaler Strukturwandel führt zu Brüchen in Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Das Management der „Tiefen Transformation“ erfordert erhebliche Ressourcen an Geld, Zeit und Arbeitskraft, die von den Unternehmen wie der Gesellschaft aufgebracht werden müssen. Dass in dieser Situation dann auch eine gefährliche Pandemie ausbricht, kommt einer Disruption der Disruptionen gleich. Der monatelange „Lockdown“ der industriellen Produktion, die Verbannung vieler Angestellter in ihre Küchen- und Wohnzimmerbüros hat die krisenhaften Entwicklungen vertieft. Die Politik versucht aus der Situation das Beste zu machen: Sie legt Konjunkturprogramme allein in Europa von mehr als einer Billion Euro auf. Und verbindet ihre Politik mit dem Versprechen, die Wirtschaft auf das Niveau des 21. Jahrhunderts zu hebeln.

Wuhan oder ein globaler Stillstand

Wer den Entwicklungsstand der Globalisierung im Jahr 2020 verstehen will, kann mit dem Lernprozess in Wuhan beginnen. Das liegt unter anderem daran, dass wahrscheinlich auf einem lokalen Markt der Stadt ein Fledermaus-Virus über die dort feil gebotene Nahrung Menschen infizierte und sich in der Folge eine gefährliche Grippe-Pandemie über den gesamten Globus ausbreitete. Wuhan, eine an der Mündung des Flusses Han in den Jangtse gelegene Megastadt mit – je nach Zählung – neun bis elf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, ist in Folge seiner zentralen Lage in China schon seit

130 Jahren eine durch Industrie und Handel geprägte Stadt.

Eisenminen und Kohlebergwerke in der engeren Umgebung ließen Wuhan zu einem Zentrum der metallverarbeitenden Industrie in China werden. Am Zusammenfluss von Han und Jangtse ließen sich nach und nach auch chemische Fabriken, Betriebe der Elektro- und Glasindustrie, Waggonbau und Lkw-Hersteller nieder (Encyclopedia Britannica, o. J.).

Als China Ende der 1980er Jahre Anschluss an den Welthandel suchte, entdeckten westliche Unternehmen die strategische Lage der Stadt neu, um sich dort niederzulassen.

Zentrale Lage von Wuhan in China (Abb. 4)



Quelle: BBC (2020)

Hans Böckler
Stiftung

Die beiden Karten zeigen, dass das Zentrum der Industriemetropole von Wuhan der Kreuzungspunkt der Verkehrsströme in China ist. Um eine Ausbreitung des Virus zu stoppen, blieb keine andere Wahl, als die Stadt zu schließen.

Darunter freilich auch viele Firmen mit Sitz in Deutschland. Die Außenhandelskammer „Greater China“ des DIHK beispielsweise verzeichnet 67 Mitgliedsunternehmen in Wuhan, darunter bekannte Namen wie das Wertunternehmen Blohm+Voss, das Technikunternehmen Bosch, die Automobilzulieferer Brose, Schaeffler und Webasto, die Mess- und Regeltechniker von Krohne, große Spediteure wie Schenker oder Kühne + Nagel sind ebenso in Wuhan vertreten wie Versicherer z. B. der Germanische Lloyd (AHK, o. J.).

Stärker noch als die deutschen Firmen sind Unternehmen aus Frankreich in Wuhan vertreten. Laut einem Stadtporträt sollen rund hundert Unternehmen aus unserem Nachbarland in Wuhan vertreten sein, unter anderem betreibt Dongfeng Peugeot-Citroën eine Joint-Venture-Fabrik.

Freilich sind es weder die deutschen noch die französischen Unternehmen, welche die Wirtschaftskultur in Wuhan prägen. Laut BBC haben 230 der nach Zählung des Wirtschaftsmagazins Forbes 500 größten Firmen der Welt in Wuhan und Umgebung investiert (BBC, 2020).

Entsprechend groß ist die Bewegung von Menschen, die aus der Welt nach Wuhan kommen und wieder ausreisen. 24,5 Millionen Passagiere nutzten den erst 1995 eröffneten Wuhan Tianhe International Airport. Der größte Teil der Flugbewegungen ab Wuhan geht nach China. Aber zwölf Prozent der von dort abgehenden Maschinen fliegt auslän-

dische Ziele an. Außerdem wurden 2019 über Wuhan rund 800.000 Tonnen Luftfracht abgewickelt. Der Flughafen steht damit im internationalen Vergleich von fast 4.000 Flughäfen an 77. Stelle beim Personenverkehr und an 83. Stelle beim Frachtverkehr (The Blue Swan Daily, 2020).

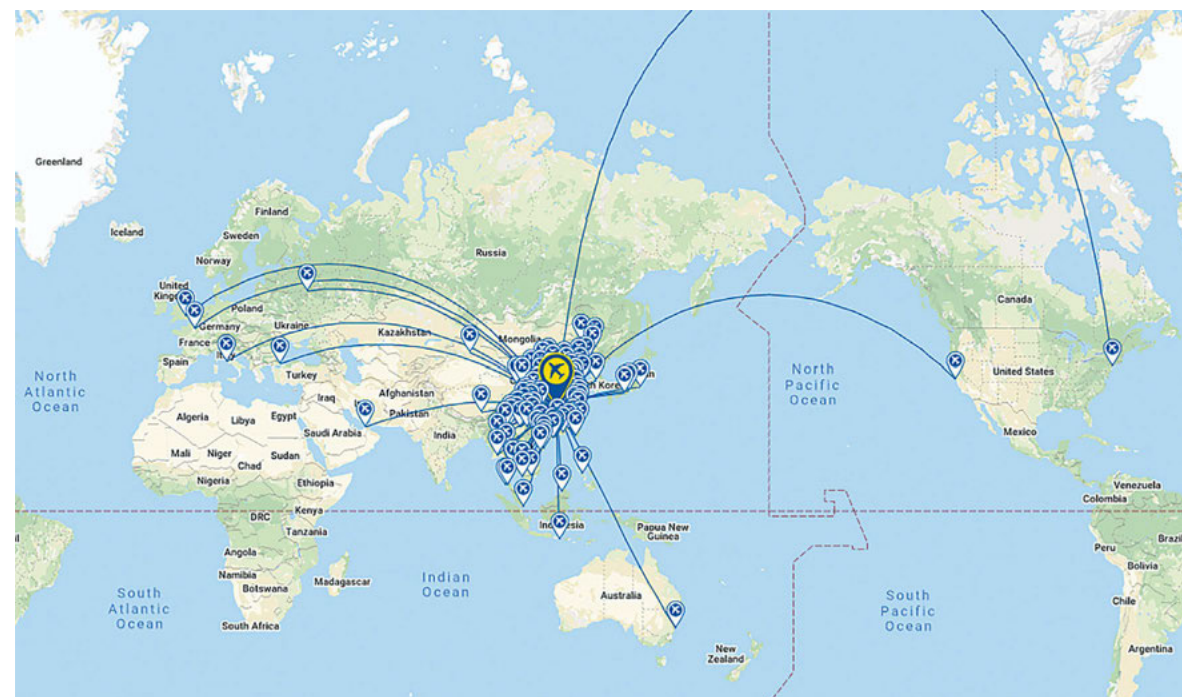
Der Hafen von Wuhan ist ein Binnenhafen und stand mit einem Umschlag von 1,57 Millionen Standardcontainern immerhin auf Platz 108 der 120 größten Häfen der Welt (Xinhua Silk Road, 2019).

Wuhan ist an den internationalen Warenverkehr nicht nur über seinen Flughafen und den Hafen, den auch hochseetüchtige Tanker und Frachter anlaufen können, angebunden. Mit dem größten Binnenhafen in Deutschland, Duisburg, gibt es eine Direktverbindung per Zug nach Wuhan.

Die Corona-Krise hatte diesen Verkehr vorübergehend zum Erliegen gebracht. Mitte April 2020 aber meldete die Fachzeitschrift „Binnenschifffahrt“, dass zwischen den beiden Binnenhafenstädten rund 40 Züge mit Containerfracht wieder verkehrt seien (Binnenschifffahrt, 2020).

Duisburg ist nicht der einzige Zielbahnhof dieses Trans-Eurasia-Expresses. Fast täglich verlassen Güterzüge mit bis zu 50 Containern die Industriemetropolen Chinas, darunter Wuhan. Auf rund 40 regelmäßigen Verbindungen werden laut einem Übersichtsartikel auf Wikipedia Städte wie Antwerpen, Duisburg, Hamburg, München oder Triest angefahren.

Internationale Flugziele von und nach Wuhan (Abb. 5)

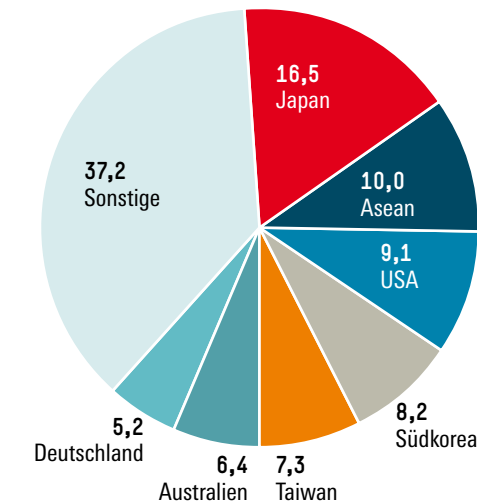


Quelle: blueswandaily.com

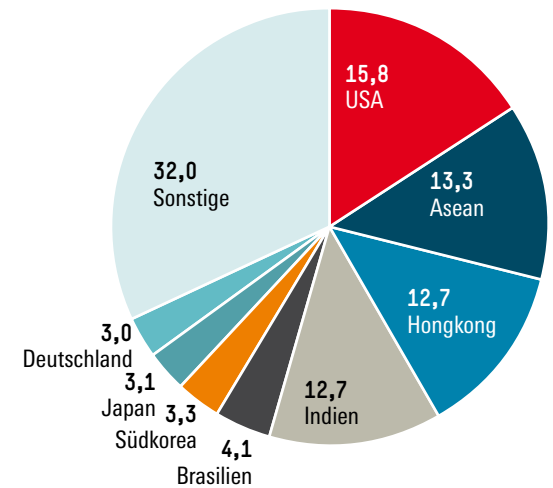
Hans Böckler
Stiftung

Wuhan Hauptlieferländer/Hauptabnehmerländer (Abb. 6)

Hauptlieferländer:



Hauptabnehmerländer:



Quelle: China Customs, Destatis, Deutsche Bundesbank, Germany Trade & Invest, Hubei Provincial Bureau of Statistics, National Bureau of Statistics of China

Hans Böckler
Stiftung

Der Automobilbauer BMW etwa richtete demnach im November 2010 einen wöchentlichen Containerzug zwischen Shenyang und Wackersdorf in der Oberpfalz ein. Ebenfalls wöchentlich erreicht ein Zug im Auftrag des schwedischen Autobauers Volvo das niederländische Zeebrügge, um dort die in China gefertigten Mittelklasselimosinen zu entladen (Wikipedia (1), o. J.).

Bei den Verbindungen von Wackersdorf und Leipzig mit Shenyang wird die Bedeutung des Transitverkehrs für global aufgestellte Konzerne deutlich: In beiden deutschen Städten werden aus BMW-Werken über spezielle Logistikzentren Bauteile in das Montagewerk nach China gebracht. Und zwar via Luftfracht, Eisenbahncontainerwagen und auch über den Schifffsweg – je nachdem, wie dringend die Vorprodukte in Shenyang von dem BMW Joint Venture BMW Brilliant gebraucht werden.

In umgekehrter Richtung etwa lässt die US-Firma Hewlett Packard Elektronikgeräte über die 10.300 Kilometer lange Schienenverbindung von Chongqing nach Leipzig transportieren (Beschaffung aktuell, 2014).

Zurück zu Wuhan, oder genauer zur Provinz Hubei, deren Zentrum die Millionenstadt Wuhan ist. Unter Berufung auf Zahlen aus dem Jahr 2014 wird bei Wikipedia vermerkt: „Als ein unabhängiges Land gezählt wäre sie [die Provinz Hubei] damit unter den 50 größten Volkswirtschaften der Welt“ (Wikipedia (2), o. J.).

Die Region ist mit dem Aufstieg Chinas rasant gewachsen. 2019 betrug das Bruttoinlandspro-

dukt der Region umgerechnet 594 Milliarden Euro, 2018 waren es erst 538 Milliarden gewesen, veröffentlichte die Außenhandelsagentur der Bundesregierung German Trade & Invest (gtai) im Februar 2020.

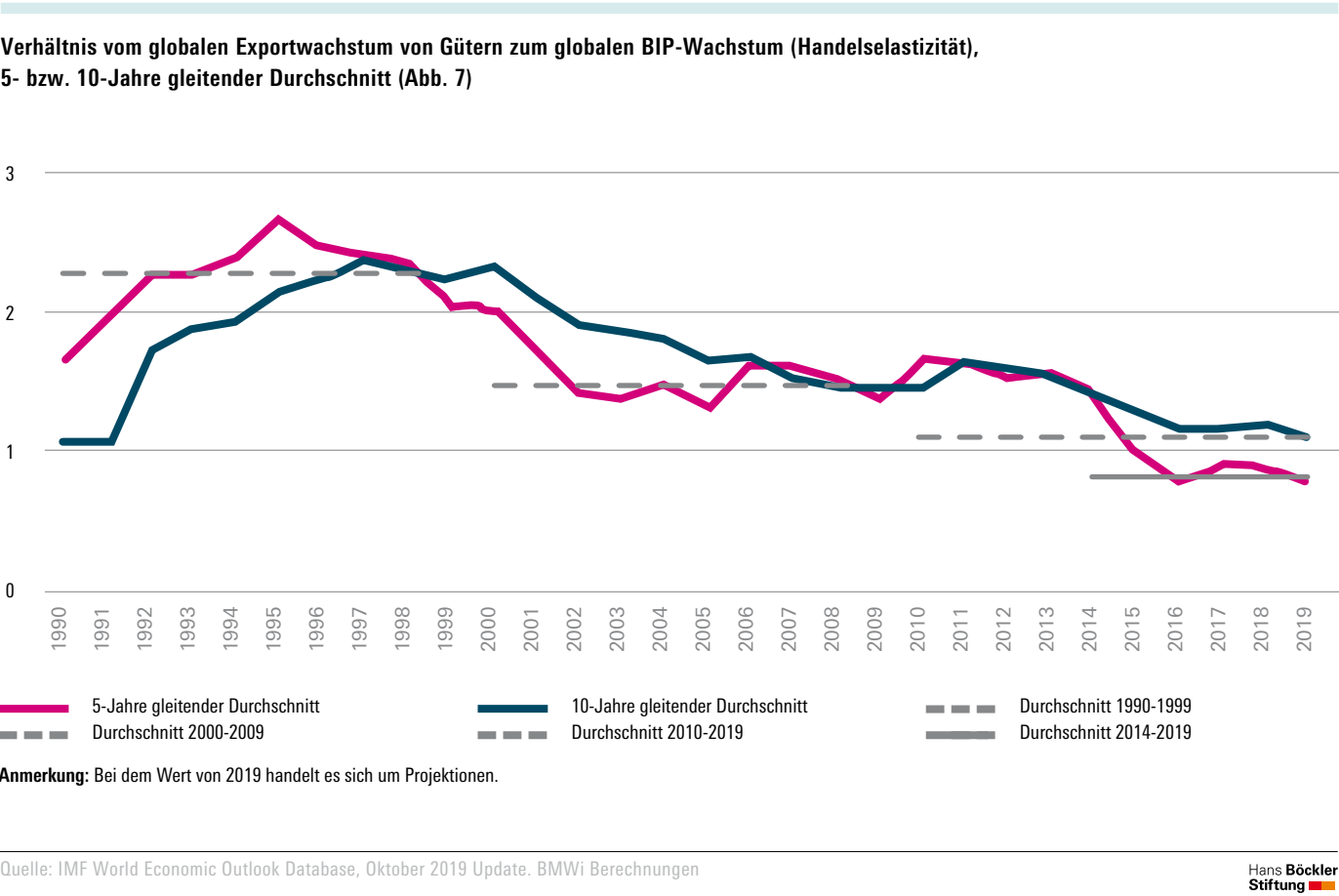
Abbildung 6 zeigt, dass die Region am stärksten von Import aus Gütern aus Japan abhängt, Hauptabsatzmarkt der Produkte Made in Hubei dagegen sind die USA. Deutschland spielt bei den Einfuhren mit einem Anteil von 5,2 Prozent eine vergleichbar übersichtliche Rolle. Auch die Ausfuhren nach Deutschland liegen lediglich bei drei Prozent des regionalen BIP.

Schwerpunkte der Produktion dieser hochgradig globalisierten Region sind die Herstellung von Lebensmitteln, der Automobil- und Maschinenbau, die Textilfertigung, Metall- und Hightech-Industrie, die Energieerzeugung und die Informations- und Kommunikationstechnik.

Am stärksten ist laut Zahlen des gtai die Region mit asiatischen Nachbarländern verzahnt. Der Handel mit Südkorea, die ASEAN-Staaten und Japan zusammengerechnet machen mehr als ein Drittel der Einfuhren und mehr als 40 Prozent der Ausfuhren aus (German Trade & Invest, 2020).

Wuhan zählt in Folge seines Wachstums zu jenen Städten, die unvermittelt auf der Weltbühne auftauchten – ein Jahr vor Ausbruch der Corona-Krise.

Und zwar im November 2018. Da tauchte die Stadt an Han und Jangtse zum ersten Mal im gehobenen Segment Beta der Gliederung der globalisierten Städte der Welt auf.



Dieser Klassifizierung widmet sich das Geography Department der Loughborough University. Um deutlich zu machen, in welchen Städten der Takt der Globalisierung bestimmt wird, teilen die Forscherinnen und Forscher in dem Wissenschaftsnetzwerk die Städte in Kategorien von Alpha ++ über Beta bis Gamma - ein.

2018 erscheint die Industriemetropole Wuhan das erste Mal im mittleren Segment – in etwa auf dem Level von Berlin, Oslo, Denver oder Philadelphia (GaWC, 2018).

Nur zwei Jahre zuvor war Wuhan schon Teil des Netzwerkes globaler Städte. Aber es rangierte im Unterhaus in der Kategorie Gamma.

Was bedeuten diese Klassifizierungen genau, mit denen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um die Loughborough University arbeiten? Beta-Städte wie Wuhan sind „wichtige Weltstädte, die bei der Anbindung ihrer Region oder ihres Staates an die Weltwirtschaft eine wichtige Rolle spielen“.

Gamma-Städte hingegen können durchaus Weltstädte sein. Ihre Bedeutung für die Globalisierung ist eher funktional, sie binden „kleinere Regionen oder Staaten an die Weltwirtschaft“, oder es handelt sich „um wichtige Weltstädte, deren größte globale Kapazität nicht in fortgeschrittenen Produktionsdienstleistungen besteht“.

Die Liste der Alpha-Städte hingegen wird durch die beiden Weltmetropolen London und New York angeführt, die wie keine anderen Städte der Welt

durch ihre Finanzindustrie und Kanzleien in die Weltwirtschaft integriert sind, dicht gefolgt von Metropolen wie Hongkong, Paris, Toronto oder Zürich, die das Globalisierungspaar London und New York durch ihre eigene hochgradige Vernetzung mit der Weltwirtschaft „vervollständigen“, wie es in der Klassifikation der Loughborough Universität heißt (GaWC, o. J.).

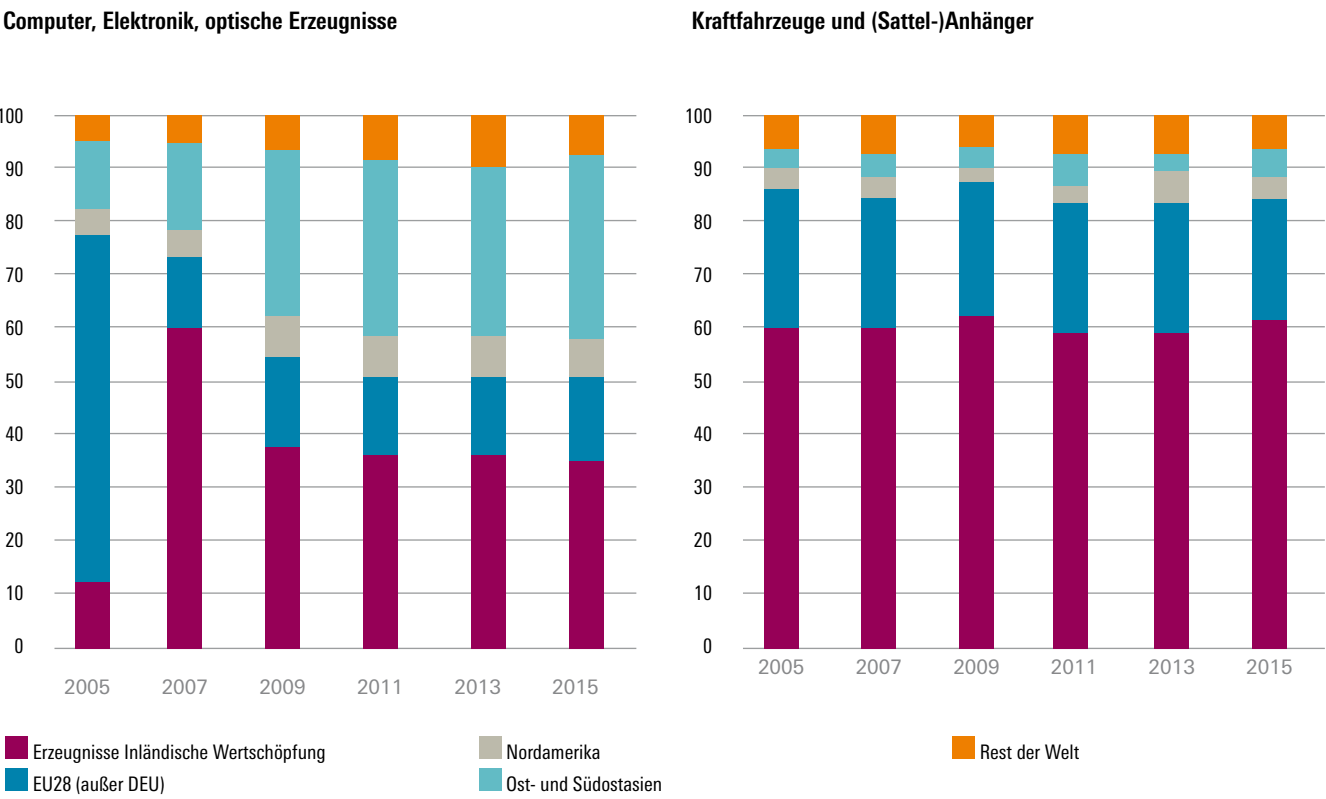
Globalisierung auf dem Rückzug

Die dynamischen Wachstumsraten von China und auch Wuhan des vergangenen Jahrzehnts sind Indikatoren einer auf dem Rückzug befindlichen Globalisierung. Das mag widersprüchlich erscheinen. Aber das Erstarken starker Industrie- und Dienstleistungsmetropolen hat eher mit wachsender Bedeutung innerhalb von Volkswirtschaften oder Großregionen zu tun als mit einer Intensivierung des weltweiten Güter- und Dienstleistungsverkehrs.

Auch das Bundeswirtschaftsministerium, lange Jahre Einpeitscher einer auf internationalen Wettbewerb ausgerichteten Wirtschaftspolitik, sieht diesen Trend. In der vom Ministerium herausgegebenen Schriftenreihe „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ beschreibt die Wissenschaftlerin Juliane Stolle diesen Wandel wie folgt:

1. Der Anstieg der Güterexporte am globalen Bruttoinlandsprodukt stieg zwischen 1990 und 2008

Ursprung der Wertschöpfung in der Endnachfrage, 2005–2015 (in Prozent) (Abb. 8)



Anmerkung: BDie Abbildung zeigt den Ursprung von Wertschöpfung in der Endnachfrage ausgewählter Wirtschaftszweige in Deutschland (in Prozent der gesamten Wertschöpfung in der Endnachfrage).

Quelle: OECD TiVA Datenbank, 2018 Edition. BMWi Berechnungen

Hans Böckler
Stiftung

von 14 auf 25 Prozent. Mit der Finanzkrise endete aber der Boom. Seit einer kurzen Phase der Erholung stagniert dieser Anteil, in Deutschland lag er 2018 sogar leicht unter dem Level von 2010.

2. Wenn das Exportwachstum im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt wird, wird deutlich, dass „sich bereits zur Jahrtausendwende – und damit lange vor der Finanzkrise – eine Trendwende eingestellt hat“. Die so gemessene „Handelselastizität“ lag „durchschnittlich bei unter eins und damit in etwa auf dem Niveau von Mitte der 80er Jahre“ – also vor Beginn des Globalisierungsbooms, schreibt die Mitarbeiterin des Bundeswirtschaftsministeriums.

3. Nachgelassen haben nach ihrer Darstellung auch die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen.

4. Das vielfach als „Motor“ der Weltwirtschaft bezeichnete China ersetzte systematisch Vorleistungen aus dem Ausland durch Vorprodukte aus eigener Herstellung. „Mittlerweile ist China selbst ein Anbieter von selbstentwickelten, hoch technologischen Produkten, die in unmittelbarer Konkurrenz zu den Produkten westlicher Industrienationen stehen (Beispiel Huawei Smartphone).“

5. Zudem habe das gestiegene Lohnniveau in China in Verbindung mit der fortschreitenden Digitalisierung zu einer „Rückverlagerung (,Reshoring‘) von internationalen Produktionsprozessen“ beigetragen. In „bestimmten Wirtschaftszweigen“ sei die Wettbewerbsfähigkeit wieder gestiegen.

Zum Jahresende 2019 schrieb Juliane Stolle, beschäftigt im Referat Wirtschaftspolitische Analyse: „Jüngere Daten zeigen, dass der Güterhandel der G20-Staaten seit dem ersten Quartal 2018 kontinuierlich abgenommen hat, bis zum zweiten Quartal von 2019 um insgesamt 3,7Prozent für Exporte und 3,3Prozent für Importe“ (Stolle, 2019).

Der Aufsatz erschien in einer Phase abkühlender Weltkonjunktur. Am 18. Juli 2019 titelte das Handelsblatt „Abschwung oder Krise? – Der weltweite Wirtschaftsboom endet“. Die Autoren des Beitrags zitierten Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft: „Die Industrieschwäche wird Auswirkungen haben auf die Gesamtwirtschaft.“ Und der französische Notenbankgouverneur François Villeroy de Galhau äußerte sich im Vorfeld des G7-Gipfels im Sommer desselben Jahres: Das Wachstum des Welthandels sei „fast völlig zum Erliegen gekommen“ (Handelsblatt, 2019).

Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, warnte in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“: „Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) geht so – anders als die Mehrheit der Institute – auch von einer deutlich längeren Wachstumschwäche aus und rechnet nur mit einer allmählichen Erholung des Wirtschaftswachstums im Laufe des Jahres 2020“ (Dullien, 2019).

Gesamtmetall, der Zusammenschluss der Arbeitgeberverbände in der Metall- und Elektroindustrie, klagte Anfang Februar 2020, die Branche verharre auch im vierten Quartal 2019 „weiter in der Rezession“ (Gesamtmetall 1, 2020). Auftragseingänge seien anhaltend rückläufig, folglich ginge auch die Produktion zurück. Die Stimmung in der Branche in einem Wort zusammengefasst: schlecht.

Ausbruch einer Krise in der Krise

Vom Ausbruch einer Corona-Pandemie war in dem Lagebild der Metallarbeitgeber noch nicht die Rede. Dabei würde der Dezember 2019 „vielen Menschen in Erinnerung bleiben als derjenige Monat, in dem in China die ersten Infektionen mit dem

damals noch unbekannten Coronavirus SARS-CoV-2 begannen“, erinnern Gabriel Felbermayr und Holger Görg, beide vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) in einem Mitte Mai 2020 veröffentlichten Aufsatz. Ende Januar lag die Zahl der mit Corona Infizierten in China bei 12.000, Ende Februar bei 80.000.

Die chinesische Regierung reagierte mit Ausgangssperren und verhängte Quarantänen, auch Produktionsunternehmen wurden geschlossen, um eine Ausbreitung des Virus in China zu verhindern.

Als sich der Virus dennoch in der Welt auszuweiten begann, rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) „eine globale Pandemie“ aus.

Die Pandemie oder besser die Anstrengungen, ihre Ausbreitung einzudämmen, wirkten sich direkt und indirekt auf die Weltwirtschaft aus. Zum einen brachten sie mit der zuerst betroffenen Stadt Wuhan einen Netzknoten der Weltwirtschaft zum Stillstand. Weder die Endfertigung von Zwischenprodukten und Konsumgütern – hauptsächlich für den asiatischen Markt – konnte am Laufen gehalten werden, noch konnte Wuhan seiner Rolle als Lieferant für Rohstoffe und Halbfabrikate nachkommen. „Die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft zeigen sich in den Daten zur Industrieproduktion in China.“ Wie aus Abbildung 9 ersichtlich ist, „ist diese im Januar und Februar zusammengekommen um 13,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken“. Felbermayr und Görg vergleichen den Einbruch mit dem früheren SARS-Ausbruch 2002/2003 sowie der Finanzkrise 2008/2009, die beide zu einem vorübergehenden Einbruch der Weltwirtschaft geführt hatten und kommen zu dem Schluss: „Dieser Produktionsrückgang ist schwerwiegend, insbesondere wenn man ihn in eine längere Perspektive stellt: Weder der SARS-Ausbruch 2002/2003 noch die Finanzkrise 2008/2009 waren mit einem derart starken Einbruch der Industrieproduktion verbunden“.

Gleiches, so die beiden Wirtschaftswissenschaftler, gelte für das Bruttoinlandsprodukt Chinas, das „nach offiziellen Angaben im ersten Quartal 2020 um 6,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Es handelt sich um den ersten Rückgang, den China seit Beginn der Veröffentlichung dieser Zahlen im Jahr 1992 verzeichnet hat. Seither war die chinesische Wirtschaft nie weniger als 6 Prozent pro Jahr gewachsen“ (Felbermayr/Görg, 2020).

Am 27. Januar 2020 wurde der erste Corona-Fall in Deutschland registriert. Der war ein Ergebnis der engen Verflechtung der deutschen Automobilproduktion mit der Industriemetropole Wuhan, wo die Pandemie ausgebrochen war. Patient Nummer eins in Deutschland war ein Mitarbeiter des Unternehmens Webasto, einem weltweit tätigen Zulieferbetrieb der Automobilindus-

trie – mit einem Zweig in Wuhan. Angesteckt hatten sich er und drei weitere deutsche Mitarbeiter des Unternehmens bei einem Workshop am bayerischen Sitz der Firma. „Dieser wurde von einer chinesischen Kollegin geleitet, die nicht wusste, dass sie infiziert war“, resümieren drei Wissenschaftler in einem Beitrag für den britischen Wissenschaftsdienst „The Conversation“. Ihre Krankheit habe die Mitarbeiterin erst auf ihrem Rückflug in ihre Heimat bemerkt. Da hatten ihre Kollegen in Bayern aber schon begonnen, den Virus zu verbreiten.

Die Autoren machen drei Dimensionen für die heutige schnelle Ausbreitung ansteckender Krankheiten aus: die Verstädterung, die globale Mobilität sowie die Gesundheitspolitik und die Qualität der Abstimmung von Gegenstrategien weltweit.

Dabei sei die Konzentration von immer mehr Menschen in Zentren globaler Bedeutung eng verbunden mit der globalen Mobilität: „Der Corona-Virus reiste von der Peripherie von Wuhan – wo im vergangenen Jahr 1,6 Millionen Autos produziert wurden – zu einer entfernten Stadt in Bayern, die spezialisiert ist auf die Herstellung bestimmter Autoteile“. Zweitens hätten sich die sozialen wie technischen Infrastrukturen nicht im Einklang mit den rasant wachsenden Zentren der Globalisierung entwickelt. Und drittens offenbarte die Pandemie die Unzulänglichkeiten wie Möglichkeiten der Regierungsführung auf verschiedenen Ebenen. Das Team der Wissenschaftler zeigt sich beeindruckt, wie es gelungen ist, „ganze Megastädte unter Quarantäne zu stellen“. Die Autoren des Beitrags schreiben im Februar des Pandemie-Jahres, also zu einem recht frühen Zeitpunkt, es sei „unwahrscheinlich, dass solch drastische Maßnahmen in Ländern akzeptiert würden, die nicht von einer zentralisierten autoritären Führung regiert werden“. Zumal selbst in China die lokalen, regionalen und zentralen Regierungs- (und Partei-)Einheiten zu Beginn der Krise nicht ausreichend koordiniert waren. Heute wissen wir mit Blick auf die Ausbreitung des Virus in den USA oder Brasilien, deren Regierungen die Gefährlichkeit des Erregers leugnen, dass sie recht behalten sollten (Keil/Connolly/ Ali, 2020).

Zwei Monate nach dem Ausbruch des Virus in einem bayerischen Betrieb der weltweit organisierten Automobilindustrie trat in Deutschland das „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ in Kraft.

Schon vorher waren Unternehmen in den freiwilligen „Lockdown“ gegangen. Die Produktion ruhte in Automobilwerken und der chemischen Industrie, Reisebüros, Reise- und Kulturveranstalter schlossen, in den Verwaltungen von Wirtschaft, Bund, Ländern und Gemeinden leerten sich die Büros. Die Menschen wurden nach Hause geschickt, um dort meist mit improvisierter Technik die Arbeit fortzusetzen.

In ihrem Bericht über den Arbeitsmarkt im Juni bilanzierte die Bundesagentur für Arbeit, dass die Zahl der Arbeitslosen zum Monatsende 2,85 Millionen erreicht hat. Demnach waren über 600.000 mehr Menschen als im Vorjahresmonat arbeitslos gemeldet.

Noch intensiver nutzten die Arbeitgeber das Instrument der Kurzarbeit, um Teile der Lohnkosten von der Solidargemeinschaft tragen zu lassen. In den Monaten März und April 2020 zusammengekommen waren 10,66 Millionen Männer und Frauen in Kurzarbeit gemeldet, im Mai waren 1,14 Millionen Anträge gestellt worden, im Juni kamen noch einmal mehr als 340.000 Anträge dazu (Bundesagentur für Arbeit, 2020).

Ruhende Montagebänder, geschlossene Reisebüros und Buchhandlungen und keine Personenflüge mehr, nicht nur von deutschen Flughäfen, ließen das Land stillstehen.

In der „Konjunkturprognose 2020 und 2021“, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 23. Juni 2020 vorlegte, heißt es, man erwarte „einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 6,5 Prozent“ (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2020).

Die Frage ist noch nicht entschieden: Wird es gelingen, die über Wochen brachliegende Wirtschaft wieder hochzufahren?

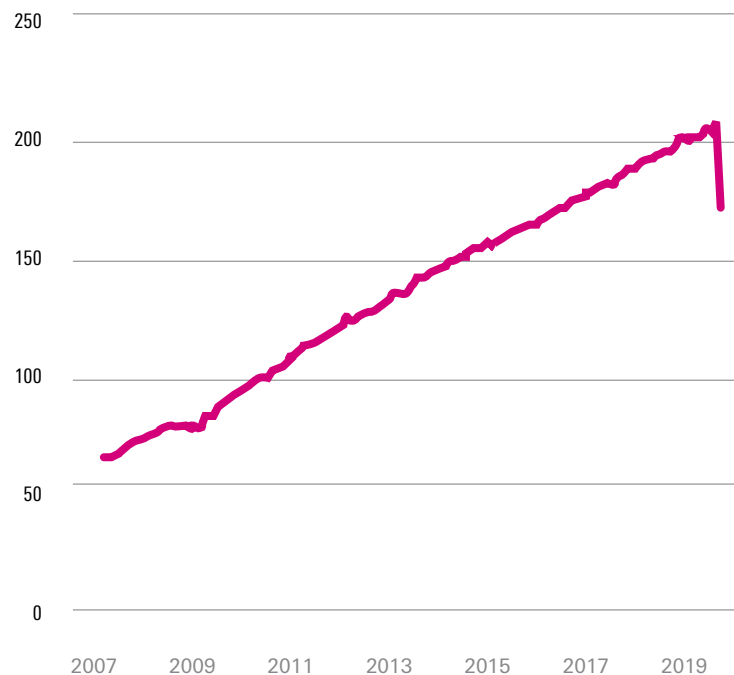
„Die Frage ist noch nicht entschieden: Wird es gelingen, die über Wochen brachliegende Wirtschaft wieder hochzufahren?“

Krise bringt Transformationsprozesse in Gefahr

Die Voraussetzungen für eine Rückkehr zur Normalität erscheinen – einige wenige Zweige wie den Kulturbetrieb und die Reisebranche ausgenommen – günstig. Der Sachverständigenrat jedenfalls gab sich in seinem Gutachten vom Sommer 2020 verhalten optimistisch: „Für die vorliegende Prognose geht der Sachverständigenrat von der Annahme aus, dass es zunehmend gelingt, die Neuinfektionen einzudämmen und ein Wiederaufflammen der Pandemie mit erneuten Verschärfungen der Maßnahmen zu vermeiden.“ Zugleich ist der Ökonomenklub höchst verunsichert darüber, ob der Wiederaufstieg weltweit synchron verlaufe, „damit die Erholung in den einzelnen Volkswirtschaften nicht durch eine fehlende Exportnachfrage ausgebremst wird. Im Fall von Produktionseinschränkungen könnten zudem fehlende Vorleistungen die Produktion behindern“.

Dennoch gehen die amtlich bestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler davon aus, dass der Beginn „einer langsamen Erholung der Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr 2020“ erfolgt. Man schließt sich der Prognose des niederländischen „Centraal Planbureau (CPB)“ an, nach der das Welthandelsvolumen im laufenden Jahr um 9,6 Prozent einbricht, in 2021 aber wieder mit einer Rate

Industrieproduktion und Bruttoinlandsprodukt in China Anmerkungen: Monatliche Daten der Industrieproduktion, saisonbereinigt, in konstanten Dollar von 2010. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. (Abb. 9)



von 8,5 Prozent zulegt (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2020). Abbildung 10 zeigt, welche Entwicklung der Wissenschaftskreis für das laufende Jahr für große Volkswirtschaften erwartet.

Das sind allerdings globale Zahlen, deren Berechnung darauf beruht, dass die Motoren, Räder und Riemchen der globalen Wirtschaft so verbunden sind, dass die Maschinerie ohne Reibung funktioniert. Was aber, wenn einzelne Bauteile aus der Maschine zeitweise ausfallen? Oder sogar dauerhaft?

Weltweit haben Regierungen und Parlamente, Notenbanken, Verwaltungen und Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften – soweit vorhanden – alles dafür getan, Menschen in Arbeit und die Struktur der Wirtschaft stabil zu halten.

In der EU machte die Europäische Zentralbank den Anfang, in dem sie ihr Programm zum Kauf von Staatsanleihen um weiter dreistellige Milliardenbeträge erhöhte und damit die Handlungsfähigkeit der EU-Mitgliedsstaaten sicherte.

In den Mitgliedsstaaten stabilisierten insbesondere die Arbeitslosenversicherungen mithilfe von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld die Nachfrage und hielten so gut es ging die Arbeitsverträge stabil. Zugleich beschlossen die Nationalstaaten – ohne auf Entscheidungen im Rahmen der Europäischen Union zu warten – mit „fiskalischen Impulsen, Stundungen sowie Garantien und Liquiditätsunterstützungen“, aber auch dem Angebot von Beteiligungen, „systemrelevante“ Unternehmen zu stützen oder etwa den Kulturbetrieb aufrechtzuerhalten. Die EU wirkte hinterher als Notar und setzte die Maastricht-Kriterien, welche eigentlich die Nationalstaaten auf eine neoliberale, nicht sozialstaatliche Haushaltspolitik trimmen sollen, außer Kraft.

Schon bald zeigte sich, dass die Arbeitslosenversicherungen einiger Mitgliedsstaaten die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg nicht durchstehen würden. Um dem zu begegnen, überschritt die Europäische Union eine bis dato fest gezogene Grenze: Mit der Auflage des Kurzarbeiter-

programms SURE in Höhe von hundert Milliarden Euro ermöglichte sie es Mitgliedsstaaten, Kurzarbeiterprogramme aufzulegen oder auszuweiten.

Es bleiben aber Risiken, die einen runden Neustart der Weltwirtschaft verhindern könnten. Neben der Gefahr, dass eine zweite Infektionswelle die Weltwirtschaft oder Teile davon wieder in einen „Lockdown“ treibt, könnte eine „Insolvenzwelle großer Unternehmen das Bankensystem belasten, und es könnten sich Risiken für die Finanzstabilität ergeben“, schreiben die Sachverständigen in ihrem Gutachten weiter.

Nur die Gefahr kollabierender Banken zu sehen, ist allerdings kurzsichtig. Die Insolvenzen nicht nur in Deutschland könnten tiefe Löcher in das grenzüberschreitende Produktionsnetzwerk reißen. Lufthansa etwa wäre so ein Fall gewesen. Ohne die Beteiligung des Bundes wäre das Rückgrat für Personen- und Frachttransporte der deutschen Wirtschaft weggebrochen. Neun Milliarden Euro umfasst das Rettungspaket, welches das angeschlagene Unternehmen vor dem Untergang bewahrt:

- Drei Milliarden Euro umfasst eine KfW-Konsortialfinanzierung, an der sich private Banken mit 600 Millionen Euro beteiligen;
- der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) erwirbt eine stille Beteiligung I in Höhe von rund 4,7 Milliarden Euro, die nach IFRS als Eigenkapital anerkannt werden kann;
- darüber hinaus erwirbt der WSF zu rund 0,3 Milliarden Euro im Zuge einer Kapitalerhöhung einen Aktienanteil in Höhe von 20 Prozent an Lufthansa mit inhaltlich beschränkten Stimmrechten;
- eine weitere stille Beteiligung II in Höhe von rund einer Milliarde Euro, die unter bestimmten Bedingungen (Übernahmefall/Nichtzahlung des Coupons durch DLH) in Aktien gewandelt werden kann (mindestens weiteren fünf Prozent);
- der Bund wird im Aufsichtsrat über zwei Man-

date vertreten sein, die durch unabhängige Experten auszuüben sind (Bundesfinanzministerium 1, 2020).

Zu den Risiken einer Erholung gehöre es, schreiben die Sachverständigen, dass „es mit zunehmender Dauer für die Staaten schwieriger werden dürfte, die Krise durch staatliche Schuldenaufnahme und Stützungsmaßnahmen zu überbrücken“.

Die Bundesregierung hat zwar Milliarden bereitgestellt, um bei Unternehmen wie der Lufthansa über den WSF-Fonds einzusteigen.

Wenn die Erholung nicht schnell kommt, könnte aus einem düsteren Szenario bald finstere Wirklichkeit werde.

Das ifo Institut hat in seiner Konjunkturumfrage des Monats Juni 2020 Unternehmen auch danach gefragt, ob sie sich hinsichtlich einer Insolvenz für gefährdet halten. Ergebnis: „Ein gutes Fünftel der deutschen Unternehmen sieht sein Überleben durch die Corona-Krise gefährdet“.

Abbildung 11 zeigt, dass jedes vierte Unternehmen des Dienstleistungssektors und jedes fünfte Unternehmen aus dem Einzelhandel eine Havarie kommen sieht. Dass das verarbeitende Gewerbe mit „nur“ 17 Prozent sich in Gefahr wähnt, ist keine beruhigende Größe. Denn dem Knotenpunkt des industriellen Netzes, dem Automobilbau, droht eine Kernschmelze: 27 Prozent der Autohersteller und 26 Prozent ihrer Zulieferer droht nach ihren eigenen Angaben die Pleite. Ifo-Forscher Stefan Sauer: „In den kommenden Monaten könnte sich eine Insolvenzwelle anbahnen“ (ifo Institut 2, 2020). Das industrielle Netz Deutschlands, das Rückgrat von Europas Industrie ist in Gefahr.

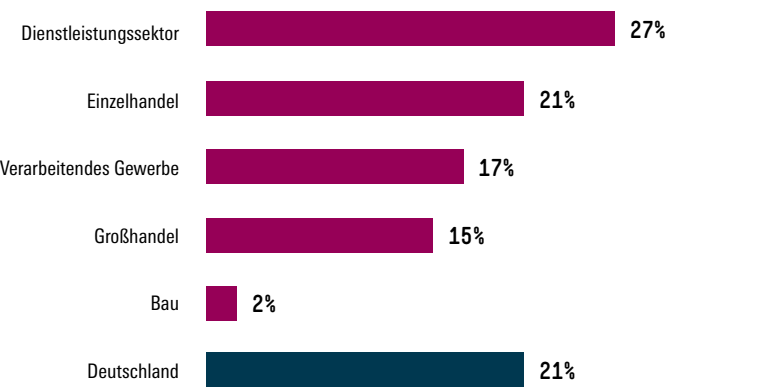
Die Krise, welche die Zulieferkette erfasst hat, trifft die Industrie nicht zu irgendeinem Zeitpunkt. Sondern mitten in ihrer grundlegenden Umstrukturierung von fossilem Kohlenstoff auf kohlendioxidfreie Energieerzeugung und Wertschöpfung, von Rohstoffausbeutung hin zur Schließung der Rohstoffkreisläufe, von der Verbrennung von Öl, Diesel, Benzin und Gas auf Strom auf Wasserstoff. Von großen Mengen und Stückzahlen auf Losgröße eins oder kleine, sehr spezifische Chargen, von analoger oder stationärer zu dezentraler, möglicherweise mobiler Steuerung.

Den Fortschritt anzuschieben, die Modernisierung jetzt nicht abreißen zu lassen, ist, verglichen mit einem Ausgleich der eingebrochenen Nachfrage, die eigentliche Herausforderung.

Die IG Metall hat dies schon vor Ausbruch der Pandemie mit Blick auf die Branchenrezession gesehen. Statt mit einer Tarifforderung in die Verhandlungen zu gehen, ging die Gewerkschaft im Januar 2020 den ungewöhnlichen Schritt, aus der Friedenspflicht heraus mit den Arbeitgebern über ein Zukunftspaket verhandeln zu wollen. Und so sollte es aussehen: Die Arbeitgeber sollten sich im Rahmen eines Moratoriums verpflichten, „auf Per-

Coronakrise bedroht Existenzen (Abb. 11)

Unternehmen, die Beeinträchtigungen durch die Coronakrise als existenzbedrohend bewerten



Quelle: ifo Institut, 2020

Hans Böckler
Stiftung

sonalabbau, Ausgliederungen, Standortschließungen und Verlagerungen [zu] verzichten und sich stattdessen in Zukunftstarifverträgen [zu] verpflichten, durch Investitionen und Qualifizierung Beschäftigung, Standorte und Zukunftsperspektiven zu sichern und entwickeln“, hieß es in einer Stellungnahme der Gewerkschaft Ende Januar.

Für die eigentlichen Zukunftspakete sollte „in allen Regionen“ verhandelt werden. Auf dieser Ebene sollte festgelegt werden, dass sich die Arbeitgeber im Verband dazu verpflichten, dass die Unternehmen Verhandlungen auf Verlangen der IG Metall führen. Den Rahmen dieser Vereinbarungen steckte ihr Vorsitzender wie folgt ab: Die Arbeitgeber sollten sich auf „konkrete Investitionen und Produktperspektiven für Standorte und Beschäftigte genauso wie den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen verpflichten. Großes Augenmerk liegt auch auf Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung“ (IG Metall, 2020).

Keine Frage: Die Weltwirtschaftskrise hat die Industrie in einem Moment getroffen, an dem sie besonders empfindlich ist: im Umbau. Und käme die große Pleitewelle, würde die Leistungsfähigkeit des industriellen Netzes nachhaltig geschwächt, könnte das Vorhaben „Tiefe Transformation“ in Gefahr geraten.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts¹ in ausgewählten Volkswirtschaften (Abb. 10)

	USA	China	Japan	Vereinigtes Königreich	Euro-Raum				
					Insgesamt	Deutschland ²	Frankreich	Italien	Spanien
2019	2,3	6,1	0,7	1,4	1,3	0,6	1,5	0,3	2,0
2020 ³	-6,1	0,3	-4,4	-8,8	-8,5	-6,9	-11,0	-11,8	-11,5
2021 ³	4,7	8,8	2,9	4,8	6,2	4,9	8,4	7,0	8,1

1 – Veränderung zum Vorjahr in %. Preisbereinigt. 2 – Aufgrund der Kalenderbereinigung unterscheidet sich der hier genannte Wert für das BIP-Wachstum in Deutschland im Jahr 2020 von dem an anderer Stelle angegebenen Ursprungswert (vgl. Tabelle 4). 3 – Prognose des Sachverständigenrates. Werte basieren auf saison- und kalenderbereinigten Quartalswerten.

Quelle: Eurostat, nationale Statistikämter, Sachverständigenrat

Hans Böckler
Stiftung



Gespräch mit dem Grünen Europaabgeordneten Sven Giegold:

„WIR MÜSSEN UNSERE NAIVITÄT AUFGEBEN“

Sven Giegold ist Mitbegründer des gegenüber der neoliberalen Globalisierung kritischen Netzwerkes Attac. 2008 trat Giegold den Grünen bei, 2009 wurde er ins Europäische Parlament gewählt. Der Wirtschaftswissenschaftler ist Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament. Er plädiert für ein Ende der Zurückhaltung, insbesondere gegen Versuche Chinas, die Weltwirtschaft durch Setzung von Standards und Normen, durch Beteiligungen und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu beherrschen. Giegold: „Für mich heißt das: Europa muss an vielen Stellen Naivität und Zurückhaltung in seiner Industriepolitik aufgeben.“

Hilmar Höhn: Seit Jahrzehnten führen wir eine Debatte über die De-Globalisierung, die von interessierter Seite als Anti-Globalisierung discreditiert wurde. Wenn ich mir ansehe, wie sich die Dinge seit der Finanzkrise entwickelt haben, dann haben wir es mit einem abflauenden Globalisierungsprozess oder sogar dem Zerfall desselben in einen Wettbewerb der Wirtschaftsböcke zu tun. Oder täuscht das?

Sven Giegold: Nun, wir haben in den vergangenen Jahren weniger über De-Globalisierung diskutiert, sondern wir erleben seit Jahrzehnten eine Praxis der Globalisierung, die durch immer neue Entscheidungen und Abkommen vertieft wurde. Aber in den vergangenen Jahren wurden auch zwei Grenzen der Globalisierung erkennbar. Erstens: Die Globalisierung der Finanzmärkte und der Produktion funktioniert nicht, wenn es nicht auch eine Globalisierung des regulierenden Staates gibt. Da wurde bis-

lang nur die halbe Strecke des Weges gegangen. Zweitens: Lieferketten, auf die man sich nicht verlassen kann, wenn man sie am meisten braucht, sind auch globalisiert nichts wert.

Dossier: Du zielst jetzt auf die Notwendigkeit ab, Gesichtsmasken aus China zu ordern ...

Giegold: Wenn meine Liebste als Ärztin mir erzählt, dass essenzielle Medikamente nicht mehr in Europa hergestellt, sie jedoch wegen der Ausbreitung von Corona in Indien und China nicht mehr ausreichend produziert werden und wir deshalb auf zweit- und drittklassige Ersatzpräparate zurückgreifen, ist das ein klares Signal. Anderes Beispiel: Wenn Beatmungsmaschinen nicht mehr ausgeführt werden dürfen, weil der Binnenmarkt einfach außer Kraft gesetzt wurde, zeigt das, wie wichtig, ja wie lebensnotwendig es ist, dass wir bei wichtigen Grundgütern Reserven brauchen. Nicht nur auf

Lager. Wir müssen auch in der Lage sein, sie selbst herzustellen.

Dossier: Was sind wichtige Grundgüter? Wo fängt die Definition an, wo endet sie?

Giegold: Das muss man diskutieren. Die Frage stellt sich ja neu. Wichtige Grundgüter sind natürlich Nahrungsmittel, Medikamente und medizinische Ausrüstung. Das fällt mir jetzt spontan ein. Aber das sollte eine Diskussion ergeben.

Dossier: Gehören Autos auch dazu?

Giegold: Wie bitte?

Dossier: Gehören Autos auch dazu?

Giegold: Das Auto? Ich glaube nicht, dass jedes Land eine Chance hätte, eine eigene Automobilindustrie in großem Umfang zu betreiben. Das wäre vermutlich auch nicht effizient. Im Bereich vieler industrieller Güter braucht es weiter Arbeitsteilung. Aber die neuere Handelstheorie zeigt, dass die Globalisierung im Wesentlichen dazu geführt hat, dass ähnliche Produkte in allen Weltregionen produziert werden und erhältlich sind. Jetzt hat sich aber gezeigt, dass viele Güter – wie jetzt Medikamente – nur noch aus einer Weltregion zu bekommen sind. Solche Abhängigkeiten sind gefährlich.

Dossier: Oder gar nur aus einer einzelnen Global City wie Wuhan, deren „Lockdown“ weltweit die Industrie in Gefahr bringt, weil manche Teile nur noch dort in ausreichender Stückzahl produziert werden.

Giegold: Die wirtschaftspolitische Agenda der Kommunistischen Partei Chinas zielt darauf ab, viele Teilmärkte der Weltwirtschaft in einer Weise zu beherrschen, dass es zu einer auf Wettbewerb gegründeten sozialen Marktwirtschaft nicht passt. Für mich heißt das: Europa muss an vielen Stellen Naivität und Zurückhaltung in seiner Industriepolitik aufgeben ...

Dossier: Gibst du damit nicht Donald Trump recht, der einen Handelskrieg mit China vom Zaun gebrochen hat, weil er Produktion ins Land zurückholen will?

Giegold: Mit Donald Trump ist es so eine Sache. Wenn ich mal ausblende, wie er das Land spaltet und seine Anhänger und Anhängerinnen gegen Demokratie und Rechtsstaat anpeitscht, wenn ich also nur betrachte, wie seine Wirtschaftspolitik angelegt ist, dann hat er recht, wenn er dagegen vorgeht, dass in China mit nicht-marktwirtschaftlichen Mitteln Wettbewerbsvorteile geschaffen und Handelsüberschüsse erwirtschaftet werden. Er hat nicht recht, wenn er dagegen eine ressentimentgeladene, aggressive, anti-chinesische Rhetorik setzt, die weltweit kein einziges Problem löst, sondern immer mehr schafft.

Dossier: Die Denkfabrik innerhalb der Junker-Kommission, das European Political Strategy Centre (EPSC) plädierte schon Jahre vor der Corona-Krise, für eine „strategische Autonomie“ der Europäischen Union. Dieser Begriff findet sich nun auch im Entwurf für das Recovery-Paket, welches Ursula von der Leyen Ende Mai vorgestellt hat. Befinden wir uns in einer Phase, in der die Globalisierung sich dauerhaft in einen Weltmarkt verwandelt, der nur von Wirtschaftsblöcken kontinentalen Ausmaßes gestaltet werden kann?

Giegold: Strategische Autonomie ist aus meiner Sicht nicht Abschottung und Konfrontation. Bei Donald Trump ist das aber so: Er droht mit Strafzöllen, er will der dickste Fisch im Teich sein, indem er Politik gegen internationales Recht und Regeln macht und damit schiere Machtpolitik betreibt. Am Ende kann so keine friedliche und stabile Welt wachsen. Strategische Autonomie bedeutet, in zentralen Fragen eigenständig Gestalten und Handeln zu können. Als Konzept geht es darum, in diesem Machtkampf um Vormachtstellung in der Welt souverän handeln zu können und unsere Prinzipien der Demokratie, des Sozialstaats und der ökologischen Ordnung zu stärken.

„STRATEGISCHE AUTONOMIE BEDEUTET, IN ZENTRALEN FRAGEN EIGENSTÄNDIG GESTALTEN UND HANDELN ZU KÖNNEN. ES GEHT DARUM, UNSERE PRINZIPIEN DER DEMOKRATIE, DES SOZIALSTAATS UND DER ÖKOLOGISCHEN ORDNUNG ZU STÄRKEN.“





„ES WÄRE FRUCHTLOS UND NAIV ZU GLAUBEN, AUFGABEN WIE DER ERHALT DER BIODIVERSITÄT ODER DER STOPP DER VERGIFTUNG DER UMWELT KÖNNTEN DURCH RÜCKWÄRTS-GEWANDTE, NATIONALE ALLEINGÄNGE GELÖST WERDEN.“

Wenn ich mir die Industriepolitik in Europa anschau, dann sind wir weit von einer solchen Stärke entfernt. Sie ist zuvorderst von nationalen Interessen geprägt – von Misstrauen, und dabei sind alle Länder Europas – auch Deutschland – zu klein, um damit im Wettbewerb der Blöcke, der ja auch ein Wettbewerb der Ideologien ist, zu bestehen. Meine Schlussfolgerung: Wir müssen zu einer Interessenvertretung von europäischem Gemeinwohl kommen. Das heißt, gemeinsame Entscheidungen treffen, statt darauf zu warten, bis im Rat der Regierungen der Mitgliedsstaaten eine Einstimmigkeit erzielt wurde. Europa braucht tiefe, demokratische Reformen. Und die aktive Konjunkturpolitik, zu der sich dieser Rat jetzt hoffentlich schnell durchringt, kann diesen Prozess beschleunigen. Du sprichst ja auch mit Martin Höpner.

Dossier: In der Tat.

Giegold: Ich blicke auf Europa und seine Institutionen ganz anders als er. Er ist immer noch der Überzeugung, dass der Nationalstaat der allein selig machende Ort der Vergesellschaftung bleiben wird. Das halte ich für Europa für völlig falsch. Wir sind nicht China, wir sind nicht Amerika. Wir werden unsere Sozialstaatlichkeit, unsere Ökologie und unsere wirtschaftliche Stärke entweder in einem einigen Europa erhalten oder wir werden sie verlieren. Hier fühle ich mich der deutschen Gewerkschaftsbewegung sehr nahe. Die Gewerkschaften im DGB vertreten diese Position, auch wenn das nicht immer in der Mitgliedschaft so nachvollzogen wird. Für ein starkes Europa einzutreten, ist eine Entscheidung, die aus sehr klugem Eigeninteresse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, genauso wie der Schwachen in der Gesellschaft getroffen wurde. Selbst wenn nicht alles an Europa heute sozial ist, wird das Soziale nicht erhalt- oder gar gestaltbar bleiben, wenn wir nicht lernen, es europäisch zu organisieren. Den unsäglichen Steuerwettbewerb im Interesse von Großunternehmen und Vermögenden beenden wir gemeinsam oder gar nicht.

Dossier: Lass mich noch einmal auf das europäische Konjunkturpaket zu sprechen kommen, das in diesem Sommer hoffentlich beschlossen wird. 750 Milliarden, zusammen

mit vorgezogenen Ausgaben aus der mittelfristigen Finanzplanung der EU – macht zusammen eine Summe von mehr als einer Billion Euro. Die EU wird in die Lage versetzt, sich am Kapitalmarkt selbst diese Mittel zu beschaffen. Das sind unfassbar große Beträge. So etwas gab es wohl in Europa noch nie. Ist das nicht der Moment, an dem das Europäische Parlament geschlossen, aber ohne die Rechtsextremisten, sagen müsste: Das geht nur, wenn wir, die Abgeordneten der Bürgerinnen und Bürger Europas mehr Rechte bekommen?

Giegold: Kann ich Dir auf diese Frage später antworten? Ich bin mit dem De-Globalisierungsthema noch nicht fertig.

Dossier: Einverstanden.

Giegold: Ich möchte noch einen Aspekt zur Debatte beisteuern. Es gibt die Notwendigkeit von De-Globalisierung natürlich auch auf anderen Feldern, in denen wir heute globalisiert wirtschaften. Zum Beispiel in der Energieversorgung. Wir müssen loskommen vom Öl, vom Gas und der Kohle, die wir derzeit aus aller Welt importieren. Diese Energien richten dort, wo sie gefördert werden, immense Schäden an. Und in Europa, wo sie verstromt und verbrannt werden, vergiften sie die Atmosphäre. Gleiches gilt für Agrargüter. Wir müssen uns das Ziel setzen, diese Einfuhren zu reduzieren und sie im Interesse der Umwelt hier selbst herzustellen.

Was wir aber überhaupt nicht gebrauchen können ist politische De-Globalisierung. Denn die Probleme, die wir zu lösen haben, besonders die ökologischen Aufgaben wie den Erhalt der Biodiversität, den Stopp der globalisierten Vergiftung der Umwelt, den Kampf gegen den Klimawandel, das alles braucht die Fähigkeit zu internationaler Kooperation. Es wäre fruchtlos und naiv zu glauben, dies könne durch rückwärtsgewandte, nationale Alleingänge gelöst werden.

Dossier: Nationalistische Politik führt dann in der Konsequenz dazu, dass man sich ausgerechnet in Zeiten einer globalen Pandemie aus der Weltgesundheitsorganisation der UN, der WHO, verabschiedet.

Giegold: Ja, das ist natürlich die absurde Pointe. Aber mich gruselt es vor der Vorstellung, dass sich die Weltmächte so zerzoffen, dass man die Ziele globaler Abkommen wie die des Pariser Klimaabkommens nicht mehr erreichen kann, weil jeder Block, jede Nation nur die kurzfristigen Vorteile in einem weltweiten Wettlauf um immer niedrigere Standards verfolgt.

Wenn wir diese Kooperationsfähigkeit verlieren, begehen wir Selbstmord. Es ist daher eine grundfalsche Vorstellung, sich auf die Nation zu beziehen, nur weil die Gegenwart der EU defizitär erscheint. Deswegen bin ich Martin Höpner und Sahra Wagenknecht in politischer Abneigung verbunden. Was sie fordern mag ja links und zugespitzt sein, aber die in Deutschland seltenen Anhängerinnen und Anhänger des nationalen Links-souveränismus sind zukunftsblind.

Im Übrigen gilt: Soll es in Deutschland eine progressive Mehrheit geben, müssen alle diese Fragen zu globalen, transnationalen und europäischen Institutionen eindeutig positiv geklärt sein, sonst wird es mit den Grünen wohl kaum eine Koalition geben. Solange ein Drittel der Linken Amok läuft, wenn es international um Verantwortung geht, wird es schwierig. Wie soll das funktionieren in einem Land von der Bedeutung Deutschlands?

Dossier: Die Frage ist doch nicht, ob es um Linksnationalismus geht, sondern um die Klärung, dass Entscheidungen von weitreichender Bedeutung auch demokratisch legitimiert sind. Es geht doch darum, dass der EuGH vielfach angestoßen von der EU-Kommission Entscheidungen und Urteile fällt, die gar nicht im Kompetenzbereich der EU liegen.

Giegold: Sorry, das ist ziemlich platte Richterscheitel. Der EuGH ist der Garant der europäischen Rechtsgemeinschaft, wie von den EU-Verträgen zugewiesen. Diese Rolle hat er insgesamt sehr gut gespielt. Ohne den EuGH gäbe es in Europa klein gleiches Recht zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Mitgliedsländern. Natürlich hat der EuGH auch Urteile gefällt, die mir nicht gefallen haben. Die Abwägungen dehnten die Freiheiten des Binnenmarktes in der Abwägung gegenüber anderen Grundprinzipien Europas wie des sozialen Zusammenhalts und der Nachhaltigkeit sehr weit. Doch jüngere Urteile zeigen, dass der EuGH sich mit der Schwächung marktliberaler Dogmen in der Öffentlichkeit auch verändert. Der EuGH ist deutlich sozialer geworden. Zudem sind die europäischen Verträge ganz bewusst offen genug, um eine Weiterentwicklung der EU ohne Vertragsänderung zu ermöglichen. Es ist nicht überzeugend, zu schnell bei Veränderungen „Kompetenzüberschreitung“ zu rufen.

Dossier: Nun ja, damit liegt er auf einer Linie mit dem Verfassungsgericht. Einer ehrbaren Institution, dessen Entscheidungen gut und gerne Beachtung finden, nicht aber immer geliebt werden.

Giegold: Furchtbar. Furchtbar.

Dossier: Ich bin da nicht so sicher, Sven. Es waren sicher keine klugen Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler in Frankreich und den Niederlanden, 2004 gegen eine europäische Verfassung gestimmt zu haben. Wir stünden heute an einem anderen Punkt. Die Frage von Kompetenzen und Souveränität wäre klarer. Jetzt ist das im Streit. Und nicht von ungefähr. Der Europäische Gerichtshof hat über die Grundfreiheiten, die nun in den europäischen Verträgen definiert sind, Europa, wenn ich das mal so verkürzt nennen darf, immer mehr Kompetenzen herbei geurteilt.

Giegold: Die jetzigen EU-Verträge sind mit dem sogenannten Verfassungsvertrag weitgehend identisch. Gerade bei den Kompetenzen und Entscheidungsstrukturen gab es praktisch keine Veränderungen. Beide Texte erfüllen zwar die Funktion einer Verfassung Europas, sind aber keine echten Verfassungstexte. An der Rechtsordnung hätte sich nichts geändert und auch nicht an den offenen Formulierungen zur Weiterentwicklung der Ausgestaltung der Kompetenzbereiche. Der Unterschied liegt in Symbolik, wenn auch wichtiger Symbolik.

Dossier: Jetzt bin ich wieder an der Stelle: Wenn jetzt ein Programm in hoher dreistelliger Milliardenhilfe aufgelegt wird, wenn damit ein technologischer Modernisierungsdiskurs verbunden wird, der den Umwelt- und Klimaschutz ebenso wie die Biodiversität und eine von europäischen Vorstellungen geprägte Digitalisierung voranbringen soll, dann bekommt doch dieses Europa einen ganz neuen Impuls. Dann bringt das doch eine Vergemeinschaftung und eine Solidarität in Europa, die doch nur in einer Neuordnung der Verträge und damit der EU münden kann.

Giegold: Zuerst einmal will ich etwas zu den Programmen sagen, die nun als Recovery Plan diskutiert werden. Der Transfercharakter bei Investitionen ist eine neue Qualität und außerordentlich wichtig für Europa. Damit wird mit der Ideologie gebrochen, wir organisieren einen möglichst intensiven Wettbewerb und der Verlierer muss dann gucken, wo er bleibt. Das war weder politisch noch ökonomisch nachhaltig – ehrlich gesagt hatte das mit Markt und Union wenig, mit dem Recht des Stärkeren hingegen viel zu tun. Ich bin ja nicht blind

für die Schieflagen der EU. Damit ist ein großer Schritt in Richtung eines sozialen, solidarischeren Europas gemacht.

Dass diese Gelder in die Zukunft investiert werden, ist richtig, aber wenn man sich genauer die Bedingungen anschaut, ist die Zukunftsorientierung in der Überschrift größer als im Detail. Nach wie vor hält die Kommission in ihrem Entwurf an einer umweltschädlichen und wirtschaftlich nicht vernünftigen Agrarpolitik fest. Dass nur ein Fünftel, bestenfalls ein Viertel der Ausgaben in die Menschheitsherausforderung Klimaschutz fließen soll, die übrigen Ausgaben sind nur begrenzt ökologisch konditioniert, ist ein Makel. Parallel wurden über zweitausend Milliarden Euro an Staatshilfen notifiziert, fast ohne ökologische Bedingungen. Ich finde, das ist eine enorme Bewegung. Ich stimme dir zu, das wird die EU auf Dauer verändern.

Dossier: Das klingt nun gebremst euphorisch.

Giegold: Es gibt eine bequeme Form von Ökologie. Man gibt eine Menge Zuschüsse. Und dann geschieht etwas. Du kannst jedem ein Elektorad schenken, aber es ist völlig ungewiss, ob die Menschen dafür öfter ihr Auto stehen lassen. Ökologie wird nur dann erreicht, wenn tatsächlich weniger Auto gefahren wird und unterm Strich die Ökobilanz positiv ist. Das erreicht man aber nur durch ökologische Preise und Regeln plus Investitionen. Die Investitionen wirken nur, wenn ich gleichzeitig auch verbindliche Regeln habe.

Konservative Politikerinnen und Politiker haben schwer daran zu schlucken. Die schärferen Regeln und Grenzwerte sind beschlossen. Und die Zuschüsse kommen dazu. Das ist das Gegenteil dessen, was sie Jahrzehnte lang auf den Marktplätzen vertreten haben. Ich sehe die Gefahr, dass sie nun

Dossier: Da wir jetzt wieder bei politischen Entscheidungen angekommen sind, will ich zu meiner Frage nach der Legitimation europäischer Politik zurückkehren und wie sich das Europäische Parlament weiter entwickeln sollte.

Giegold: Ich beschränke mich in meiner Antwort auf Deutschland. Sonst wird es zu komplex. In Deutschland haben wir eine solide Mehrheit von Menschen, die zwar sagen, mir passt vieles nicht in Europa, doch wenn es hart auf hart kommt, bin ich dafür. Die meisten Menschen in Deutschland wissen, dass unser Wohlstand, unsere Zukunftsfähigkeit, unser Frieden, die Ausbildung unserer Kinder in vielerlei Hinsicht von Europa abhängt und wenn man sie fragt, willst du das jetzt riskieren oder nicht, dann sagt die große Mehrheit, der europäische Weg ist richtig. Hinter dieser Entscheidung steht aber natürlich viel Frust, sehr viel Frust. Ich bin ja weder blind noch taub.

Dossier: Ganz mag ich mich mit der Verengung des Blicks auf Deutschland nicht zufriedengeben, ich greife einfach meine Frage auf, deren Beantwortung du vorhin hintangestellt hast: Die EU mobilisiert unfassbar hohe Beträge gegen die Krise. So etwas gab es in Europa noch nie. Ist das nicht der Moment, an dem das Europäische Parlament geschlossen, freilich ohne die Rechtsextremisten, sagen müsste: Das geht nur, wenn wir, die Abgeordneten der Bürgerinnen und Bürger Europas, mehr Rechte bekommen?

Giegold: Das Europaparlament ist nicht schwach. Wir sind ein starkes Parlament, das seine Rechte nur zu selten voll nutzt. Leider haben im Europaparlament rechte Europagegner und -gegnerinnen und Christdemokratinnen und Christdemokraten die Hälfte der Abgeordneten. Damit ist eine progressive und grüne Politik nicht konsequent möglich. Trotzdem hat sich das Parlament in den letzten Jahrzehnten immer wieder sozialer, ökologischer, demokratischer und vor allem europäischer aufgestellt als die Mitgliedsstaaten. Es wäre widersinnig, mitten in der tiefsten Krise notwendige Investitionen zu blockieren, um neue Rechte zu erstreiten. Das wäre die falsche politische Geisel. Oder um mit der Bibel zu sprechen: Ein jedes hat seine Zeit.

Dossier: Wo verortest du die Quelle des Frustes über die EU?

Giegold: Der Strom des Frustes hat viele Quellen. Es beginnt damit, dass Europa nicht als wirklich handlungs- und leistungsfähig wahrgenommen wird. Von außen ist auch nicht wirklich transparent, wie die Themen zwischen Kommission und Rat, Parlament, nationalen Regierungen und nationalen Parlamenten hin- und hergeschoben werden. Wenn

man in einer Demokratie das nicht erkennt, entwickelt man nicht das nötige Vertrauen zu den Institutionen, die eigentlich das Volk vertreten sollen.

Dossier: Dann ziehen die Hafenarbeiter wegen der Hafenarbeiterrichtlinie vor das Parlament und schmeißen ein paar Steine rein.

Giegold: Ja, das ist wirklich nur einmal passiert. Das ist jetzt schon 20 Jahre her, Hilmar, in einer für uns beide prägenden Lebensphase. Insgesamt gibt es in Europa auf europäischer Ebene erstaunlich wenige Demonstrationen, erstaunlich wenig Protest, sondern die Dinge werden grummelnd hingenommen.

Dossier: Was eigentlich nicht einer demokratischen Haltung entspricht, sondern einer unterworfenen Haltung in einem autoritären Regime.

Giegold: Eine zweite Quelle des Frustes besteht darin, dass Europa es nach wie vor viel schwerer

gefällt. Doch die europäische Demokratie ist so komplex, dass, wenn deine Stimme zu einer parlamentarischen Mehrheit führt, du noch lange nicht unbedingt die Politik bekommst, welcher du deine Stimme gegeben hast. In Europa ist das noch stärker als auf der deutschen Bundesebene. Die politischen Ebenen sind so stark voneinander abhängig, dass aus einer demokratischen Wahl keine Richtungsentscheidung abgeleitet werden kann.

Dossier: Das ist – zugespitzt formuliert – auch das Elend der Europawahlen.

Giegold: Nimm die gegenwärtige Situation: Emmanuel Macron, ein Liberaler, und Angela Merkel, eine Christdemokratin, schlagen ein ökologisch-investives Konjunkturprogramm vor, was eigentlich rotgrünes Terrain ist. Vier Länder sind dagegen, darunter die sozialdemokratisch regierten Länder Schweden und Dänemark sowie Österreich, wo die Grünen mitregieren.

Aber diese Unterschiede hast du auf jeder demo-

„WIR IN EUROPA SCHAFFEN ES NICHT, IN ZENTRALEN ZUKUNFTSFRAGEN JAHRELANG EINE ENTSCHEIDUNG ZU FÄLLEN UND DANN SAGEN WIR DEN BÜRGERINNEN UND UND BÜRGERN ALLE FÜNF JAHRE: DAS IST JETZT SUPERWICHTIG, EUROPA IST TOLL, WÄHLT.“

hat, das Erreichte mit positiven Identitätsgefühlen aufzuladen. Die sind aber wichtig. Wir sind keine nutzenmaximierenden Egoistinnen und Egoisten. Wir sind Gemeinschaftswesen. Und die verbindet eine Erzählung. Die Symbole der Identität Europas sind immer elitär geblieben. Die blaue Fahne mit den Sternen, die Hymne, die es nicht geben darf, die Verknüpfung dieser Symbole mit den Grundwerten von Toleranz, Freiheit und Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist nicht gelungen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es eines der ganz großen Leitprojekte ist, wenn Europa jedem Kind ein Erasmusjahr ermöglicht. Das ist ein absolutes Leitprojekt, weil sich die jungen Leute über die Grenzen hinweg verlieben werden, weil sie Europa als ihren Kontinent erleben werden, dessen Geschichte sie mit ihrer persönlichen Geschichte verbinden. Europa gehört nicht den Eliten, den Kindern der Akademikerinnen und Akademiker. Es gehört demokratisiert.

Dann will ich noch mit einem Mythos brechen: Im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung werden europäische Entscheidungen auch demokratisch

kratischen Ebene. Selbst in der Familie, wenn es jemanden gibt, der oder die gerne Wildnisurlaub macht und jemand anders, der oder die lieber an den Strand will, dann kann man sich auch einigen und in aller Regel läuft das nicht darauf hinaus, dass man nicht mehr in den Urlaub fährt.

Dossier: Was mache ich dann aber mit meiner Stimme an der Urne zu den Wahlen zum Europäischen Parlament. Ich möchte doch gerade ein besseres, ein bis tief in die Wirtschaft demokratisches, ökologisch verantwortungsvoll regiertes und nach sozialstaatlichen Maßstäben hoch entwickeltes Europa.

Giegold: Hm, in einer Familie werden kluge Kompromisse über die Wahl des nächsten Urlaubsortes gefunden. Die meisten Menschen fahren im Sommer ja trotzdem weg. Wir in Europa schaffen es nicht, in zentralen Zukunftsfragen jahrelang eine Entscheidung zu fällen und dann sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern alle fünf Jahre: Das ist jetzt super wichtig, Europa ist toll, wählt.



„ES WÄRE WIDERSINNIC, MITTEN IN DER TIEFSTEN KRISE NOTWENDIGE INVESTITIONEN ZU BLOCKIEREN, UM NEUE RECHTE ZU ERSTREITEN.“

mobil machen für die bequeme Form von Ökologie und im Gegenzug zu den Zuschüssen durchsetzen wollen, dass die Klimapolitik im engeren Sinne Emissionshandel, Regulierung für einzelnen Produkte, Autos, Chemikalien und so weiter, geopfert wird.





„ÖKONOMISCH IST DIE ARBEITSLOSENRÜCKVERSICHERUNG TOLL, ICH BIN EIN ANHÄNGER DAVON. ABER POLITISCH IST DIE IDEE VERBRANNT.“

Das kann man nur auflösen, wenn man die Mehr-Ebenen-Politik irgendwann einmal grundlegend ändert. So geht es einfach nicht weiter. Ich sage das als Anhänger der Idee einer europäischen Republik offen heraus. Ich will nicht alles zentralisieren, aber ich will, dass Entscheidungen klar und nachvollziehbar getroffen werden. Dann erst werden Wahlen zum Europäischen Parlament zu einer Richtungswahl. Damit wird es erst richtig spannend, hinzugehen.

Dossier: Beschreib doch mal kurz die Idee der europäischen Republik und die Ablösung des jetzigen Mehr-Ebenen-Systems?

Dossier: Warum?

Giegold: Für die Christdemokraten und -demokratinnen ist das eine ganz furchtbare Vorstellung, dass ein Raum der europäischen Solidarität entstehen könnte. Von den Liberalen in Deutschland will ich gar nicht reden, die sind hier in Richtung AfD unterwegs. Ich sehe, obwohl ökonomisch sinnvoll, für eine ernsthafte Rückversicherung derzeit keine politische Mehrheit.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, es könnte am Ende eher gelingen, europäische Stabilität dadurch zu organisieren, dass man europäische Steuern erhebt, die man dann in gemeinsame Investitio-

Giegold: Der entscheidende Punkt bei einem erneuerten Mehr-Ebenen-System ist, dass kleine Minderheiten von Ländern nicht alles aufhalten können. Der Tod europäischer Handlungsfähigkeit ist die Einstimmigkeit im Rat der Mitgliedsländer bei Richtungsentscheidungen. Es gibt inzwischen schon viele Mehrheitsentscheidungen, doch in vielen Sektoren ist das nach wie vor das geltende Prinzip: Das gilt beim EU-Haushalt, bei der Außen- und Sicherheitspolitik, bei der Steuerpolitik und damit automatisch bei dem zentralen Hebel der Verteilungsfrage.

Dossier: Ich möchte noch auf ein Projekt zu sprechen kommen, das alle, die noch den Zusammenbruch nationaler Arbeitsmärkte in der Finanzkrise in Erinnerung haben, umtreibt. Es ist der Entwurf einer Arbeitslosenrückversicherung, die die notleidende Arbeitslosenversicherung in Krisenzeiten stützt. Könnte damit der Einstieg der EU in eine gemeinschaftliche Sozialpolitik gelingen?

Giegold: Ich muss dich enttäuschen. Ökonomisch ist das sinnvoll, ich bin ein Anhänger davon. Aber politisch ist die Idee, die Arbeitslosenversicherungen Europas mit einem Puffer auszustatten, verbrannt.

nen übersetzt. Das wäre die Fortsetzung des Prinzips, das den Transfers im kommenden Konjunkturpaket unterlegt ist. Jeder, der diese Steuer für Europa bezahlt, könnte am Ende erkennen, dass es große europäische Gemeinschaftsprojekte gibt, weil sie oder er an Europa beteiligt ist. So eine Arbeitslosenrückversicherung ist eher ein Projekt nicht aus einem europäischen Herzen, sondern aus der Gedankenwelt europafreundlicher keynesianischer Makroökonominnen und -ökonominnen. Das Problem der keynesianischen Makroökonomie ist, dass sie zwar richtig ist, man sich in sie aber leider so schwer verlieben kann.

Die gemeinsamen Digital-, Bildungs- und Ökoinvestitionen öffnen Menschen das Herz und den Verstand und deshalb ist das auch leichter durchzubekommen als die Arbeitslosenrückversicherung, so sympathisch mir dieses Projekt ist. Wir sollten andere antizyklische Ausgleichsmechanismen organisieren, ohne gegen die Windmühlenflügel dieses christdemokratisch-liberale Tabus anzurennen. Trotzdem, versprochen, werde ich mit vollem Herzen und voller Überzeugung für die Arbeitslosenrückversicherung streiten. Die Idee ist ja gut, aber es wird noch dauern.

Dossier: Vielen Dank für das Gespräch!

Das Billionen-Programm für Deutschland, Europa und die Welt

Um die ganz große Krise, den Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu vermeiden, werden nun weltweit enorme Beträge aufgewandt, um Wirtschaft und Arbeitsmärkte zu stabilisieren. Immerhin geht es darum, die Auswirkungen eines Einbruchs der Weltwirtschaft um minus 4,9 Prozent, in den sogenannten entwickelten Volkswirtschaften sogar um minus acht Prozent, zu dämpfen (IWF, 2020).

Die Auswirkungen betreffen freilich nicht allein die Leistungsfähigkeit des weltweit gespannten Netzes aus Industrie und Dienstleistungen. Es geht um die nackte Existenz von Millionen Menschen.

Auf der Jahrestagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 2020, die im Pandemie-Jahr wie so viele Konferenzen virtuell stattfinden musste, wurde abgerechnet. Der globale „Lockdown“ in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2020 führte zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens um fast elf Prozent. Übersetzt in Vollzeitstellen bedeutet dies, dass „305 Millionen Arbeitsplätze verloren gingen“. Zuerst habe es den asiatisch-pazifischen Raum getroffen, heißt es in der „Concept note“ für die Tagung Anfang Juli, dann die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Amerikas gefolgt von Asien und Zentralasien (ILO, 2020).

Allein im Monat Mai 2020 stellten 21 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner in den USA einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe, schreibt Karla

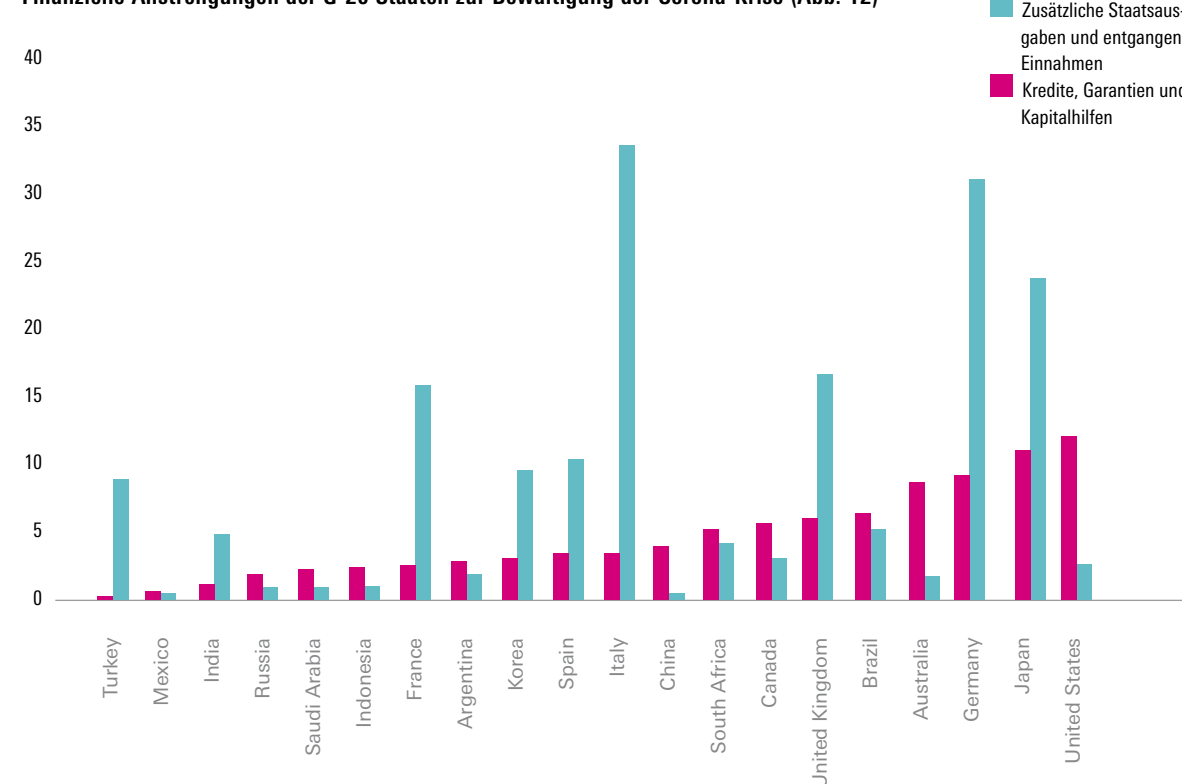
Walter, Arbeitsmarktexpertin des den Demokraten und Gewerkschaften nahestehenden US-Thinktanks „Center for American Progress“. Das waren allein in diesem einen Monat mehr als 13 Prozent derer, die nach dem Konzept der US-amerikanischen Erwerbsbevölkerung, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen (Walter, 2020).

Um die Auswirkungen abzuschwächen und eine Trendwende der Weltwirtschaft zu beschleunigen, nehmen die Regierungen weltweit nach Rechnung des IWF von Ende Juni 2020 elf Billionen US-Dollar in die Hand, um wirtschaftliche Impulse zu setzen. Gut die Hälfte dieser Summe setze sich aus höheren Staatsausgaben und entgangenen Steuern und Beiträgen zusammen. Die übrigen Milliarden werden nach Darstellung des Fonds genutzt, um Liquiditätshilfen, Kredite, Kapitalspritzen für notleidende Unternehmen und Garantien zu finanzieren.

In der Gruppe der G20-Staaten betrage die Unterstützung durch die öffentlichen Haushalte sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes, „viel höher als die Reaktion auf die globale Finanzkrise in den Jahren 2008 bis 2010“.

In der Rechnung des IWF waren wesentliche Programme noch nicht eingegangen. Der Deutsche Bundestag beschloss erst nach Veröffentlichung das „Zweite Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise“. Der Umfang aller Aktivitäten, die aus öffentlichen Haushalten finanziert werden, beträgt insgesamt 353,3 Milliarden Euro und der Umfang

Finanzielle Anstrengungen der G-20 Staaten zur Bewältigung der Corona-Krise (Abb. 12)



Quelle: World economic outlook, IWF 2020, Stand 12. Juni 2020]

Hans Böckler
Stiftung



der Garantien insgesamt 819,7 Milliarden Euro“.

7,5 Milliarden Euro fließen in die soziale Sicherung, 50 Milliarden Euro stehen als Soforthilfe für Selbstständige, Freiberufler sowie kleine Betriebe abrufbar zur Verfügung, der Wirtschaftsstabilisierungsfonds, aus dem der Bund seinen Einstieg in die Lufthansa finanzieren konnte, wurde von der Koalition aus SPD, CDU und CSU mit einer Feuerkraft von 600 Milliarden Euro ausgestattet (Bundesfinanzministerium 3 2020).

Darüber hinaus verhandeln, während dieses Dossier entsteht, die Europäischen Staats- und Regierungschefs selbst über ein Hilfspaket der Europäischen Union. Mit einem Auftrag des Europäischen Rates legte Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, am 27. Mai 2020 ihren Entwurf für einen „Recovery Plan for Europe“ vor.

Der Kommissionsentwurf des Konjunkturprogramms mit über 750 Milliarden Euro, genannt „Next Generation EU“, sieht vor, dass zwei Drittel der Mittel als direkte Zuschüsse ohne Auflagen in definierte Projekte fließen sollen, ein Drittel soll mithilfe von Krediten Staaten und Unternehmen über die Krise helfen. Ergänzend sollen die Mittel aus der EU-Haushaltsperiode 2021 bis 2027 so umgeschichtet werden, dass der Europäischen Union 1,85 Billionen Euro zur Verfügung stehen, um die

Wirtschaft in der Union zu stabilisieren und, mehr noch, die Unsicherheit bei Wirtschaftsunternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern zu überwinden, einen Neustart der Wirtschaft zu initiieren, die Gesundheitssysteme zu stärken und Vorkehrungen gegen künftige Krisen zu treffen.

Im Gegensatz zum Programm des Bundes ist das Europäische Recovery Programm im Sommer 2020 immer noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten. Hauptstreitpunkt: Sollen Mittel zur Unterstützung zur Modernisierung von Infrastruktur oder zur Unterstützung von Schlüsselbranchen als Zuschüsse oder Kredite vergeben werden? Und wenn, welche Auflagen sollen gemacht werden, damit diese Gelder oder Kredite abgerufen werden können?

Die Idee, Milliardenbeträge als Zuschüsse zu überweisen, kann als Lehre aus der Politik der EU gegen die Auswirkungen der Finanzkrise gesehen werden. Vor zehn Jahren zwangen IWF, EZB und EU-Staaten wie Griechenland zu einer Politik gegen ihre eigene Bevölkerung.

Der Entwurf für den EU Recovery Plan stützt sich im Wesentlichen auf eine vorangegangene deutsch-französische Übereinkunft, die auf ein Zuschussprogramm mit einer Größenordnung von 500 Milliarden Euro hinauslief. Mitte Mai traten der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel gemeinsam vor die Medien.

In ihren Statements wurde deutlich, dass es den beiden um mehr geht, als Europas Wirtschaft zu retten. Die „Süddeutsche Zeitung“ zitierte Angela Merkel mit den Worten, der Zusammenhalt Europas sei gefährdet, Ziel der deutsch-französischen Initiative sei es, „dass Europa gestärkt, zusammenhaltend und solidarisch“ aus der Krise hervorgehe. Das, so die „Süddeutsche Zeitung“ weiter, erfordere eine „einmalige Kraftanstrengung, zu der Deutschland und Frankreich bereit sind“ (Süddeutsche Zeitung (1), 2020).

Macron habe an die „nationalistischen Tendenzen“ aus der Anfangsphase der Corona-Pandemie erinnert. Jetzt arbeite man an einer Reaktion, die „effizient, kollektiv und europäisch sei“ (Süddeutsche Zeitung (1), 2020).

Schon früh zeigten die beiden industriepolitische Ziele auf, für die die Milliarden zur Verfügung stehen sollten: „Allerdings soll klar sein, dass die Milliarden für zukunftssträchtige Investitionen genutzt werden sollen. Dazu könnten zum Beispiel die Bereiche Digitalisierung, künstliche Intelligenz, aber auch der Klimaschutz gehören. Die Unterstützung würde den Branchen als Zuschuss gewährt, muss also nicht zurückgezahlt werden.“

Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise als Aufbruch in die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts? Nicht nur als ökonomisches, sondern auch als politisches Stabilisierungsprogramm für die EU? Davon soll im folgenden Kapitel die Rede sein.



Gastbeitrag, Thomas Wessel, Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor der Evonik Industries AG (Essen):

DIE ROLLE VORWÄRTS NACH CORONA

Als in der Corona-Krise die Versorgung der Bevölkerung mit einzelnen Medikamenten knapp wurde, war die einhellige Meinung: Europa muss „systemrelevante“ Produktion, darunter etwa Schutzmasken und Pharmazie, zurückholen. Thomas Wessel, Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor der Evonik Industries AG, ist sich da nicht so sicher. In seinem Gastbeitrag stellt er den Nutzen einer solchen Politik infrage. Was, wenn ein Unternehmen in Europa produziert, aber – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage ist, zu liefern. Thomas Wessel zieht daraus den Schluss: „Das entscheidende Problem liegt also häufig nicht in der Internationalisierung und Globalisierung von Produktion, sondern in der Flexibilität der Versorgung. Schon ein einziger Hersteller, der über mehrere Produktionsstandorte verfügt, kann hier die Lösung sein.“

Neue Ängste sind entstanden, gewachsenes Vertrauen ist zerstört: Die Corona-Pandemie hat den Blick auf die Zukunft weltweit verändert. Aus einem winzigen Virus ist innerhalb weniger Monate eine gigantische Bedrohung für die Menschheit entstanden. Es gefährdet über alle Staatsgrenzen und Kontinente hinweg Gesundheit und Leben. Schnell ist außerdem klar geworden, dass die Pandemie auch schwerwiegende ökonomische Folgen hat. Die Weltwirtschaft ist schwer getroffen – drastisch gestiegene Arbeitslosigkeit, zahllose Insolvenzen und einbrechende Wachstumsraten in vielen Ländern sprechen eine unmissverständliche Sprache.

Keine Frage: Corona hat eine globale Krise verursacht. Auch aus dieser bedrückenden Tatsache kann man aber falsche Schlüsse ziehen. Es ist

falsch, Corona als Argument gegen die Globalisierung zu benutzen. Interessierte Meinungsmacher mögen der Verlockung erliegen, die Pandemie und ihre dramatischen internationalen Folgen dafür zu instrumentalisieren. Tatsächlich aber ist die Corona-Krise als Beleg völlig ungeeignet, um politische und wirtschaftliche Autarkie einzufordern oder nationale Alleingänge und den Rückzug aus der internationalen Zusammenarbeit zu rechtfertigen.

Das sind die Konzepte von gestern – und auch da schon haben sie mehr Nachteile als Vorteile gebracht. Vor einhundert Jahren zum Beispiel, als Nationalstaaten noch im Zentrum des politischen Weltgeschehens standen, führte die irreführend Spanische Grippe genannte Influenza-Pandemie zu mehr Todesopfern als der Erste Weltkrieg. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 1918 und

1920 an der Krankheit bis zu 100 Millionen Menschen starben. Nationalstaaten und eine wesentlich weniger globalisierte Wirtschaftswelt als heute waren damals kein Bollwerk gegen die Pandemie, selbst wenn man die damals geringeren medizinischen Möglichkeiten berücksichtigen muss.

Heute sind Welt und Wirtschaft so vernetzt wie nie zuvor. Internationale Arbeitsteilung, globalisierte Produktion, Warenströme und Dienstleistungen über Kontinente hinweg gehören zum Alltag. Vor- und Nachteile bei Kosten, Standorten, Qualität und Qualifikation sind dabei komparativ – sie ziehen ihre Bedeutung aus dem Vergleich, nicht aus der Isolation. Die Globalisierung ist 2020 eine wichtige Quelle für Wachstum, Wohlstand und gemeinsamen Fortschritt – gerade in Deutschland. Die Welt ist unser Markt.

Das bedeutet nicht, dass die weltweite Vernetzung der Wirtschaft über Zweifel und Kritik völlig erha-

Kilometern auf 50 Kilometer zu verkürzen, wenn es dann nach wie vor nur einen Hersteller mit nur einer einzigen Produktionsstätte gibt.

Welche Probleme es geben kann, obwohl ein Zulieferer im selben Land produziert wie der Kunde, zeigt ein Beispiel aus der Zeit der Jahrtausendwende: Damals stand in einem deutschen Automobilwerk die Produktion still, weil die Belieferung mit einem elementar wichtigen Bauteil stockte – obwohl der Zulieferer nur wenige Kilometer entfernt angesiedelt war. Das entscheidende Problem liegt also häufig nicht in der Internationalisierung und Globalisierung von Produktion, sondern in der Flexibilität der Versorgung. Schon ein einziger Hersteller, der über mehrere Produktionsstandorte verfügt, kann hier die Lösung sein.

Selbstverständlich gibt es gute Argumente, Vorsorge zu treffen, um die Bevölkerung eines Landes vor lebensgefährlichen Bedrohungen und Gesundheitsgefahren zu schützen. Auf dem Energiesektor

halb Vorteile. Und es wäre auch ein kleiner Beitrag, um die Rolle der EU zu stärken.

Europa hat gerade heute mehr Gemeinsamkeit nötig. Es braucht eine klare Positionierung und Stimme, um sich in der globalisierten Welt zu behaupten. Zu den zahlreichen politischen Krisenherden, zu den internationalen Herausforderungen durch Flucht und Vertreibung, zu den Gefahren durch Extremismus und Nationalismus kommen derzeit auch noch neue wirtschaftliche Konfrontationen – vom unverhohlenen ausgetragenen Handelskrieg mit Protektionismus und Schutzzöllen bis hin zu illusionären Hoffnungen, durch Abgrenzung mehr Vorteile zu erreichen als durch Kooperation.

Europa muss darauf achten, nicht zum Opfer der Konfrontation anderer weltwirtschaftlicher Machtpole zu werden. Die täglich neuen Herausforderungen durch die Corona-Krise haben in der breiten öffentlichen Diskussion fast vergessen lassen, dass auch Europa immer wieder negativen Folgen der ökonomischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China zu spüren bekommen hat.

Das verleiht Forderungen nach einer stärkeren strategischen Autonomie der EU Auftrieb. Wenn wir diese Forderungen zum Anlass nehmen, den Zusammenhalt und die gemeinsame Identität innerhalb Europas weiterzuentwickeln, dann ist das sinnvoll. Einem im besten Sinne des Wortes selbstbewussten Europa könnte es vielleicht gelingen, als ausgleichender Partner eskalierenden wirtschaftlichen Konflikten die Spitze zu nehmen.

Ein schwaches, uneiniges Europa macht sich dagegen abhängig von den Entscheidungen und vom Wohlwollen anderer Wirtschaftsregionen. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe ist die bessere Alternative. Die Europäische Union hat hier aber kein Erkenntnis-, sondern ein handfestes Umsetzungsproblem. Daran muss sie jetzt intensiv arbeiten. Es wäre geradezu tragisch, wenn erst eine tödliche globale Bedrohung wie Corona den Handlungsdruck so stark steigen ließe, dass die EU-Länder sich zu den notwendigen gemeinsamen Schritten nach vorn entschlossen. Durch einen überzeugenden Einsatz der EU für freien Welthandel und gegen Protektionismus wäre für alle Seiten viel zu gewinnen.

Gerade als Arbeitsdirektor eines in mehr als 100 Ländern der Welt aktiven Unternehmens ist es mir wichtig, dass Europa und die EU sich dieser Aufgabe mit Ernsthaftigkeit und Ehrgeiz widmen. Offene Märkte sind für zukunftsfähige Arbeitsplätze unverzichtbar. Eine Wirtschafts- und Industriepolitik auf Basis dieser Überzeugung bringt wesentlich mehr als der Versuch, sich durch kleinteilige Abwehr, Absicherung und Autarkiemaßnahmen zu behaupten.

In den vergangenen Monaten ist der Blick auf die wirtschaftliche Situation in unserem Land stark von Begriffen wie Absturz, Einbruch und Rück-

schlag geprägt gewesen. Corona hat auch in Deutschland keine Schrammen, sondern enorme wirtschaftliche Schäden verursacht. Viele Volkswirte, Forschungsinstitute und Wirtschaftsverbände sind inzwischen aber zumindest verhalten zuversichtlich, dass Deutschland bereits 2021 wieder zu wirtschaftlichem Wachstum zurückfindet. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat diese neue Hoffnung ebenfalls genährt. Auch dem Euroraum trauen die Wirtschaftsweisen für das nächste Jahr deutliche Wachstumsraten zu. Viel wird nun davon abhängen, dass die staatlichen Konjunkturpakete Wirkung entfalten.

Das allein reicht jedoch nicht. Es gilt, jetzt nicht nachzulassen und auch den technologischen Wandel entschlossen und kraftvoll voranzutreiben. Die vergangenen Krisenmonate haben gezeigt, welche Vorteile uns die Digitalisierung bringt. In Arbeitswelt und Alltag war plötzlich machbar, was sonst vermutlich noch Jahre gedauert hätte. Wir müssen diese Energie in die Zeit nach Corona, in die Normalität, mitnehmen. Wenn es Deutschland schafft, die Digitalisierung mit hoher industrieller Kompetenz und nachhaltigen, innovativen Produkten zu verbinden, dann tun wir für uns das Richtige: Wir schaffen eine Voraussetzung für wirtschaftliche Erfolge in der Zukunft. Die große internationale Herausforderung hingegen ist nicht die Globalisierung. Die große internationale Herausforderung ist weiterhin, eine faire Teilhabe an den Chancen und Erfolgen der Globalisierung zu ermöglichen. Daran zumindest hat selbst Corona nichts geändert.



„EUROPA MUSS DARAUF ACHTEN, NICHT ZUM OPFER DER KONFRONTATION ANDERER WELTWIRTSCHAFTLICHER MACHTPOLE ZU WERDEN.“

ben ist. So sind in den vergangenen Monaten in Deutschland zum Beispiel die Sorgen um eine ausreichende und pünktliche Versorgung mit Arzneimitteln gewachsen. Auslöser dafür waren Lieferengpässe und -störungen bei wichtigen Medikamenten. Sie hatten sich schon vor der Corona-Krise bemerkbar gemacht. Eine wichtige Ursache dafür sei in der starken Verlagerung von Pharmaproduktionsstätten nach Asien zu suchen – so hieß es zumindest immer wieder in der öffentlichen Diskussion.

Die Corona-Pandemie schien dies dann noch zu untermauern: Es gab Probleme und Engpässe bei der Beschaffung von Schutzmasken bei Produzenten in Asien. Liefern diese Vorgänge also ein gutes Argument gegen die Globalisierung der Wirtschaft, gegen eine internationale Arbeitsteilung und für mehr Nebeneinander statt Miteinander der Volkswirtschaften? Immerhin geht es hier um nicht weniger als den Schutz vor Krankheit und einer lebensgefährlichen Bedrohung.

Tatsächlich lohnt sich auch hier ein zweiter Blick. Dabei zeigt sich schnell, dass eine „Rückholaktion“ von Herstellungskapazitäten für Pharma- und Gesundheitsprodukte nach Deutschland das eigentliche Problem allein nicht löst. Denn um mehr Versorgungssicherheit zu erreichen, ist die Entfernung nur ein Faktor. Es genügt eben nicht, den Lieferweg zwischen Hersteller und Abnehmer von 5.000

gibt es in Deutschland schon seit Jahrzehnten gesetzliche Vorgaben, um durch Bevorratung für mindestens 90 Tage die Versorgung mit Rohöl, Benzin, Diesel und anderen Erdölprodukten zu gewährleisten. Auf diese Weise ist durch die nationale Ölreserve ein Puffer geschaffen, damit Versorgungsengpässe nicht sofort einen dramatischen wirtschaftlichen Stillstand zur Folge haben.

Auch für medizinische Notlagen und Katastrophenfälle hat Deutschland Vorsorge getroffen. Wie die Corona-Pandemie gezeigt hat, dürfte hier aber eine Überprüfung und ein zeitgemäßer Ausbau der Vorräte und Kapazitäten sinnvoll sein. Unverzichtbar ist eine ausreichende Bevorratung und schnelle Verfügbarkeit von Ausrüstung und Schutzmaterial für die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Schon auf nationaler Ebene ist der nächste Schritt dann allerdings schwierig: Selbst für Fachleute dürfte die Frage nicht einfach zu beantworten sein, welche Arzneimittel, Impfstoffe und medizinischen Geräte auf jeden Fall in einen solchen Notfallvorrat einbezogen werden müssen.

Welchen Aufwand und welchen Preis sind wir als Gesellschaft bereit, dafür zu zahlen? Wäre eine gemeinsame EU-Reserve für gesundheitliche Krisen vielleicht die bessere Wahl? Die Corona-Pandemie hat nicht alle EU-Staaten in gleichem Maße und exakt zur gleichen Zeit getroffen. Eine gemeinsame, große „Gesundheitsreserve“ der EU hätte des-

„DIE GROSSE INTERNATIONALE HERAUSFORDERUNG IST NICHT DIE GLOBALISIERUNG, SONDERN EINE FAIRE TEILHABE AN DEN CHANCEN UND ERFOLGEN ZU ERMÖGLICHEN.“





Kapitel 3

EUROPA BRICHT AUF

Europa hat die Wahl: Sollen Demokratie, Sozialstaat und Umweltschutz in einer Welt eine Rolle spielen, die in immer schärfer miteinander konkurrierende Machtblöcke zerfällt, muss Europa jetzt Stärke entwickeln und an Autonomie gewinnen. Damit dies gelingt, muss das, was die nationalen Regierungen und die Europäische Union als Billionenprogramm aufgesetzt haben, Erfolg haben. Europa könnte eigene Standards und Normen in Sachen Energie- und Dekarbonisierung, Mobilität und Digitalisierung setzen. Auch wenn unter Druck einer Gruppe kleiner Mitgliedsstaaten das Budget von Zuschüssen hin zu Krediten verschoben wurde: Der vom Europäischen Rat beschlossene „Recovery-Plan“ der EU und die vielen nationalstaatlichen Programme sind ein großes Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger Europas. Und zugleich eine enorme Hypothek. Gelingt es, wirtschaftlichen Erfolg mit einer hohen sozialen Regulierung und einer ebenso anspruchsvollen wie realistischen ökologischen Modernisierungspolitik zu verbinden, hat Europa eine Chance, im dritten Systemwettbewerb innert hundert Jahren. Das Billionenpaket kann Europa technologisch ins 21. Jahrhundert beschleunigen, das die USA und China, Japan und Korea vor Europa betreten haben. Das Demokratische und das Soziale, Rechtsstaat und Ökologie kommen in China oder den USA zu kurz. Scheitert das Vorhaben, ist die europäische Einigung in Gefahr. Dann droht nachfolgenden Generationen die Erbschaft eines Kontinents, dessen rivalisierende Nationalstaaten zu Spielbällen der übrig gebliebenen Mächte verkümmern.

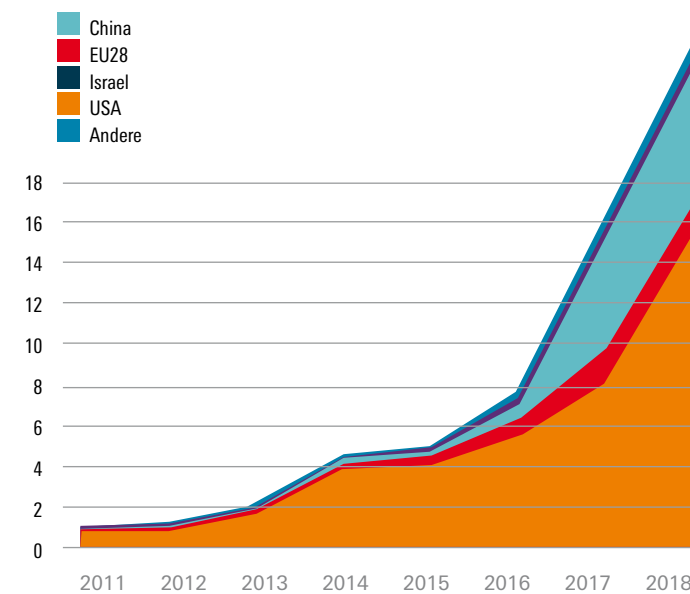
Strategische Autonomie für Europa

Wenige Monate vor Ausbruch der Corona-Krise veröffentlichte das European Political Strategy Centre (EPSC) einen Bericht zur Lage der Europäischen Union, der Schluss machte mit einer naiven Sicht auf die Globalisierung: Im 21. Jahrhundert seien diejenigen, die digitale Technologien kontrollieren, „immer stärker in der Lage, die Ergebnisse wirt-

schaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen zu bestimmen“, hieß es in dem Bericht des 2014 von dem damaligen Präsidenten der Kommission Jean-Claude Juncker gegründeten Thinktanks.

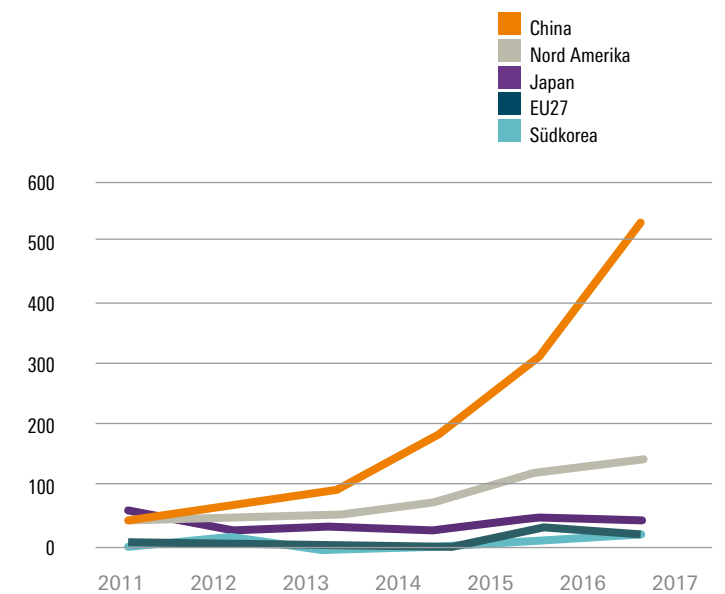
Trotz ihrer vielen Vorzüge, heißt es darin weiter, „läuft die EU Gefahr, in diesem Wettrennen zurückzufallen“. Über 19 Seiten buchstabierten die Autorinnen und Autoren durch, dass die Europäische

Investitionen des privaten Sektors in Künstliche Intelligenz (Abb. 13)
Entwicklung der jährlichen Beteiligungen an KI-Startups nach Ländern | billions = Milliarden



Quelle: EPSC 2019

China investiert massiv in Quantencomputing (Abb. 14)
Patentanmeldungen pro Jahr



Hans Böckler
Stiftung

Union wegen ihrer Rückständigkeit nicht nur langfristig in eine selbst gestellte ökonomische Falle laufe. In einem Zeitalter, in der geopolitische Spannungen eskalierten, offenbare sich „die ganze Bandbreite strategischer Angriffspunkte“.

Das lange Festhalten an einer neoliberalen Konzeption von Globalisierung skizziert die unter dem Titel „Rethinking Strategic Autonomy in the digital age“ erschienene Ausarbeitung als naiv. Die EU müsse besser verstehen, an welchen Stellen neue Abhängigkeiten entstanden sind, an welchen Punkten sie verletzlich ist. „Die Fähigkeit der EU, ihre Interessen zu verteidigen und zu propagieren als auch ihre Glaubwürdigkeit als starker außenpolitischer Akteur, wird zum großen Teil davon abhängen, wie widerstandsfähig sie sich im Cyber-Krieg“ der großen Mächte zeigt und „ob sie die neuen Technologien beherrscht“.

So warnt die Denkfabrik: „Die gewachsene Bedeutung digitaler Technologien für einen großen Teil der kritischen Infrastruktur Europas rechtfertigt eine vorsichtiger Haltung in Bezug auf die Abhängigkeit von im Ausland gefertigten Komponenten“. Und zwar besonders dann, wenn diese aus autoritären Staaten bezogen werden. Deutlich werde dies am Beispiel der 5G-Technologie, „bei der strenger überprüft werden müsse, dass keine Einfallstore“ für Gegenspieler im Wettlauf um globale Vorherrschaft geschaffen werden dürften.

Um zu bestehen, müsse Europa eine auch künftig starke industrielle Basis aufbauen. Statt gegen- und nebeneinander zu operieren, empfiehlt die Brüsseler Denkfabrik der Kommission eine gemein-

same Technologiepolitik. „Importe aus dem Ausland werden notwendig bleiben“. Aber sie warnen vor der Gefahr, dass Lieferketten unterbrochen werden könnten. Auch deswegen müsse Europa seine „strategische Autonomie“ auf der Grundlage von technologischem Vorsprung und einer starken, aus Europa selbst stammenden Nachfrage begründen.

Das klingt zunächst abstrakt. Ist es aber nicht, wenn man sich den Wahlkampf um die US-Präsidentschaft 2016 in Erinnerung ruft, in dem E-Mail- und Social-Media-Konten gehackt und gesteuert durch Agenturen im Auftrag autoritärer Staaten geschickt falsche Nachrichten und Berichte in der Öffentlichkeit lanciert wurden.

Auch Deutschland war Ziel einer auch vom Ausland getragenen Desinformationskampagne, als 2015 aus einem großen humanitären Akt, nämlich der Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, eine Flüchtlingskrise wurde.

Bei solchen Desinformationskampagnen spiele der Einsatz künstlicher Intelligenz eine immer wichtigere Rolle. Solche Fake-News-Feldzüge „werden zunehmend durch datengesteuerte, KI-gestützte Operationen durchgeführt“.

Auch die Investitionen in die Technologie rasend schnell rechnender Quantencomputer ist aus Sicht des EPSC ein strategisches Feld. Es geht um sichere Kommunikation, um Spionageabwehr und eigene erfolgreiche Nachrichtenbeschaffung. Die neue Generation von Rechnern werde in der Lage sein, bisherige Verschlüsselungen und Sicherheitssysteme spielend zu überwinden. „Sie schaffen in Echt-

„Der einzige Weg, unsere Zukunft zu sichern, ist die Neubegründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europas.“
(Emmanuel Macron)

zeit, wozu die heutigen Computer Milliarden Jahre brauchen würden.“ Betroffen wären nicht nur private und zivile Einrichtungen, sondern auch die militärische Sicherheit und Regierungsgeheimnisse.

Beide Felder sind eng miteinander verbunden. Mithilfe von künstlicher Intelligenz und Quantencomputern könnten in Höchstgeschwindigkeit ebenso Satellitenbilder ausgewertet wie Daten zu Spionagezwecken gewonnen und analysiert oder unbemannte Systeme, etwa in der industriellen Produktion oder im Lastverkehr, gesteuert werden. Das Ganze gelte freilich auch für den militärischen Bereich. Eine ganze neue Waffengeneration reife in den Laboren heran. Die Folge: „Ohne einen florierenden zivilen Technologiesektor wird es immer schwieriger werden, fortschrittliche militärische Fähigkeiten aufrechtzuerhalten.“

Aber auf beiden Felder liegt Europa gemessen an seinen Ausgaben zurück, wie die Abbildungen 13 und 14 zeigen.

Länder wie China gehören nicht nur zu den Staaten, die bei Ausgaben in neue strategische Technologien und in der Konsequenz auch bei Patentanmeldungen vorne liegen. Zunehmend wachse auch Chinas Einfluss auf technologische und wirtschaftliche Standardisierungsprozesse etwa in den Komitees des ISO-Systems.

So waren noch 2011 erst rund fünf Prozent der Vertreterinnen und Vertreter in den wichtigsten Gremien des ISO-Systems aus China, 2018 waren mehr es als acht Prozent, schreibt das EPSC unter Berufung auf das Schwedische Institut für internationale Angelegenheiten.

So sehr sich etwa Vertreter des Duisburger Hafens öffentlich gefreut haben, dass wieder Güterzüge direkt aus den Produktionszentren Chinas am Niederrhein eintrafen, so kritisch blickt der EU-Thinktank auf das dahinter stehende Projekt Seidenstraße: China nutzte die Verbindungen, um Abhängigkeiten von seinen Technologien, sogenannte Lock-in-Effekte“, zu schaffen.

Zu den kritischen Infrastrukturen, in die China zusehends vordringt, zählt auch das Angebot von Rechner- und Speicherleistungen in Clouds. Diesen Markt teilen sich grosso modo die Konzerne Amazon, Google, IBM und Microsoft untereinander auf und haben damit strategische Abhängigkeiten geschaffen. Inzwischen ist der chinesische Digitalkonzern Alibaba in den Kreis der machtvollen Player vorgedrungen.

Das Konzept der strategischen Autonomie dürfe nicht missverstanden werden als Vorschlag zur Isolierung Europas aus der Weltwirtschaft, sondern als Vorschlag, wie Europa in einer verblockten Welt handlungsfähig bleiben könne. Der Bericht endet mit der dringlichen Warnung: „Europa sollte mehr tun, um seine Interessen zu klären, für sie zu werben und sie zu schützen, bevor es zu spät ist“ (EPSC, 2019).

Es war Ende September 2017, als der französi-

sche Staatspräsident Emmanuel Macron an der Universität Sorbonne in Paris in einer Grundsatzrede ein Europa skizzierte, das in groben Zügen dem entsprach, was der EPSC zwei Jahre später anmahnen sollte. Mit Blick auf die Digitalisierung sagte er: Europa „muss sich mit einer Agentur für bahnbrechende Innovationen ausstatten, durch die neue oder noch unerforschte Forschungsbereiche wie die künstliche Intelligenz gemeinsam finanziert werden“. Europa, so der Präsident, müsse ein industrielles Förderprogramm für „saubere Fahrzeuge und für die dafür benötigten Infrastrukturen einrichten“.

Macron ging es um mehr als ambitionierte Wirtschafts- und Technologiepolitik. Sein Oberthema war Europa. „Der einzige Weg, unsere Zukunft zu sichern, ist die Neubegründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europas.“ Innovationen und technologischer Fortschritt sah Macron untrennbar mit einer grundlegenden Veränderung der Europäischen Union, ihren Aufgaben, ihrem Aufbau und ihren Einrichtungen verbunden. Die EU sollte eine eigene Verteidigung aufbauen, eine Antwort auf die Einwanderung finden, sich verstärkt um Beziehungen zu den südlichen Mittelmeerstaaten suchen, aber vor allem sollte Europa zurückkehren zu einer schrittweisen Annäherung seiner „Sozial- und Steuermodelle“. Er sprach über europäische Universitäten und einen Prozess zur Harmonisierung der Gymnasien, um der Jugend „Generation Europa“ zu öffnen.

Kühne Träume, ausgesprochen in einer Situation, als in Europa rechte Nationalisten erheblichen Zulauf erfuhren. Aber dem Präsidenten reichte es nicht. Ganz offenkundig ging er davon aus, dass mit der technischen Erneuerung und dem Beginn einer sozialen und steuerlichen Harmonisierung, die kein Wettlauf mehr nach unten, sondern im Rahmen von Korridoren gestaltet werden sollten, politisches Terrain für den demokratischen Fortschritt zurück gewonnen werden könnte.

All diese Reformen bräuchten jedoch eine politische Einbettung: „Die Neuausrichtung Europas kann nicht ohne die Bevölkerungen stattfinden, sondern muss sie von Anfang an in diesen Fahrplan einbinden.“ Der französische Staatspräsident entwarf einen Prozess von europäischen Konventen, europaweite Listen zu Wahlen des Europäischen Parlamentes.

Dabei hätte es aus seiner Sicht nicht gleich einer umfassenden Reform Europas bedurft. „Länder, die weiter und schneller vorankommen wollen“ sollten „dies ohne Hürden tun können“. Den „deutsch-französischen Impulsgeber“ nannte er dabei „entscheidend“ (Macron, 2017).

Die Reaktionen aus Deutschland waren freundlich, es folgte trotz der sehr konkreten Vorschläge: nichts. Ein Jahr nach der Rede wartete Macron noch immer auf eine verbindliche Antwort aus Berlin. Der deutsche Ökonom Hendrik Enderlein bilan-



ziert im Deutschlandfunk: „Wenn man eine so detaillierte, konkrete Liste von Punkten hat und dann erst mal lange abwartet, dann ist das kein gutes Signal für Europa. Es schürt am Ende die Skepsis bei denjenigen, die sagen: Das europäische Projekt ist kein wirklich politisches Projekt. Ich hätte mir gewünscht, dass in vielen Bereichen ein sehr viel klareres Signal aus dieser Großen Koalition kommt“ (Enderlein, 2018).

Dann brach die Corona-Krise über die Weltwirtschaft herein. Dann brauchte es nur wenige Wochen und Angela Merkel legte gemeinsam mit Emmanuel Macron einen „deutsch-französischen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise der Pandemie“ vor.

Im Anblick des Abgrunds, „der schwersten Krise, der die Europäische Union in ihrer Geschichte ausgesetzt war“, wie Angela Merkel in ihrem Teil des Statements sagte, setzten die beiden „einen Impuls“, wie Macron ihn zwei Jahre zuvor schon erwartet hatte.

Autoritäre Staaten hatten sich in Europa begonnen, einzumischen. Sie nutzten Spannungen zwischen den Mitgliedsstaaten, die zunächst nach dem Prinzip „Rette sich wer kann“ gehandelt hatten, aus, um ihre scheinbare Größe und Großzügigkeit zu demonstrieren. Kuba entsandte seine anerkannte Ärzteschaft, China lieferte Mund-Nasen-Schutz-Masken, die in Europa nicht hergestellt wurden. Mit einem Mal war deutlich geworden, wie empfindlich und verwundbar Europa an ganz unerwarteter Stelle geworden war. Nicht nur die

modernsten Computer waren systemrelevant. Sondern auch Basischemikalien, die es in der Pharmazie braucht, Schutzmasken oder eben Ärztinnen und Ärzte, die in Italien fehlten, in denen das Krankenhauspersonal kollabierte.

Mithilfe eines 500 Milliarden Euro schweren „Recovery-Funds“ sollte – so das Versprechen des Staats- und der Regierungschefin – Europa „gestärkt zusammenhaltend und solidarisch aus dieser Krise“ kommen, so Merkel in dem gemeinsamen Statement.

Die Mittel sollte die Europäische Kommission am Kapitalmarkt beschaffen, das Geld solle nicht in einen Unter- oder Nebenhaushalt fließen, sondern direkt in das Budget der Kommission und damit „in die Digitalisierung, in den Green Deal, in die Bewältigung der Klimakatastrophe, investieren und damit auch eine neue Dynamik für die Zukunft entfachen“, wie sich die Bundeskanzlerin ausdrückt.

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron präziserte: „Branche für Branche soll die europäische Erholung von entsprechenden Konditionalitäten im Bereich des Klimas, der Biodiversität und der Umwelt begleitet werden.“

Und er brachte mit Blick auf die vielen angebrochenen Lieferketten zwischen Asien und Europa zum Ausdruck: „Wir sind der Auffassung, dass wir eine gemeinsame Strategie für wirtschaftliche und industrielle Autonomie verfolgen sollten.“ Gefragt, ob auch geplant sei, die Milliarden einzusetzen, um Mobilfunkanbietern wie Huawei auszubooten, die sich um Aufträge zur Einführung der 5G-Technik

bemühen, erklärte die Bundeskanzlerin, sie würde die Investitionen nicht auf ein Gebiet beschränken. „Wir haben bereits das Instrument der strategischen Projekte innerhalb der Europäischen Union, in dem wir zum Beispiel bei der Chipherstellung oder bei der Batteriezellfertigung solche europäischen Anstrengungen unternehmen, um eine eigene Souveränität aufzubauen. Diese Bestrebungen wird man jetzt verstärken.“

In ihrem Statement sprach Merkel auch die Reform der Europäischen Union an. Die ohnehin geplante Zukunftskonferenz der EU-Mitgliedsstaaten, des Europäischen Parlamentes und der Kommission werde anders gestaltet, als geplant. Weil die Defizite Europas sichtbar geworden seien, könnten Reformen eine Änderung der Verträge bedeuten, aber auch „ein sehr viel engeres Zusammenrücken einschließen. Europa“, so Merkel, „muss weiterentwickelt werden“ (Macron/Merkel, 2020).

Wenige Tage später legte die EU-Kommission ihren „Recovery-Plan“ für Europa vor. Mit einem Mal war die EU, deren Auseinanderbrechen man schien am Beginn der Krise schon absehen zu können, wieder im Spiel. Die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, packte auf die von Merkel und Macron avisierten 500 Milliarden Euro an Zuschüssen zu Modernisierungsprojekten noch ein Kreditprogramm der EU in einer Größenordnung von 250 Milliarden Euro obendrauf.

Alles in allem sollen die Gelder auf drei Bereiche verteilt werden:

- Zur Unterstützung von Mitgliedsstaaten,
- Zur Unterstützung von Unternehmen, insbesondere in Schlüsselsektoren und -technologien sowie in systemrelevanten Wertschöpfungsketten,
- Zur Unterstützung nationaler Gesundheitssysteme und anderer Programme, die helfen sollen, künftigen Krisen vorzubeugen (Europäische Kommission, 2020).

Die Pläne der EU sind ambitioniert. Schon als die Staats- und Regierungschefs Ende April 2020 die Kommission beauftragten, einen Entwurf für „ein widerstandsfähiges, nachhaltigeres und faireres Europa“ vorzulegen, wird deutlich, dass die EU beauftragt wird, einen großen technologischen Sprung vorzubereiten: „Die Europäische Union braucht Investitionsanstrengungen nach Art des Marshall-Plans, um die Erholung voranzutreiben und die Wirtschaft zu modernisieren“ (Europäischer Rat (1), 2020).

Nach Veröffentlichung des Kommissionsvorschlages gab es eine heftige Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit der Mitgliedsstaaten der EU und einem kleinen Kreis wohlhabender Länder. Die Regierungen der Niederlande, von Österreich, Dänemark und Schweden, denen sich noch die finnische Regierung anschließen sollte, waren über die

Höhe der Zuschüsse, die die EU vergeben sollte, alarmiert. 500 Milliarden Euro seien zu hoch, das Geld werde unsittlich von den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den Mittelmeerländern ausgegeben. Außerdem schüre es falsche Erwartungen an die Rolle der Europäischen Union.

Vier Tage dauerten die Verhandlungen in Brüssel, bis am Morgen des 21. Juli 2020 ein Ergebnis vorlag. Aus 500 Milliarden an Zuschüssen waren 390 Milliarden Euro geworden, statt 250 Milliarden standen nun 390 Milliarden Euro an Krediten in den „Schlussfolgerungen“ des Gipfeltreffens.

Auch wenn es nun einen etwas anderen Zugschnitt bekommen hat, kann sich das Paket unter mehreren Gesichtspunkten sehen lassen. Alles steht unter dem Vorbehalt, dass sowohl das Europäische Parlament wie die nationalen Parlamente dem Beschluss ihrer Regierungen zustimmen müssen. Doch wenn dies geschieht, wird die EU-Kommission ermächtigt, „im Namen der Union Mittel bis zu einem Betrag von 750 Milliarden Euro [...] an den Kapitalmärkten aufzunehmen“. Damit wird – unabhängig von der Tatsache, dass die nationalen Parlamente noch eingebunden werden – der EU eine Rolle zuteil, die sie zum Anker der Stabilität und Motor der Modernisierung in Europa machen wird.

Und das nicht nur wegen des enormen Kreditbetrages, der im Grunde eine Vergemeinschaftung nationaler Politik darstellt.

Die EU soll – über die ihr bislang ohnehin zustehenden Anteile aus Mehrwertsteuern, Zöllen sowie Abgaben entlang der jeweiligen Bruttonationaleinkommen (BNE) weitere Finanzquellen erhalten – und damit immer tiefer mit den Steuersystemen ihrer Mitgliedsstaaten verbunden werden, die Anteile der Einnahmen für ihre nationalen Haushalte behalten können.

So wird vom 1. Januar 2021 an eine neue Eigenmittelquelle erhoben und zwar auf „nicht recycelte Verpackungsabfälle“ in einer Größenordnung von 80 Cent je Kilogramm.

Weiter beauftragten die Staats- und Regierungschefs die Kommission bis Mitte 2021 „Vorschläge für ein CO2-Grenzausgleichssystem und für eine Digitalabgabe“ vorzulegen, die Anfang 2023 erhoben werden sollen. Weiter soll die Kommission ein Konzept für ein überarbeitetes Emissionshandelsystem vorlegen, „das möglicherweise auf den Luft- und Seeverkehr ausgeweitet wird“. Und zuletzt wird eine fast schon tot geglaubte Steuer ins Spiel gebracht. In Rahmen des bis 2027 reichenden mittelfristigen Finanzrahmens soll die Kommission auf die „Einführung anderer Eigenmittel hinarbeiten, zu denen auch eine Finanztransaktionssteuer gehören kann“.

Das sind Vorschläge, die der Kommission und dem Parlament einen enormen politischen Push geben würden in Richtung einer immer enger zusammenwachsenden Union.

Auf der Ausgabenseite werden etwa bekannte Programme wie „ESF“, „EFRE“ oder „Interreg“ aufgestockt, mit deren Hilfe regionale Wirtschaftstätigkeit angeregt werden soll. Nach dem Willen des EU-Rates würden – wenn die Parlamente folgen – bis 2027 fast 88 Milliarden Euro „für die Jugendbeschäftigung, Qualifizierung und Umschulung von Arbeitskräften, soziale Inklusion und Bekämpfung von Armut einschließlich Kinderarmut“ ausgegeben werden können.

Mehr Geld soll für die Förderung von „Forschung, Innovation und digitalem Wandel“ mobilisiert werden. Ebenfalls verteilt über die Jahre bis 2027 geht es um gut 132 Milliarden Euro.

Zwei Forschungsschwerpunkte kommen hinzu: Fünf Milliarden sollen für die Arbeiten am Traum, kontrolliert das Feuer der Sonne in einem Reaktor zu entfachen und damit Strom zu erzeugen, ausgegeben werden. Das Geld geht nach Frankreich, wo ein internationales Team von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Rahmen des ITER-Projektes seit 2007 Fusionsenergie gewinnen will.

Neu in die Förderung wird das Weltraumprogramm der EU sein, in das zwischen 2021 und 2027 13 Milliarden Euro fließen sollen.

Die verbleibenden Mittel des Programms „Horizont Europa“ soll „auf Exzellenz gestützt“ sein – ohne Länder mit einer nicht so ausgeprägten Forschungslandschaft auszuschließen. Im Gegenteil: Sie sollen Unterstützung erfahren, wenn sie in an Projekten teilnehmen wollen. Ein weiteres Großprogramm trägt den Namen „Connecting Europe“, mit dessen Hilfe „leistungsstarke Infrastrukturen“ über Grenzen hinweg aufgebaut werden sollen. Mehr als 21 Milliarden Euro sollen im Bereich Verkehr ausgegeben werden, rund 1,4 Milliarden Euro davon will die EU in fehlende grenzüberschreitende Eisenbahnverbindungen investieren.

Für Energienetze der Zukunft stehen 5,2 Milliarden, für den Bau leistungsfähiger Digitalnetze 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Mit weiteren 6,7 Milliarden Euro will sich die EU „in wichtigen strategischen digitalen Kapazitäten“ engagieren, darunter Hochleistungsrechner, künstliche Intelligenz aber auch Cybersicherheit.

Zusätzliche Mittel sollen auch in die Grenzsicherung und den Umgang mit Flüchtlingsbewegungen fließen, in die Bereiche Sicherheit und Militärtechnologie und Außenpolitik investiert werden, darunter 8,5 Milliarden Euro „für neu auftretenden Herausforderungen und Prioritäten“ im Bereich der Außenpolitik sowie fünf Milliarden Euro für eine „Friedensfaszilität“, über deren Verwendung im Rahmen von „Sicherheit und Verteidigung“ der Europäische Rat beschließen können will, ohne Parlamente zu befragen.

Eher sparsam fällt das Gesundheitsprogramm der EU aus, dessen mit der Corona-Krise sichtbar gewordene Verwundbarkeit eigentlich Ausgangspunkt all der beschlossenen Anstrengungen ist.

Dafür sollen 1,6 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Damit Europa so nicht nur institutionell zusammenwächst, sondern die kommende Generation sich dank Auslandsaufenthalten während Studium, Schule oder Berufsausbildung als Europäerinnen und Europäer erlebt, will der Europäische Rat 21 Milliarden Euro bis 2027 aufwenden.

Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Auswahl soll viel eher deutlich machen, dass auch nach der Schrumpfung des Programms in Folge der Verhandlungen kräftige Impulse auch in die nächste Generation von Infrastruktur, Investitionen und Menschen gegeben werden – deren Wirkung freilich gegenwärtig niemand bestimmen kann.



Struktur des Recovery-Programms: (Abb. 15)

Binnenmarkt, Innovation und digitales (in Mio. EUR, zu Preisen von 2018)	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Die Mittel sollen zur Förderung von Forschung, Innovation und digitalem Wandel, strategischen Investitionen sowie zugunsten des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen einschließlich klein- und mittelständischen Unternehmen eingesetzt werden.	19.721	19.666	19.133	18.633	18.518	18.646	18.473

Zusammenhalt, Resilienz und Werte (in Mio. EUR, zu Preisen von 2018)	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Diese Rubrik umfasst Investitionen in regionale Entwicklung, Zusammenhalt und Resilienz sowie in Menschen sozialen Zusammenhalt und sollen „gemeinsame Werte befördern“ etwa durch einen kräftigen Ausbaus des Programms für Schüler-, Auszubildenden- und Studierendenaustausch (Erasmus). .	49.741	51.101	52.194	53.954	55.182	56.787	58.809
Teilrubrik 2a: Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	45.411	45.951	46.493	47.130	47.770	48.414	49.066
Teilrubrik 2b: Resilienz und Werte	4.330	5.150	5.701	6.824	7.412	8.373	9.743

Natürliche Ressourcen und Umwelt (in Mio. EUR, zu Preisen von 2018)	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Mit den Mitteln unter dieser Rubrik soll die Modernisierung der Landwirtschafts-, Meeres- und Fischereipolitik in Richtung Nachhaltigkeit gefördert werden.	55.242	52.214	51.489	50.617	49.719	48.932	48.161
davon: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	38.564	38.115	37.604	36.983	36.373	35.772	35.183

Migration und Grenzmanagement (in Mio. EUR, zu Preisen von 2018)	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Diese Rubrik fasst die Ressourcen zusammen, die nach Vorstellungen der Staats- und Regierungschefs der EU „eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen“ und damit den „freien Personen- und Warenverkehr innerhalb der EU“ ermöglichen soll.	2.324	2.811	3.164	3.282	3.672	3.682	3.736

Quelle: Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 21. Juli 2020

Struktur des Recovery-Programms: (Abb. 15)

Sicherheit und Verteidigung (in Mio. EUR, zu Preisen von 2018)	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Die für diesen Bereich vorgesehenen Ausgaben spiegeln „das veränderte geopolitische Umfeld und die neuen politischen Prioritäten“ der EU wieder. Darunter fallen auch Ausgaben, die direkt der Rüstungsindustrie zufließen sollen, um die „Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Innovationsfähigkeit der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung zu fördern“.	1.700	1.725	1.737	1.754	1.928	2.078	2.263

Nachbarschaft und Welt (in Mio. EUR, zu Preisen von 2018)	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Mit diesem Etat soll die Außenpolitik der EU gestärkt und Länder auf den Beitritt in die EU vorbereitet werden.	15.309	15.522	14.789	14.056	13.323	12.592	12.828

Europäische Öffentliche Verwaltung (in Mio. EUR, zu Preisen von 2018)	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Die hier vorgesehen Ausgaben sollen die Personalpolitik der EU verbessern helfen.	10.021	10.215	10.342	10.454	10.554	10.673	10.843
davon: Verwaltungsausgaben der Organe	7.742	7.878	7.945	7.997	8.025	8.077	8.188

Quelle: Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 21. Juli 2020



Gespräch mit Martin Höpner, Gruppenleiter der Forschungsgruppe „Politische Ökonomie der europäischen Integration:

DIE CORONA-KRISE – EIN „GAME CHANGER“ FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION?

Mit seinen Einwänden gegen eine immer weitere Ausdehnung der Kompetenzen der Europäischen Union zulasten der Souveränität der Mitgliedsstaaten hat sich der Sozialwissenschaftler und Direktor des Max-Planck-Instituts, Martin Höpner, zu einer Art Nervensäge des Europa-Diskurses entwickelt. Dabei beharrt er lediglich darauf, dass Politik eine klare Legitimation braucht, um zu handeln. Der Europäische Gerichtshof „legt die Verträge aus, in oft überraschender Weise, und betreibt auf diesem Wege Politik. Würde man das mehr eingrenzen, etwa auf dem Wege der Bereichsausnahmen, dann täte man damit gleichzeitig auch etwas für die europäische Demokratie“. Mit Blick auf die Diskussion über Konzepte strategischer Autonomie für „Europa“, sagt er. „Die europäische Integration braucht eine neue Erzählung.“ Zu Beginn war der europäische Friede ein starkes Argument. „Ökonomische Legitimationsmuster“ seien inzwischen „auch etwas erschöpft“. Nun soll die Konkurrenz der Blöcke als Leitmotiv bemüht werden. „An der Asymmetrie von Grundfreiheiten und Sozialem ändert das natürlich nichts, es ist eine andere Baustelle.“

Hilmar Höhn: Martin, du forschst seit über zehn Jahren über die politische Ökonomie der EU. Wie würdest du die EU heute charakterisieren?

Martin Höpner: Die Europäische Union ist ein äußerst merkwürdiges, asymmetrisches Gebilde. Merkwürdig, weil sie irgendwo zwischen internationaler Organisation und Bundesstaat stecken geblieben ist. Asymmetrisch, weil in der EU einige Politikfelder hoch zentralisiert sind. Die meisten ihrer Mitgliedsstaaten verfügen über eine gemeinsame Währung, den Euro, verwaltet durch eine gemeinsame Notenbank, die EZB. Die Europäische Union

ist ein großer Binnenmarkt und die Grundfreiheiten werden vom Europäischen Gerichtshof äußerst effektiv geschützt und extensiv interpretiert.

Dossier: Soweit also eine Erfolgsgeschichte.

Höpner: Genau. Das Soziale hängt dagegen auf der Ebene der Mitgliedsstaaten fest. 27 ganz unterschiedliche Arbeits- und Sozialordnungen existieren nebeneinander her, als hätte es nie einen Integrationsprozess gegeben. Gewiss, diese Arbeits- und Sozialordnungen sind hochgradig europäisiert in dem Sinne, dass sie von europäischen Entschei-

„DIE EUROPÄISCHE UNION IST EIN ÄUSSERST MERKWÜRDIGES, ASYMMETRISCHES GEBILDE - IRGENDWO STECKEN GEBLIEBEN ZWISCHEN INTERNATIONALER ORGANISATION UND BUNDESSTAAT.“



dungen ständig tangiert werden. Aber horizontale Vereinheitlichung oder gar Zentralisierung sind nicht in Sicht.

Dossier: Das musst du an einem Beispiel erläutern.

Höpner: Denken wir an die Aushandlung von Löhnen. Da finden wir höchst unterschiedliche Regeln und Abläufe, auch ganz unterschiedliche Vorstellungen von Tarifautonomie. Also unterschiedliche Arten, den Tarifpartnern autonome Räume zuzugestehen, in die der Staat und daher auch die EU nicht hineinregieren sollen. Auch die Veränderungstrends sind ganz unterschiedlich. Manche Länder wie Frankreich, die Niederlande und Finnland haben der Erosion von Tarifverträgen zum Beispiel mit Allgemeinverbindlichkeitserklärungen entgegengewirkt, Deutschland aber nicht.

Dossier: Was folgerst du daraus für die Zukunft des Sozialen in der EU?

Höpner: Wir haben Grund zur Sorge. Dass die Wirtschaftsordnung zentralisiert ist und das Soziale nicht, ist für sich genommen nicht schlimm. Man könne das als Aufgabenteilung sehen. Aber alles, was auf der Ebene der Mitgliedsstaaten festhängt, läuft Gefahr, durch die Wettbewerbsordnung der Europäischen Union, die Grundfreiheiten und die Euro-Regeln gewissermaßen wegliberalisiert zu werden.

Dossier: Du sagst, dass die Festlegung der EU auf die Durchsetzung von Marktprinzipien diesen den Vorrang vor den sozialen Rechten – wie Tarifautonomie, Mitbestimmung oder sozialen Schutzmechanismen – gibt?

Höpner: Genau. Das geht Stück für Stück voran, manchmal langsamer und dann wieder schneller. In der Eurokrise hat sich die Liberalisierungswucht in vorher nicht gekannter Art radikalisiert. Man kann versuchen, das zu bremsen. Aber ich sehe nichts, was diesen Trend wirklich stoppen würde.

Dossier: Erlaube mir, dass ich dagegenhalte, Martin. Ich finde schon, dass sich etwas ver-

schieben hat. Sieh mal, die Bundesregierung beschließt mal eben, dass die Zeit der Sub-Sub-Sub-Vergaben von Arbeiten in den Schlachthöfen nun vorbei ist, die zu einer gnadenlosen Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus Osteuropa geführt hat. Auch der Blick auf die Politik der EU zeigt ein anderes Bild. Wir erkennen sie kaum wieder. Der Fiskalpakt, der nationalen Regierungen als Vorwand diente, um Politik Schritt für Schritt auf das Niveau eines Nachtwächterstaates zurückzudrängen, ist ausgesetzt. Das im Juli 2020 beschlossene europäische Konjunkturpaket sieht anders als die „Rettungspakete“ aus der Zeit der Finanzkrise nicht vor, dass Länder, die Mittel in Anspruch nehmen wollen, „die Großzügigkeit“, wie das damals hieß, ihrer sozialen Sicherungssysteme einschränken müssten. Fast alles, was der französische Staatspräsident Emmanuel Macron zwei Jahre vergeblich der Regierung Merkel angetragen hat, steht nun in einem Beschluss, den die Regierungen der 27 Mitgliedsstaaten der EU gefasst haben.

Höpner: Du sprichst hier zu Recht die Ratsbeschlüsse zum Aufbaupaket an. Auch wenn der Umfang von 750 Milliarden Euro im Vergleich zur Tiefe der Corona-Krise überschaubar ist, will ich anerkennen, dass die Ermächtigung zur gemeinsamen Schuldenaufnahme ein großer Schritt ist. Auch glaube ich, dass dieses Vorgehen als Blaupause für künftige Krisenreaktionen dienen wird. An der Asymmetrie von Grundfreiheiten und Sozialem ändert das natürlich nichts, es ist eine andere Baustelle.

Dossier: Immerhin, Martin – hier bist auch du beeindruckt?

Höpner: Der springende Punkt ist aus meiner Sicht die Bindung an das europäische Semester. Diese Empfehlungen hatten bisher nicht viel Biss. Die EU begann dann, Strukturhilfen an die Einhaltung der Vorgaben zu knüpfen. Die Verknüpfung des neuen Pakets mit dem Semester ist nun ein weiterer Schritt. Wenn sich die EU immer mehr in diese Richtung entwickelt, ist das keine gute Nachricht.



„NUN MÜSSEN WIR DARAUF ACHTEN, DASS NICHT EINE NEUE WELLE UMSO BRUTALERER AUSTERITÄTSPOLITIK FOLGT, UM DIE SCHULDEN SCHNELL WIEDER ABZUBAUEN.“

Dossier: Du meinst, wir erleben eine neue Auflage des Bashings von Staaten, die besonders tief in der Kreide stehen?

Höpner: Das ist jedenfalls die Gefahr. Mit dieser Art von Vorgaben, die von oben nach unten durchgedrückt werden, hat sich die EU keinen Gefallen getan. Neulich sah ich ein Papier aus den Reihen der Linksfraktion im Europäischen Parlament. Die hatten nachgezählt, wie oft die Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters Kürzungen im Gesundheitswesen angemahnt hat, und 63 solcher Empfehlungen gefunden. Corona hat dann drastisch vorgeführt, was für Schäden da angerichtet wurden. Nun müssen wir darauf achten, dass auf die erfreuliche, zum Teil gemeinsame Schuldenaufnahme nicht eine neue Welle umso brutalerer Austeritätspolitik folgt, um die Schulden schnell wieder abzubauen.

Dossier: Lass mich auf die strukturpolitischen Elemente des EU-Paketes eingehen. Ich habe mich gefragt, ob wir gerade eine Zeitenwende erleben. Die Unternehmen kommen ohne staatlichen Push nicht aus dem Knick und der Staat ganz neu auf: Die EU und die Regierungen der Mitgliedsstaaten konditionieren doch die Vergabe der Mittel eher daran, ob eine EU-Cloud aufgebaut wird, am europäischen Quantenrechner geforscht, die Energiewende vorangetrieben wird. Und sie fordert eine deutliche Steigerung des Ökolandbaus ein. Das ist doch neo-merkantil, wenn man so will. Marktradikal war gestern.

Höpner: Ich teile den Optimismus nicht. Aber nehmen wir einmal im Gedankenmodell an, die Vorgaben würden vernünftiger und ausgewogener. Selbst dann würde die Härtung des Semesters einen Marsch ins autoritäre Europa bedeuten. Das hatten wir uns doch eigentlich anders vorgestellt. Unsere positive Vision von Europa war: Wir legen die Politikbereiche fest, in denen wir gemeinsam handeln wollen. Wie das im Einzelnen aussehen soll, darüber führen wir einen EU-weiten demokratischen Diskurs und treffen dann eine demokratische Auswahl unter den Optionen. Die länderspezifischen Vorgaben sind etwas völlig anderes. Es beginnt schon damit, dass alle Regierungen der Kommission bis Ende 2020 ihre Investitions- und Reformvorhaben für die Jahre 2021-2023 darlegen sollen, die dann von der Kommission bewertet wer-

den. So steht es in den Ratsbeschlüssen vom 21. Juli. Dass sich Reformagenden erst aus dem Ausgang demokratischer Wahlen ergeben, taucht hier einfach nicht auf – als würden in den nächsten dreieinhalb Jahren nirgendwo Wahlen abgehalten. Die ganze technokratische Vorstellung politischer Steuerung, die hier durchscheint, ist einfach völlig demokratiewidrig.

Dossier: Wie sollte es anders gehen?

Höpner: Meines Erachtens sollte es klare Kriterien für die konkrete Mittelverwendung geben, alle darüber hinaus gehenden Konditionalitäten sollten aber unterbleiben.

Dossier: Du hast moniert, dass den von der EU garantierten wirtschaftlichen Freiheiten die demokratischen und sozialen Gegengewichte fehlen. Dann lass uns doch darüber reden, welche Reformen notwendig sind, damit die EU in eine Balance kommt. Ich bin nicht davon überzeugt, dass die Mitgliedsstaaten die Hoheit über die Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik an die EU überweisen würden.

Höpner: Und selbst wenn sie es täten, würde die Kompetenz voraussichtlich ungenutzt in Europa herumliegen. Selbst wenn die EU eine Kompetenz zur Vereinheitlichung etwa der Tarifsysteme hätte, bräuchte es ja einen Konsens über ein angestrebtes gemeinsames Modell.

Dossier: Und was machen wir jetzt?

Höpner: So lange es keine europäische Arbeits- und Sozialordnung gibt, müssen wir zumindest verhindern, dass die nationalen Lösungen durch Grundfreiheiten, EU-Wettbewerbspolitik und Euroregeln kaputt liberalisiert werden. Da muss der Zugriff auf das Soziale so weit wie möglich verschlossen werden. Hier ist der Europäische Gewerkschaftsbund mit seiner Forderung nach einem sozialen Fortschrittsprotokoll auf einem sehr guten Weg. Einige Juristen haben versucht, das weiter zu präzisieren. Die haben Vorschläge für sogenannte Bereichsausnahmen gemacht, also Einschränkungen der Anwendungsbereiche von Grundfreiheiten, Wettbewerbsrecht und Eurokonditionalitäten.

Dossier: Um das beim Thema Mitbestimmung konkret zu machen: Es soll also künftig nicht

mehr möglich sein, die Prinzipien des Binnenmarktes oder des Wettbewerbs in der EU gegen diese anzuwenden?

Höpner: Genau das. Bei der Unternehmensmitbestimmung waren wir ja schon mal kurz vor der Katastrophe. Das war der Fall Erzberger, zu dem der EuGH im Jahr 2017 geurteilt hat. Ich bin mir nicht sicher, ob allen Leserinnen und Lesern klar ist, wie knapp das eigentlich war. Die Europäische Kommission hatte vor dem EuGH ein Statement abgegeben, das die Sicht der Kläger und Klägerinnen stützte. Da sind wir gerade noch mal davongekommen.

Dossier: Ist die Unternehmensmitbestimmung damit aus der Schusslinie der Grundfreiheiten?

Höpner: Nein, es sind noch weitere Angriffsflächen vorhanden. Denkbar ist eine Klage gegen die Mitbestimmung, weil sie die Kapitalverkehrsfreiheit einschränkt. In gewissem Sinne ist das ja auch der Zweck der Arbeitnehmermitbestimmung: Die Freiheit des Kapitals einzuschränken. Hier stellen sich also grundsätzliche Fragen: War es der Sinn der Binnenmarktregeln, transformativ in Rechtsgebiete wie die Arbeitnehmermitbestimmung einzugreifen? Und wenn nicht: Ist es dann nicht nur logisch, sie angesichts der Fehlentwicklungen im Eu-

rendsten sozialen Problemen in der EU ansetzen und schauen, ob die EU bei der Linderung helfen kann. Lasst uns einmal die Mitgliedsstaaten genauer ansehen, die ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht einmal die basalste soziale Mindestsicherung bieten. Ein gutes Projekt wäre, europäische Mittel zum Aufbau sozialer Mindestsicherungen in diesen Ländern freizumachen.

Dossier: Arme Bulgaren und Rumänen sollen Sozialhilfe aus Brüssel beziehen?

Höpner: Es geht um mittelgebundene Transfers, die beim Aufbau von Mindestsicherungen helfen sollen. Die Programme wären natürlich vor Ort zu organisieren. Man muss sehen, dass der Mangel an sozialen Mindestsicherungen nicht nur am fehlenden politischen Willen in den betroffenen Ländern liegt. Die Länder sind zu arm, um die notwendigen Mittel zu stemmen. Es wäre gut, wenn die EU hier helfen könnte. Zum Beispiel mit einer hälftigen Ko-Finanzierung einer Sicherung, die in einem ersten Schritt 40 bis 50 Prozent des Medianlohns vor Ort sichert.

Dossier: Im Prinzip könnte man sich so etwas auch als Bestandteil der neuen Recovery Funds vorstellen.

„VIELLEICHT GELINGT JA EINE VERKNÜPFUNG DES RECOVERY FUND MIT TRANSNATIONALEN HILFEN ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG.“



roparecht explizit aus dem Anwendungsbereich der Grundfreiheiten zu entfernen?

Höpner: Ja, so ist es! Genau jetzt sollte man solche Ideen einspeisen.

Dossier: Du hast ja selbst herausgestellt, dass diese Bereichsausnahmen im Kern eine Forderung des Europäischen Gewerkschaftsbunds sind. Unsere Leserinnen und Leser werden der Forderung gewiss zustimmen. Sie werden aber nicht zustimmen, dass das die zentrale gewerkschaftliche Forderung zur Zukunft der EU sein soll. Denn sie ist ja einseitig defensiv, sie handelt davon, was die EU alles nicht dürfen soll. Das kann ja nun nicht alles sein. Wo siehst du Potenziale, das Soziale durch „mehr Europa“ voranzubringen?

Höpner: Forderungen kann man endlos aufeinander türmen. Die Identifikation von sozialen europäischen Projekten mit Chance auf Verwirklichung ist schwerer. Ich denke, wir sollten an den gravie-

Dossier: Dass das wünschenswert ist, dem würde wohl niemand widersprechen. Aber wie kommst du darauf, den Projekten eine Realisierungschance zuzuordnen? Transfers zur Finanzierung fremder Sozialsysteme, das wird in den Geberländern schwer zu verkaufen sein.

Höpner: Ich denke, es könnte lohnen, diese Diskussion mal zu führen. Immerhin ist das Thema auch auf der Agenda für die deutsche Ratspräsidentschaft. Es geht um die Bekämpfung bitterster Armut. Wir sollten uns in dem Zusammenhang daran erinnern, dass die Westbalkanländer, die derzeit vor den Toren der EU stehen und deren Beitritt nur eine Frage der Zeit ist, noch mal deutlich ärmer sind als die derzeit ärmsten EU-Länder, Bulgarien und Rumänien. Da stehen dann auch neue Wellen der in-

nereuropäischen Armutsmigration bevor, auf die wir uns einstellen müssen. Wenn diese Wellen beherrschbar bleiben sollen, müssen wir helfen, dass die Ärmsten in diesen Ländern zumindest nicht vor dem Nichts stehen. Anders geht es nicht und diese Zusammenhänge sollten auch in Ländern wie Deutschland vermittelbar sein. Immerhin ist das Thema auch auf der Agenda für die deutsche Rat-Präsidentschaft und vielleicht gelingt ja eine Verknüpfung des Recovery Fund mit transnationalen Hilfen zur Armutsbekämpfung.

Dossier: Letzten Endes ist es doch so: Das Soziale muss immer erkämpft werden. Und zwar politisch. Dazu braucht es Arenen der Politik, die Parlamente. Sonst hast du ja gar keinen Hebel. Das Europäische Parlament ist zwar ein repräsentatives Organ, aber es ist hinreichend beschrieben, warum es kein Parlament im eigentlichen Sinne ist. Welche Wege der Demokratisierung der EU müssen gegangen werden, um sie demokratisch und sozial weiterzuentwickeln?

Höpner: Wir sollten hier zwei Wege unterscheiden. Da gibt es einmal institutionelle Reformen, die nur über Vertragsänderungen gehen. Zudem gibt es Voraussetzungen der Demokratie, die auf der gesellschaftlichen Ebene liegen und die in der EU noch nicht erfüllt sind. Wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen fehlen, hilft auch die durch Vertragsreformen bewirkte weitere Parlamentarisierung des politischen Systems der EU nicht.

Dossier: Eins nach dem anderen, Martin. Sprechen wir zuerst über die institutionelle Seite, also die Struktur des politischen Systems der EU.

Höpner: Dem Europäischen Parlament fehlen bis heute viele Merkmale einer parlamentarischen Demokratie. Am eklatantesten ist die Verletzung des Prinzips „one man, one vote“. Also der Umstand, dass die Wählerinnen und Wähler aus kleinen Ländern mehr Stimmgewicht auf die Waage bringen als etwa Franzosen und Deutsche. Hier mit Reformen anzusetzen, wäre aber keine gute Idee. Die Zahl der Abgeordneten, die etwa Malta dann noch

entsenden könnte, würde so klein, dass man sich die Wahlen dort fast sparen könnte.

Dossier: Du willst sagen, dass der Demokratisierungsweg daher blockiert ist?

Höpner: Ich denke, in Bezug auf das ungleiche Stimmgewicht ist die EU derzeit so demokratisch, wie sie kann. Wie die Dinge laufen, ist ein faires Abbild des Standes der europäischen Integration. Das gilt auch für den Umstand, dass aus den europäischen Wahlen keine Regierung hervorgeht und auch nicht der Kommissionspräsident. Aber auch das würde ich nicht verdammen. Dass die Mitgliedsländer die Kommissionsmitglieder ernennen und das Parlament ein paar von denen aus der Mannschaft kicken darf, ist angesichts des Integrationsstandes fair. Auch, dass man den Kommissionspräsidenten oder die -präsidentin nicht am Rat vorbei bestimmen kann.

Dossier: Das war ja ein großes Problem im Nachgang der zurückliegenden Wahlen zum Europäischen Parlament.

Höpner: So ist es. Die Christdemokraten und Christdemokratinnen und die Konservativen hatten die Wahl gewonnen und beharrten zuerst auf ihrem Kandidaten Manfred Weber. Dass das im Rat nicht vermittelbar war, kann ich gut nachvollziehen. Im Rahmen der Gemeinschaftsmethode produzieren die Kommission, der Rat und das Parlament Richtlinien, die sich nicht direkt an die europäischen Bürgerinnen und Bürger wenden, sondern die von den Mitgliedstaaten in nationales Recht überführt werden. Die EU ist gewissermaßen eine Regierung von Regierungen. Herr Weber hat aber noch nie eine Regierung von innen gesehen. Wenn das Parlament bei der Bestimmung des Kommissionspräsidenten oder der -präsidentin künftig mehr mitreden will, dann muss es lernen, geeignete, im Rat vermittelbare Kandidatinnen und Kandidaten zu präsentieren. Dass dann übrigens die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen trotz glasklar verlorener Wahl weiter auf ihrem Kandidaten beharrten, und zwar im Namen der europäischen Demokratie, und die deutschen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen dann auch noch bössartige Dossiers über Ursula von

der Leyen verbreiteten: Das will ich hier mal besser nicht kommentieren.

Dossier: Die entscheidende Forderung zur weiteren Parlamentarisierung der EU scheint mir aber doch eine andere zu sein: Das Europäische Parlament braucht ein Initiativrecht.

Höpner: Und das ist auch gleichzeitig die plausibelste dieser Art von Reformoptionen. Derzeit hat ja, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Kommission das Monopol auf Gesetzesinitiativen. Das sollte man auch dem Europäischen Parlament zustehen. Wenn sich ein Fenster für Vertragsänderungen auftut, sollte die EU diesen Schritt gehen. Auf diesem Wege könnten dann auch soziale Initiativen auf parlamentarischem Wege an die EU herangetragen werden.

Dossier: Du sprachst von gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie. Was meinst du damit?

Höpner: Repräsentative Demokratie ist, wenn Wahlen einen Unterschied machen. Die demokratische Steuerung europäischer Entscheidungen setzt voraus, dass es europäische Parteien mit klar unterscheidbaren Programmen gibt. Derzeit sind die europäischen Parteien noch sehr lockere Parteienzusammenschlüsse mit sehr großer interner Heterogenität.

Dossier: Ein Aufruf an die europäischen Parteienfamilien also, sich mehr zusammenzuraufen, sich zu Parteien in engerem Sinne zu verdichten.

Höpner: Aus meiner Sicht liegt das Problem nicht am mangelnden Willen der europäischen Parteien, speziell der Fraktionen im Europäischen Parlament. Das Problem liegt vielmehr darin, dass viele der Konflikte, zu deren Lösung wir die EU überhaupt erst geschaffen haben, keine Konflikte zwischen Parteien sind, sondern zwischen Ländern mit unterschiedlichen Interessen. Und oft haben wir eine Mischung aus beidem. Um Konflikte zwischen Ländern und Ländergruppen zu bearbeiten, ist die EU eine ganz wichtige Aushandlungsarena. Aber der Steuerung der Kompromisse durch demokratische Wahlentscheidungen auf europäischer Ebene sind in dieser Konstellation enge Grenzen gesetzt. Man wählt ja schließlich keine Länder, sondern Parteien.

Dossier: Mache das doch mal an Beispielen klar. Wo könnte die demokratische Steuerung über Wahlen funktionieren, wo nicht?

Höpner: Nehmen wir an, es müsste entschieden werden, ob es eine europäische Frauenquote für die Vorstände großer Aktiengesellschaften geben soll.

Und nehmen wir an, die eher linken Parteien sind alle dafür und die eher rechten Parteien sind alle dagegen. Das lässt sich dann auf europäischer Ebene demokratisch entscheiden. Gewinnen die linken Parteien die Wahlen zum Europäischen Parlament, dann gibt es die Frauenquote, wenn nicht, dann nicht – so geht Demokratie.

Dossier: Und du meinst, dass diese Konstellation oft nicht vorliegt.

Höpner: Genau. Das hängt an der Heterogenität der EU, die nun einmal ist, wie sie ist. Aber das ist noch nicht alles. Wie die Konfliktlinien verlaufen, ist nicht unabhängig von der Art, wie man die europäischen Länder zusammenbindet. Der Euro und seine Dauerkrise haben Konflikte, die zwischen Ländergruppen verlaufen, geradezu explodieren lassen. Wenn du erraten sollst, ob ein Europapolitiker für oder gegen Eurobonds ist, und ihm eine einzige Frage stellen darfst, dann wirst du wahrscheinlich nicht fragen, ob er der sozialdemokratischen oder der christdemokratischen Fraktion angehört, denn damit hättest du die Frage verschwendet. Du würdest ihn fragen, ob er denn aus Nord- oder Südeuropa kommt. Die Antwort auf diese Frage wird viel wertvoller sein, um seine Haltung zu Eurobonds zu erraten.

Dossier: Ist die Wirtschaftskrise in Folge der Abwehr der Corona-Pandemie hier nicht auch ein möglicher „Game Changer“ für die Entwicklung der Demokratie? Alle Menschen in Europa haben ein Interesse, dass die Krise überwunden wird. Über das Wie wird gestritten werden. 2024 wird man sehen, wohin Europa gesteuert ist.

Höpner: Denke mal an die Verhandlungen über den Wiederaufbaufonds, der ja wirklich eine große Innovation ist und das zentrale Element zur Krisenbewältigung. Da wurde viel Aufwand betrieben, die „sparsamen Vier“ zu überzeugen, die europäischen Transfers skeptisch gegenüberstehen. Es handelt sich um Österreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden. Dänemark wird sozialdemokratisch regiert, die schwedische Minderheitsregierung wird von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen geführt. Die niederländische Regierung wird von Bürgerlichen geführt, die linksliberale D66 regiert mit. In Österreich koalitiert die ÖVP unter Kurz mit den Grünen. Wenn wir zu dieser Gruppe noch Finnland hinzufügen, kommt noch einmal eine Mitte-Links-Regierung unter sozialdemokratischer Führung hinzu. Mit der Zugehörigkeit zu Parteienfamilien haben die Haltungen zum Recovery Fund offenbar überhaupt nichts zu tun. Was die diese Gruppe eint, sind ökonomische Länderinteressen. Dass regionale Interessen in der EU viel wichtiger sind als etwa im deutschen Föderalismus, das wird uns noch sehr lange begleiten, wahrscheinlich für immer.



„DIE DEMOKRATISCHE STEUERUNG EUROPÄISCHER ENTSCHEIDUNGEN SETZT VORAUS, DASS ES EUROPÄISCHE PARTEIEN MIT KLAR UNTERSCHIEDBAREN PROGRAMMEN GIBT.“



„DIE OFFENE FLANKE FEHLENDER RECHTSBINDUNG WIRD DIE EU NICHT EWIG AUSHALTEN. ES IST EIN EINFALLSTOR FÜR DESINTEGRATION, DIE WIR BESTIMMT NICHT HABEN WOLLEN.“

Dossier: Kommen wir noch mal auf die institutionelle Seite des Problems zurück. Um die europäische Demokratie nach vorn zu bringen, würdest du vor allem auf das Initiativrecht des Parlaments setzen?

Höpner: Nicht nur. Das Demokratieproblem der EU liegt tiefer. Einmal bei der Lage der Konfliktlinien, über die wir sprachen. Dann aber auch bei dem Umstand, dass viele wichtige Entscheidungen das politische System der EU ja gar nicht erst erreichen, weil sie an der europäischen Gesetzgebung vorbei, von etwa der EZB und dem EuGH, gefällt werden. Dieter Grimm spricht in diesem Zusammenhang von der „Überkonstitutionalisierung“ der EU: Viel europäische Politik vollzieht sich auf dem Wege des Verfassungsvollzugs. Der EuGH legt die Verträge aus, in oft überraschender Weise, und betreibt auf diesem Wege Politik. Würde man das mehr eingrenzen, etwa auf dem Wege der Bereichsausnahmen, dann täte man damit gleichzeitig auch etwas für die europäische Demokratie. Hier sollten Reformen vor allem ansetzen. Dafür braucht man natürlich Vertragsreformen.

Dossier: Wir kommen immer wieder auf die Notwendigkeit, die Verträge zu ändern. Glaubst du denn, dass es dafür in absehbarer Zeit ein Gelegenheitsfenster geben wird?

Höpner: Das ist ungeheuer schwer zu sagen. Vertragsreformen sind nicht nur schwer auszuhandeln, sie müssen in einigen Ländern ja anschließend noch durch Volksabstimmungen hindurch. Diese Abstimmungen sind nicht mehr leicht zu gewinnen. Aber der Druck, die Reformen anzugehen, wird immer größer. Irgendwann muss man das Projekt angehen, sonst vertieft sich in der EU eine Rechtskrise.

Dossier: Eine Rechtskrise?

Höpner: Eine Krise der Rechtsbindung europäischer Abläufe, ja. Die Kluft zwischen Rechtsgrundlagen und Praxis wird vor allem in der Währungsunion immer größer. Diese Kluft war die Ursache für die umstrittene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von Anfang Mai 2020. Jeder weiß zum Beispiel, dass das aktuelle Anleihe-Aufkaufprogramm der EZB eine Form der monetären Staatsfinanzierung ist. Das ist von der Sache her auch abso-

lut vernünftig, die Ermächtigung hierzu fehlt aber in den Verträgen. Oder nehmen wir noch mal den Wiederaufbaufonds, bei dem es ja um gemeinsame Verschuldung auf europäischer Ebene geht. Auch das ist absolut vernünftig, wenn wir uns das Problem der Konditionalitäten mal wegdenken. Aber die Umgehung des Verschuldungsverbots in Artikel 310 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU ist derart offensichtlich, dass ich wirklich nicht weiß, wie sich das Bundesverfassungsgericht da wieder rauswinden soll, falls der Fall irgendwann in Karlsruhe landet. Die offene Flanke fehlender Rechtsbindung wird die EU nicht ewig aushalten. Es ist ein Einfallstor für Desintegration, die wir bestimmt nicht haben wollen.

Dossier: So lange es keine Vertragsänderungen gibt, lassen sich nur Wege erschließen, die sich innerhalb der gegebenen institutionellen Strukturen gehen lassen. Manche schlagen vor, mehr auf differenzierte Integration in kleinen Ländergruppen zu setzen. Wie schätzt du diese Option ein?

Höpner: Parteien und Gewerkschaften sollten aufmerksam beobachten, wo sich Gelegenheitsfenster für differenzierte Integration öffnen. Wenn ausgewählte Länder sich stärker koordinieren wollen, sollten sie vorangehen. Wichtig ist, dass es sich niemals um geschlossene Gruppen handeln darf. Die Teilnahme an der Koordination muss offen sein.

Dossier: Bei der Finanztransaktionssteuer hat man das ja versucht. Das Ergebnis war leider nicht sehr beeindruckend.

Höpner: Ja, hier hatten sich zehn Länder zusammengefunden, die bereit waren, eine solche Steuer gemeinsam einzuführen. Dafür sollten die Möglichkeiten genutzt werden, die das europäische Primärrecht zur verstärkten Zusammenarbeit bietet. Ende 2017 stellte sich dann heraus, dass Frankreich das Projekt nur mitträgt, wenn es eng auf den Aktienhandel beschränkt ist. Da hatten wir uns mehr erhofft. Aber ich denke, auch Deutschland war an dem enttäuschenden Ergebnis nicht ganz unschuldig.

Dossier: Man muss der deutschen Seite ja lassen, dass sie bei der Besteuerung von Fi-

nanztransaktionen weiter gehen wollte als zuletzt Macron.

Höpner: Ich denke, dass Deutschland Mitverantwortung für den Druck trägt, unter dem Frankreich stand und immer noch steht. Frankreich steht gegen Deutschland mit dem Rücken zur Wand, weil sich Deutschland in der Währungsunion durch Inflationszurückhaltung Vorteile gegenüber den Nachbarn verschafft hat. Dadurch erfährt Frankreich eine beschleunigte De-Industrialisierung und ist auf der Suche nach einem alternativen, neuen Wachstumsmodell. So eine Alternative erkannte Macron in verstärkter Finanzialisierung: Angesichts der Brexit-Entscheidung aus dem Jahr 2016 hoffte er, Börsen- und Bankgeschäfte verstärkt nach Paris ziehen zu können. Eine Finanztransaktionssteuer wäre hierfür das falsche Signal gewesen.

Dossier: Siehst du konkrete Projekte für differenzierte Integration?

Höpner: Die wären erst noch zu erschließen. Aber im Prinzip erstrecken sich die Möglichkeiten über alle Politikfelder, die für Gewerkschaften interessant sind, von der Sozial- über die Umwelt- bis zur Steuerpolitik. Vor einigen Jahren, als Schäuble noch Finanzminister war, wurde mal eine französisch-deutsche Arbeitsgruppe zur Angleichung der Unternehmensbesteuerung in beiden Ländern eingesetzt. So etwas ist eine gute Sache, leider hat man von der Arbeitsgruppe lange nichts gehört. Falls sich Frankreich und Deutschland einig würden, könnte man dann gucken, wer sich noch anschließen will. Allgemein finde ich das einen guten Weg, über Fortschritte der europäischen Integration nachzudenken: Statt ideologischer Debatten über „mehr“ oder „weniger“ Europa konkrete, überschaubare Projekte zu gestalten, gegebenenfalls in Ländergruppen mit wechselnder Zusammensetzung. Die Notwendigkeit, die aufgestauten Bedarfe für Vertragsänderungen anzugehen, verschwindet dadurch natürlich leider nicht.

Dossier: Lass uns zum Schluss noch einmal zu der Frage kommen, ob nicht doch ein großer Sprung bevorstehen könnte. In Richtung grundlegender Veränderungen der europäischen Politik und vielleicht auch in Richtung europäischer Staatlichkeit. Die Globalisierung, wie wir sie kannten, scheint an ein Ende zu kommen. Wir haben zwei hochgerüstete Blöcke, die USA und China, die aufeinander zurasen. Auch die national-autoritären Regime in Russland, Indien und Brasilien versuchen, an Stelle des globalen Wettbewerbs eine Art Wettlauf der Blöcke zu setzen, eine Konkurrenz von Rechtssystemen verbunden mit einer teilweisen Abschottung von Märkten. Auch die Europäische Union setzt auf „strategische Autonomie“. Der Begriff

tauchte in den Strategiepapieren der Kommission aus der Zeit vor der Corona-Krise auf. Und er fand er sich als Begründung im Entwurf der Kommission für ein Konjunkturpaket wieder. Sind wir nicht Zeitzeugen eines tieferen ökonomischen Umbruchs, der auch die EU komplett verändern könnte?

Höpner: Man sagt ja schon seit längerem: Die europäische Integration braucht eine neue Erzählung. In der alten Erzählung legitiimierte sich die Integration als friedensbewahrende Außenpolitik. Das passte gut zur Frühphase, aber es passte immer weniger, je mehr europäische Politik Innenpolitik wurde. Rein ökonomische Legitimationsmuster haben sich auch etwas erschöpft. Nun folgert man die Notwendigkeit beschleunigter Integration aus der Konkurrenz der Blöcke. Ich gebe zu: Gegen die Dramatik solcher Erzählungen wirkt die Integrationsforschung, wie wir sie am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung betreiben, ziemlich kleinteilig.

Dossier: Aber?

Höpner: Ich beharre darauf, dass die Erzählungen nicht mit den wahren Integrationsdynamiken verwechselt werden dürfen. Die Zukunft der EU entscheidet sich aus meiner Sicht aus ihrer unklaren Fähigkeit, festgefahrene Blockaden aufzulösen. Aus der Bereitschaft, sich auch mal zurückzunehmen, wo die Integration auf Abwege geraten ist. Aus dem Willen der Mitgliedsstaaten, gemeinsame Interessen auch in ausgewählten Ländergruppen zu entdecken und sich in ihnen zu koordinieren. Die Erzählung von der Blockkonkurrenz scheint mir den Blick auf die wahren Probleme eher zu verstellen.

Dossier: Vielen Dank für das Gespräch!



Staat fördert Wirtschaft in ein neues Bündnis

Zwei Jahrzehnte rangen Wirtschaft, Gewerkschaften und wechselnde Bundesregierungen um eine Antwort auf die Frage, wie die Dekarbonisierung von Energie und Industrie bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Atomkraft vorstattengehen sollte. Erst in der Corona-Krise wurde das letzte Gesetz zum Ausstieg aus der einzigen reichlich in Deutschland vorhanden fossilen Energiequelle, der Braunkohleverstromung, beschlossen.

Mit dem Konjunkturpaket, das der deutschen Wirtschaft aus der Wirtschaftskrise helfen soll, werden nun sehr klare Erwartungen an die Unternehmen gestellt, die mit staatlicher Hilfe aus dem Knick kommen wollen. Von den 130 Milliarden Euro aus den Mitteln des Bundes werden für die Wirtschaft befristet auf die Jahre 2020 und 2021 die Abschreibungsmöglichkeiten verbessert. Ein noch sehr klassisches Instrument, um Investitionen attraktiv zu machen. Klassisch deshalb, weil die Regierung keine politischen Vorgaben macht.

An anderen Stellen vollzieht die Regierung jedoch einen Bruch mit der Wirtschaftspolitik seit dem Ende der Notjahre nach der Niederlage Nazideutschlands. Mehr als ein Drittel des Pakets, 50 Milliarden Euro, sollen der Wirtschaft einen deutlichen Modernisierungspush in der digitalen und nachhaltigen Transformation bringen. Der Staat hat begonnen, Entwicklungspfade zu definieren und die in den vergangenen Jahren teilweise zu zögerlicher Wirtschaft anzuleiten.

- Anders als in der Finanzkrise, als der Kauf jedweden neuen Autos finanziell gefördert wurde, bringt das Paket 2020 lediglich Käuferinnen und Käufern eines Fahrzeugs mit Elektromotor Vorteile: Die Kaufprämie wird für Neuwagen bis zu einem Preis von 40.000 Euro von 3.000 auf 6.000 Euro verdoppelt.

- Damit Fahrzeuge mit Elektromotor auch flächendeckend schnell aufgeladen werden können und die Batteriezellenfertigung angereizt wird, investiert der Bund 2,5 Milliarden Euro.
- Wenn Hersteller und Zulieferer der Automobilindustrie Zukunftsinvestitionen in Richtung neue Antriebe entwickeln, können sie mit Mitteln aus einem Bonus-Programm in einer Größenordnung von einer Milliarde Euro rechnen.

Die Kfz-Steuer wird für emissionsarme Autos gesenkt, der Bund fördert die Anschaffungen von elektrisch getriebenen Handwerkerautos, den Austausch von Lkw- und Bus-Flotten und die Bahn erhält fünf Milliarden aus dem Programm, um Einnahmeausfälle auszugleichen sowie in das Netz zu investieren.

Weiter treibt der Bund mit zusätzlichem Geld die Entwicklung der Wasserstofftechnologie, die sowohl für die Mobilität als auch für die Zukunft einer karbonfreien Industrie entscheidend ist.

Auch auf dem Feld der Digitalisierung gibt Berlin einen zusätzlichen Schub. Nicht drei, sondern fünf Milliarden Euro werden investiert, um „ein wettbewerbsfähiges europäisches KI-Netzwerk“ zu unterstützen. Der Bund will außerdem für den Bau von „mindestens zwei Quantencomputern“ durch geeignete Firmenverbünde „die nötigen Mittel bereitstellen“. Für den Aufbau eines flächendeckenden 5G-Netzes stehen fünf Milliarden bereit. Und beim Aufbau eines 6G-Netzes strebt die Regierung an, „als Technologieanbieter eine führende Rolle zu spielen“ (Bundesfinanzministerium 3, 2020).

Frankreich hat sein Konjunkturpaket anders organisiert, organisiert aber ähnlich wie die deutsche Regierung den Modernisierungsprozess vor allem seines industriellen Netzes. Schwerpunkt der Programme aus dem Nachbarstaat: Die Flugzeugindustrie erhält eine Geldspritze von 15 Milliarden Euro – davon geht etwas weniger als die Hälfte in die Stützung der Fluggesellschaft Air France. Mit

den übrigen Mitteln aus dem „Luftfahrtplan“ soll in die Entwicklung des Nachfolgers des Mittelstreckenflugzeuges Airbus 320 investiert werden. Zwischen 2026 und 2028 soll ein Prototyp fertig sein, Mitte der 2030er Jahre soll es auf den Markt kommen und – so die Vorgabe – 30 Prozent weniger Sprit verbrauchen, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) berichtet. Diese, so der Korrespondentenbericht von Anfang Juni weiter, solle vollständig aus Biotreibstoffen bestehen.

Zudem erwartet die Regierung in Paris von Airbus für ihre Fördermilliarden die Entwicklung eines Regionalfliegers, der entweder „teilweise mit einem Elektroantrieb oder mit Wasserstoff betrieben wird“. 2030 soll dieser am Markt verfügbar sein (FAZ (1), 2020).

Bezeichnend: Erst im Mai 2020 hatte das europäische Luftfahrtunternehmen Airbus „das Ende des 2017 zusammen mit Siemens und Rolls-Royce gestarteten Entwicklungsprojekts ‚E-Fan X‘ verkündet“, wie der Branchendienst „electrive“ meldete. Ziel sei es gewesen, „bis zum Jahr 2020 erstmals ein 100-sitziges Regionalflugzeug mit einem hybrid-elektrischen Antriebsstrang auszurüsten“. Schon vor einem Jahr war Siemens ausgestiegen und hatte seine Geschäftseinheit eAircraft an Roll-Royce verkauft (electrive, 2020).

Nun bringt der französische Staat das Geld im Rahmen seines CORAC-Programms und die Unternehmen folgen. Airbus optimiere den geplanten Business-Jet in der Aerodynamik sowie die Installation des Batteriesystems, der Triebwerksbauer Safran sei für die Entwicklung und den Einbau des hybrid-elektrischen Systems verantwortlich und der Flugzeugbauer Daher stelle eine seiner Maschinen zur Verfügung und nehme die Erprobung des neuen Fliegers vor. Und die französische Luftfahrtbehörde DGAC überwacht den Fortschritt der Entwicklung. 2022 soll die dank staatlicher Förderung entwickelte Maschine das erste Mal abheben.

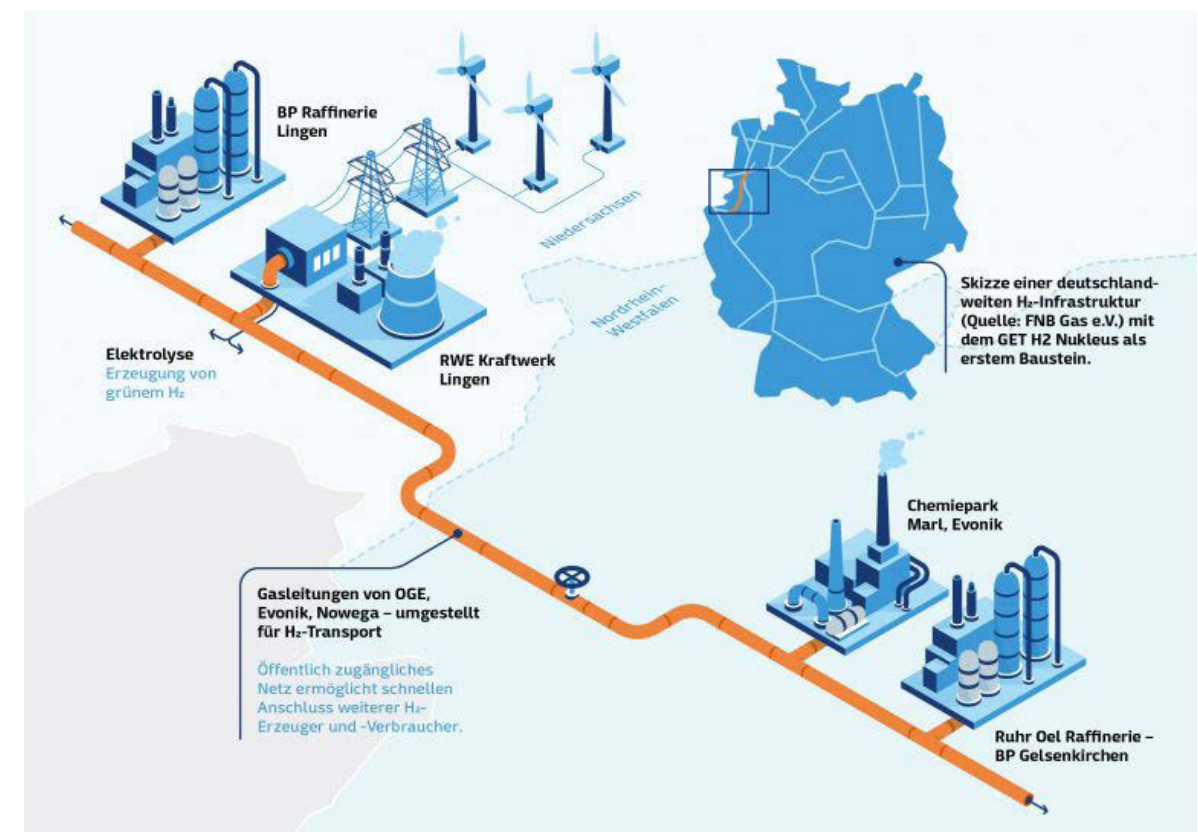
Frankreich fördert auch den Absatz von 200.000 Neuwagen – ganz gleich, welcher Antrieb eingebaut ist. Für Elektro-, Hybrid- und Wasserstoffautos gebe es ähnlich wie in Deutschland besondere Kaufprämien.

Die FAZ zitiert in ihrem Bericht über das französische Konjunkturprogramm Éric Heyer, Leiter der Abteilung Analyse und Vorausschau am Wirtschaftsforschungsinstitut OFCE in Paris: „Wir erleben die große Rückkehr des Staates als Strategie.“

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire dagegen sagt: „Wir müssen unsere Luftfahrtindustrie retten und jedes Zurückfal-

Erst im Mai 2020 hatte Airbus das Aus für stromgetriebenes Fliegen verkündet. „Nun bringt der französische Staat das Geld und die Unternehmen folgen.“ Siemens und Rolls Royce sind allerdings nicht mehr dabei.

Das Projekt GET H2Nukleus (Abb. 16)

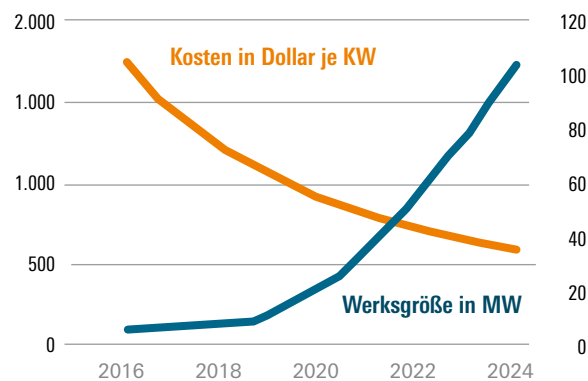


Quelle: euwid 2020

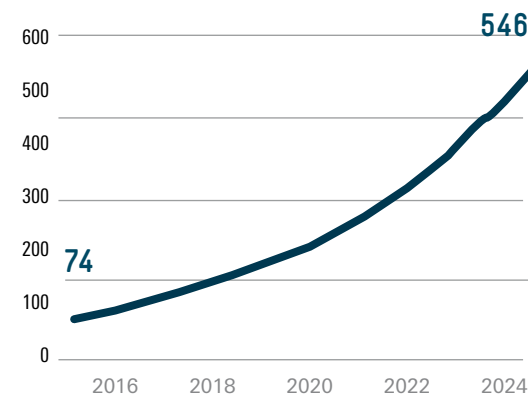
Hans Böckler
Stiftung

Die Kosten sinken (Abb. 17)

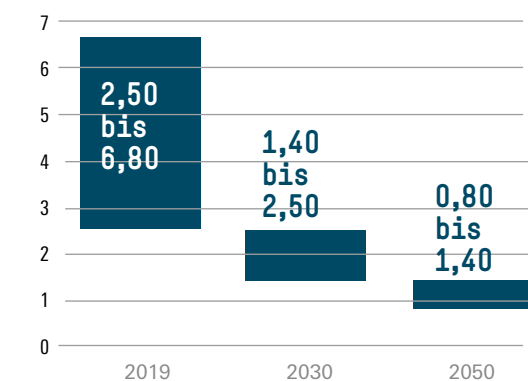
Prognose zu den Electrolyse-Kosten und Größe der Wasserstoffwerke



Prognose zur weltweiten Nachfrage nach Wasserstoff in Mill. Tonnen



Preisentwicklung für ein Kilo Wasserstoff in Dollar



Quelle:HSBC

Hans Böckler
Stiftung

len gegenüber den Riesen Boeing aus den Vereinigten Staaten oder Comac aus China verhindern.“

Auch in Deutschland überwindet die Bundesregierung die ideologisch errichteten Gärten, nach denen der Staat sich nicht an Unternehmen beteiligen darf. Der wohl spektakulärste Fall ist der des Einstiegs des Bundes bei der Fluggesellschaft Lufthansa (siehe oben). Mitte Juni 2020 verkündete Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, dass der Staat über seine Förderbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bei dem Impfstoffhersteller CureVac beteiligt ist. Avisiert sind 300 Millionen – damit wäre die KfW zu 23 Prozent Anteilseignerin des Unternehmens, das an führender Stelle nicht nur an der Entwicklung von Impfstoffen gegen den Corona-Virus und anderen therapeutischen Behandlungsmöglichkeiten arbeitet. Altmaier klingt ähnlich wie sein französischer Kollege Le Maire: „Das ist zugleich industriepolitisch von hoher Bedeutung, denn diese wichtigen Forschungsergebnisse und Technologien brauchen wir in Deutschland und Europa.“ Dies sei ein Ergebnis des Konjunkturpaktes: „Darin haben wir uns zum Ziel gesetzt, bei der Herstellung von Wirkstoffen und deren Vorprodukten sowie in der Impfstoffproduktion über mehr Unabhängigkeit zu verfügen. Mit dieser Investition tun wir einen ersten Schritt in diese Richtung“ (Bundeswirtschaftsministerium 1, 2020).

Das sind erst zwei Beteiligungen. Aber da jedes vierte Unternehmen mit Schwierigkeiten im Herbst rechnet, könnte der Wirtschaftsstabilisierungsfonds, den die EU-Kommission erst Anfang Mai genehmigt hat, eine zentrale Rolle bei der Instandhaltung des industriellen Netzes der Bundesrepublik Deutschland spielen.

In der Industrie haben die Forschungsprogramme einen wahren Boom ausgelöst. Etwa im Bereich der Wasserstofftechnologie. Ein Konsortium, bestehend aus dem Chemiekonzern Evonik, dem Erdölspezialisten BP und dem Stromversorger RWE, plant, in Lingen eine 100-Megawatt-Elektrolyseanlage zu bauen. Unter anderem soll mit dem Projekt GET H2 Nukleus der Chemiepark Marl mit einer 130 Kilometer langen Pipeline versorgt werden, von August 2020 soll eine Pipeline von Evonik von Marl weiter nach Gelsenkirchen-Scholven gebaut werden, wo die dortige BP-Raffinerie an die Versorgung angeschlossen werden soll, schreibt ein Fachdienst über neue Energien (euwid, 2020).

Ein weiterer Firmenverbund hat sich um den Chemiekonzern BASF gebildet, der sich mit den beiden Stahlkonzernen ThyssenKrupp und Salzgitter zusammengetan hat. Das berichtet die „Börsen-Zeitung“ unter Verweis auf den bevorstehenden Beschluss des Bundeskabinetts für eine Nationale Wasserstoffstrategie. In Deutschland solle ein starker Heimatmarkt aufgebaut werden, bis 2030 sollen „fünf Gigawatt Gesamtleistung, einschließ-

lich der dafür erforderlichen Offshore- und Onshore-Energiegewinnung entstehen“ (Börsen-Zeitung, 2020).

Auch in den Niederlanden hat ein Konsortium aus Gasunie, dem Seehafen Groningen und Shell Niederlande ein Projekt unter dem Titel NorthH2 in Eemshaven gestartet, das jährlich 800.000 Tonnen Wasserstoff produzieren sollte, berichtet die Zeitschrift „Chemietechnik“ Mitte Mai. Im Süden Hollands soll bis 2030 eine weitere großtechnische Anlage entstehen (Chemietechnik, 2020).

Der Wettlauf um den Ausbau von Wasserstoffkapazitäten hat international begonnen. Will Europa den neuen Markt entscheidend mitgestalten, müssen sich EU und nationale Regierungen gemeinsam mit Unternehmen engagieren. In Japan wurde 2020 ein Elektrolyseur in Betrieb genommen, der pro Stunde „Nennleistungsbetrieb“ 1.200 Normkubikmeter Wasserstoff je Stunde, maximal sogar 2.000 Kubikmeter produzieren kann, berichtet der Fachdienst Automobil-Industrie. Das entspricht einem Energieäquivalent zwischen 3.600 und 6.000 Kilowattstunden (Automobil-Industrie, 2020).

Dass man mit Wasserstofftechnologie Geld verdienen kann, lässt die „Börsen-Zeitung“ ihre Leserinnen und Leser in dem Beitrag über die bevorstehende Verabschiedung der Bundeswasserstoffstrategie auch gleich im Vorspann wissen: „Der Wasserstoff-Lastwagenhersteller Nikola aus Phoenix, Arizona, ist bereits 26 Milliarden Dollar an der Börse wert.“

Schon im März 2020 berichtete das Blatt auf Grundlage einer Studie des britischen Bankhauses HSBC: „Grüner Wasserstoff, mit überschüssigem und deshalb billigem Ökostrom erzeugt, könnte 18 Prozent des globalen Energiebedarfs decken, sechs Gigatonnen CO2 einsparen und einen Markt mit 2,5 Billionen US-Dollar Umsatz und 30 Millionen neuen Jobs schaffen.“

Wie in der Verfahrenstechnik üblich, werde der derzeit noch hohe Preis des aus der Spaltung von Wasser gewonnenen Wasserstoffs sinken (siehe Abbildung 17). Und damit sei zu rechnen. Die gegenwärtige Kapazität, so die von der Börsen-Zeitung zitierte HSBC-Studie, werde sich wegen hoher Nachfrage aus der chemischen Industrie, dem Verkehrssektor oder der Energiebranche von derzeit 74 Millionen Tonnen bis 2050 auf 546 Millionen Tonnen versiebenfachen. „Wachstumsraten von jährlich 6,4 Prozent“ lassen die Leserinnen und Leser der Börsen-Zeitung nicht kalt (Börsen-Zeitung, 2020).

Ganz geheuer ist der deutschen Wirtschaft der neue Technologietreiberstaat nicht. Das Engagement des Milliardärs Heinz Hermann Thiele bei der Fluggesellschaft Lufthansa, deren Maschinen in der Corona-Krise am Boden blieben und die täglich Millionenverluste einfuhren, ist so ein Beispiel dafür. Mit seiner Familienholding kaufte sich Thiele

schrittweise in den Konzern ein. Der Geschäftsbericht für 2019 weiß von einem Investor Thiele nichts. „Lufthansa Aktien befinden sich zu hundert Prozent im Streubesitz“, die größten Aktienpakete hielten einschlägig bekannte internationale Investoren wie Lansdowne Partners und BlackRock (Lufthansa, 2020). Als die Kurse der Lufthansa wegen des Lockdowns in einen Sturzflug übergingen, kaufte Thiele am 3. und am 16. März 2020 erst zehn Prozent der Aktien der Fluggesellschaft und stockte kurz vor der Hauptversammlung im Juni 2020 noch einmal auf 15 Prozent auf.

Einen Einstieg des Bundes versuchte er zu blockieren. Einerseits beklagte er in einem Interview mit der „FAZ“, dass die Regierung die Aktien des Unternehmens lediglich zum Nominalwert von 2,56 also zu „einem Viertel des aktuellen Kurses“ erwerben wolle. Er witterte den Versuch des Staates, sich an der Rettung bereichern zu wollen.

Anschließend beklagte Thiele mit einem Griff in die Mottenkiste marktradikaler Rhetorik, der Staat sei kein geeigneter Sanierer: „Kommt ein Sanierungsplan auf den Tisch mit einem vermuteten Abbau von Tausenden Arbeitsplätzen, gerät die Bundesregierung in die politische Bredouille. Sie kann nicht derartige Maßnahmen vorbehaltlos unterstützen. Da wird dann viel geredet und zeredet. Das verzögert den Gesundungsprozess und führt zu höheren finanziellen Belastungen, die dann auch die vereinbarte Rückzahlung von Darlehen und Zinsen in Frage stellt. Völlig abgesehen davon, dass der Staat wenig Qualifikationen und Expertisen hat, eine Sanierung voranzutreiben“ (FAZ (3), 2020).

Am Ende hat er dann doch in der außerordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft dem komplizierten direkten und indirekten Einstieg des Bundes zugestimmt.

Den Preis, den der Bund bezahlt, ist hoch. Berlin wird zwar zwei Mandate im Aufsichtsrat besetzen, muss dazu aber „unabhängige Experten“ auswählen. Einzige Auflagen, die dem Unternehmen mit dem Einstieg gemacht wurden: Die Vergütungen für das Management werden beschränkt. Und industriepolitisch noch wichtiger: Das Unternehmen wird auf einen nachhaltigen Kurs verpflichtet, „einschließlich einer Erneuerung der Flotte“. Was dem europäischen Airbus-Konzern und der Zulieferer-Industrie wieder zugute kommen würde.

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) tut sich schwer, das sich ändernde Verhältnis von Staat und Wirtschaft neu einzuschätzen. In seiner Rede zur Eröffnung der Hannover-Messe 2020, die nur digital stattfinden konnte, mahnte BDI-Präsident Dieter Kempf zur Vorsicht. Die Erholung der Wirtschaft sei noch „kein Grund zum Übermut“. Wohl wissend, dass die Erholung das Werk von Regierungen weltweit ist, die unvorstellbare viele Billionen Euro in den Kreislauf der Weltwirtschaft pumpen, erklärte Kempf weiter:

In der Stahlindustrie hat man weniger Bedenken gegen staatliche Förderung als beim BDI. Ihr Verband begrüßt das Handlungskonzept für „grünen Stahl“.

„Bei allen Vorhaben hat sich die Politik am Kompass der sozialen Marktwirtschaft zu orientieren.“ Es müsse zu jedem Einstieg des Staates in ein Unternehmen „einen klaren Exit-Plan geben“. Er sprach von einer „wachsenden Tendenz zu Staatsdirigismus“, welche „die Wirtschaft mit großer Sorge“ erfülle. Nur einen Atemzug später wandte er sich aber hilfesuchend an diesen Staat: „Gerade jetzt muss auch die Politik den Mut aufbringen, die Weichen voll und ganz für die Zukunft zu stellen.“ Sie möge die Unternehmen entlasten und sich am „Investieren orientieren“ (BDI, 2020).

Die wachsende Angst vor dem Anspruch des Staates im Gegenzug zu seinen Leistungen auch eine Orientierung am Gemeinwohl, etwa einen Beitrag gegen den Klimawandel, zu fordern, ist in der größten Wirtschaftskrise seit hundert Jahren eine hohle Phrase.

Nur einen Tag nach der Eröffnung der Hannover-Messe tagte in Berlin das Bundeskabinett. Auf der Tagesordnung stand ein „Handlungskonzept Stahl“. Der Regierung, zitiert die „Süddeutsche Zeitung“ Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, wolle zeigen, „dass Industrie und Klimaschutz kein Gegensatz sind“. Ziel sei es, dass Europa eine „grüne Stahlproduktion“ aufbaue. Das höchst energieintensive Stahlkochen soll – wie andere Wirtschaftszweige auch – in den kommenden Jahrzehnten nahezu ohne Freisetzung klimaschädlicher Gase wie Kohlendioxid möglich werden.

Die Branche, in der in Deutschland knapp 100.000 Menschen tätig sind, müsse dafür rund 30

Milliarden Euro aufwenden, heißt es in dem Artikel mit Verweis auf Branchenangaben weiter. Bei sinkenden Produktionsvolumina, schmelzenden Erträgen und teurer werdenden CO₂-Zertifikaten und obendrauf einer Corona-Krise ein Ding der Unmöglichkeit.

Teil der Stahlstrategie des Bundes: Die Regierung werde im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft dafür sorgen, dass die Branche vor Billigimporten auch aufgrund niedriger Standards besser geschützt werde. Die „Süddeutsche“ zitiert den Wirtschaftsminister weiter: „Diesen Weg können wir nur gemeinsam gehen, Wirtschaft und Staat“ (Süddeutsche Zeitung (2), 2020).

Die Stahlindustrie scheint weniger Bedenken gegenüber staatlichem Engagement zu haben. Sie „begrüßt“ das Handlungskonzept. Auf „europäischer Ebene“ müssten nun „die politischen Instrumente für die Transformation in eine CO₂-arme Stahlproduktion auf den Weg“ gebracht werden (Wirtschaftsvereinigung Stahl, 2020).

Kein Wunder, dass die Freude groß ist. Denn das Papier zählt alles auf, was eine kapitalintensive Branche in einer Phase ihrer Transformation braucht. „Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen, Investitionen, Anreize zum Einsatz CO₂-arm, CO₂-neutral und CO₂-frei produzierter Werkstoffe auf Verbraucherseite sowie den Ausgleich höherer Betriebskosten bis hin zu den energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ (Bundeswirtschaftsministerium (2), 2020.)



Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, über Europa, Konjunkturpakete und die Zukunft der Weltwirtschaft:

„AUF GRUNDLAGE DES KLEINSTEN GEMEINSAMEN NENNERS WIRD DAS NICHT GELINGEN“

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie ist die Gewerkschaft mit den wohl einschneidendsten Erfahrungen von Transformation. 2018 endete die Ära des Steinkohlenbergbaus in Deutschland. Bis spätestens 2038 soll der Braunkohlenbergbau folgen. Ganze einst stolze und mächtige Branchen wurden abgewickelt. Die Gewerkschaft organisierte diesen Wandel sozial verträglich – und mit Blick auf die Entwicklungsfähigkeit ihrer übrigen Branchen. Mit den europäischen Konjunkturpaketen soll nun die „Tiefe Transformation“ beschleunigt werden. Mit weitreichenden Folgen für Dienstleistungen, vor allem jedoch für das „industrielle Netz“, das mit der Dekarbonisierung wie dem nächsten Schritt der Digitalisierung zum Zerreißen angespannt ist. Wird es halten? Wird es mit seiner Leistungsfähigkeit und Innovationskraft künftigen Generationen noch zur Verfügung stehen? Vassiliadis sieht die Gewerkschaften am Zug: „Wir wollen die Treiber echter und breit verstandener Nachhaltigkeit werden. „Wir“, sagt Vassiliadis, „werden die Anwälte der Zukunft sein.“

Hilmar Höhn: Ende 2019 sah es so aus, als würde die Europäische Union zerbröckeln. Zu Beginn der Corona-Krise verstärkte sich dieser Eindruck. Jedes Land schien auf eigene Weise durchkommen zu wollen. Wo steht aus deiner Sicht die Europäische Union im Sommer 2020 in ihrer Geschichte?

Michael Vassiliadis: Die Europäische Union hat etwas an Gemeinsamkeit und Souveränität zurückgewonnen. Das ist das paradoxe Ergebnis der Corona-Krise. In der Not sind die Regierungen der Mitgliedsstaaten zusammengedrückt. Dabei hilft die

Auflage eines Konjunkturpaketes und die damit verbundene Modernisierungsstrategie auf den Feldern der Dekarbonisierung, der digitalen Wirtschaft und der Landwirtschaft. Das ist aber nicht der einzige Grund. Auch internationale Entwicklungen wie die Rolle, die Donald Trump den USA in der Weltpolitik aufzwingt, haben die stärkere Bündelung der Kräfte befördert. Die fundamentalen Architekturfragen des künftigen Europas sind aber nach wie vor nicht gelöst. Und es fehlt wichtigen Akteuren weiterhin an überzeugendem europapolitischem Leadership. Davon hängt aber ab, ob Europa in der Krise über sich selbst hinauswachsen kann.



„VON AIRBUS ALS EUROPÄISCHEM GEMEINSCHAFTS-PROJEKT KANN MAN EINIGES LERNEN. MIT POLITIK AUF DER GRUNDLAGE DES KLEINSTEN GEMEINSAMEN NENNERS WIRD DAS NICHT GELINGEN.“

Dossier: Wenn ich dich richtig verstehe, dann sagst du, dass wir ein Konjunkturprogramm im Prozess haben, es bringt Europa zusammen, doch es fehlt im Grunde die politische Struktur. Der Modernisierungsprozess hat eine technische Dimension, die politische ist unterentwickelt.

Vassiliadis: Europa mag Probleme mit Geld lösen können und damit vielleicht sogar alte Narben noch aus der Finanzkrise überdecken. Die Kernfrage, ob die Europäische Union ein loser Bund mit einem administrativen Dach ist oder eine Vorform der Vereinigten Staaten von Europa, bleibt unbeantwortet. Hier fehlt interessanterweise ein starker Impuls.

Dossier: Lass uns über das Konjunkturprogramm sprechen. Da ist plötzlich alles darin enthalten, was Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron seit Beginn seiner Amtszeit der deutschen Regierung vergeblich vorgeschlagen hat: gemeinsame Initiativen für einen europäischen Quantencomputer, für die Förderung der Entwicklung künstlicher Intelligenz oder starke Impulse im Bereich der Wasserstofftechnologie. Das hinterlegt mit 500 oder 750 Milliarden entwickelt eine enorme Power, die Europa bislang niemals hatte. Stehen wir am Beginn einer neuen Ära der Wirtschaftspolitik?

Vassiliadis: Für Europa durchaus. Zuschüsse und Kredite gab es ja auch schon bisher – allerdings vor allem auf Ebene der Nationalstaaten. Neu ist die Feuerkraft des geplanten Programms und dass nun mit der EU ein starker Spieler das Feld betritt. Ich finde es auch richtig, dass die Gelder nicht mit der Streubüchse verteilt, sondern an Zielen der Modernisierung ausgerichtet werden. Innovation und Zusammenhalt bilden eigentlich eine sehr gute Kombination. Denn das eine bedingt das andere. Wo alles auseinanderdriftet und Bindungen sich lösen, erlebt man selten einen großen Aufbruch.

Dossier: Zusammenhalt ist ein großes Wort. Was ist denn die Bedingung dafür, dass aus Innovationen tatsächlich mehr Zusammenhalt entsteht?

Vassiliadis: Das hat auch mit der Struktur der Verteilung der Milliarden zu tun. Man muss sich fragen: Wo sind die gut angelegt? Und zwar nicht nur in dem Sinne, dass die ohnehin Starken noch stärker werden. Die Kernfrage ist: Wo tragen sie zur Entwicklung bei? Und zwar sowohl zur Entwicklung von Mitgliedsstaaten oder regionalen Wirtschafts- und Arbeitsregionen als auch zur Entwicklung von Europa als großem Wirtschaftsblock. Von Airbus als europäischem Gemeinschaftsprojekt kann man einiges lernen. Mit Politik auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners wird das nicht gelingen.

Dossier: Kannst du das an einem Beispiel erklären?

Vassiliadis: Nimm mal den Green New Deal. Innerhalb des ökologischen Transformationsthemas gibt es Widersprüche. Es gibt Länder wie Deutschland, die sind schon sehr weit. Und es gibt Länder, die haben einfach objektiv viel zu verlieren. Die Energieerzeugung in Polen ist sehr stark auf Kohle und Kernenergie fokussiert. Wenn man nun beide Sektoren aufgeben will, dann muss man diese Spannung sehen, die zwischen der Realität in Polen und den Programmen der EU besteht. Es nutzt nichts, da nur Geld hineinzukippen und alles wäre gut. Wer einen Green New Deal will, muss bereit sein, diesen auch zu gestalten. Polen ist auf einem anderen Entwicklungsstand bei den Erneuerbaren als Deutschland. Bei gegebenen Strukturen würden unsere Unternehmen und unsere Forschungslandschaft bei der Mittelvergabe gegenüber Polen bevorzugt. Bitte nicht missverstehen: Auch in Deutschland muss Grundlagen- und Anwendungsforschung gestärkt werden. Aber Polen als Staat, als Wirtschaft und die Bergleute in den Zechen des schlesischen Reviers brauchen andere Antworten.

Dossier: Ist die Geschwindigkeit, mit der Innovationen vorangetrieben werden können, eigentlich vor allem eine Frage des Geldes? Die Verbindung von Konjunkturprogrammen und Modernisierungsanspruch legt ja nahe, dass die Dekarbonisierung beispielsweise oder der Aufbau europäischer Clouds und Quantenrechner-technologie mit Geld beschleunigt werden könnte. Und wenn dies so wäre: Warum haben Unternehmen nicht schon früher und von sich aus stärker in diese Innovationen investiert? Wer bei Innovationen vorne ist, setzt schließlich Standards und Normen und kann Extra-Profit erwirtschaften.

„WEITREICHENDE WIRTSCHAFTLICHE ENTSCHEIDUNGEN IM DEMOKRATISCHEN STAAT BEDÜRFTEN EINER GEEIGNETEN POLITISCHEN GRUNDLAGE.“



Vassiliadis: Sogenannte Breakthrough-Technologien, über die alle reden, sind immer die Neuerungen, die es noch nicht gibt. Im Moment ist das übrigens der Impfstoff gegen das aktuelle Corona-Virus. Die Forschung kann man mit Geld nur bedingt beschleunigen. Das ist mehr eine Frage klarer Ziele, guter Organisation, Kooperation mit den Zulassungsbehörden und so weiter. Das Thema ist auch nicht nur das Geld, sondern die Gesetze des Geldes. Ich wähle mal das Beispiel Wasserstofftechnologie. Das ist kein technologisches Thema. Es gibt eine Frage der Marktgängigkeit. Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist das – Stand heute – zu teuer. Wenn man jetzt das Ziel setzt, diese Technologie soll bis zum Jahre X durchgesetzt werden, dann muss ich gleich eine Einschränkung machen: Der Einsatz von Wasserstoff macht langfristig nur Sinn, wenn er auch grün ist.

Dossier: Das ist das erklärte Ziel.

Vassiliadis: Ja, aber das kann man nicht isoliert betrachten, denn das wird so fundamental nicht deshalb klappen, nur weil wir uns das ganz fest wünschen. Also brauche ich die Kapazitäten der Stromgewinnung, ich brauche die Netze, ich muss Antworten auf die Frage finden, was kostet dieser Strom? Entweder subventioniere ich also die Einführung der Technologie so lange, bis ich sie durchgesetzt habe. Kann man machen, dann zieht man aber Mittel aus anderen Bereichen ab.

Dossier: Ist das so teuer?

Vassiliadis: Wenn ich die Wirtschaftlichkeit nicht generell ignorieren will, dann stellt sich die Frage: Wann ist der Zeitpunkt erreicht, an dem zu Grenzkosten und dann zu attraktiven Marktbedingungen produziert wird?

Dossier: Es ist wie bei der Batterietechnologie, deren Förderung auch Teil des Konjunkturprogramms ist.

Vassiliadis: Wenn man es durchdekliniert, haben wir das Gleiche ja bei der Batterietechnologie auch. Wir diskutieren den übernächsten Schritt vor dem nächsten. Wir reden über eine Technologie, über die wir noch gar nicht ausreichend verfügen, fallen aber schon Beschlüsse. Wir müssen uns aus dem Moralisieren von Entscheidungen lösen. Sonst pas-

siert das immer wieder, dass wir Entscheidungen aufgrund wünschenswerter Annahmen treffen. Das heißt: Wenn man das jetzt wirklich will mit der Technologieführerschaft in Sachen Wasserstoff, müssen wir bereit sein, seine Nicht-Marktgängigkeit zu erkennen und auch andere Technologiepfade im Übergang akzeptieren.

Dossier: Um es dann klar zu sagen: Was ich jetzt aus dem Prinzip Hoffnung für viel Geld in die Förderung nehme, bedeutet eigentlich, dass ich einen weiteren Blankoscheck auf künftige Subventionen ausstelle. Jedenfalls ist der Weg zu einer Marktfähigkeit nicht sicher.

Vassiliadis: Das sollte man den Menschen auch ganz klar so sagen. Ich will gerne einräumen, dass es auch ungedeckte Schecks gab, als noch Kohle und Kernkraft Basis der Energieerzeugung waren. Wir haben ökologische Kosten externalisiert. Sie holen uns als Klimaerwärmung oder Endlagerthematik wieder ein. Die Ewigkeitslasten des Bergbaus haben wir mühsam decken können. Allerdings: Die Energiewende ist ein riesiges Projekt und längst nicht so systematisch und erfolgreich, wie gerne suggeriert wird. Die vergangenen zehn Jahre der Prosperität haben allerdings bei vielen das Gefühl entstehen lassen, dass alles irgendwie machbar ist. Leider ist das bei diesem fundamentalen Thema fehl am Platze.

Dossier: Andere Länder in Europa hatten nicht eine so prosperierende Dekade, vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden noch immer an den Folgen der Finanzkrise ...

Vassiliadis: Hier wäre ein Ansatzpunkt für einen Green New Deal: Skandinavien hat Wasser und damit Wasserkraft im Überfluss, die Mittelmeerländer haben viel Sonne verglichen mit unseren Breiten. Also käme es doch darauf an, Skandinavien ans Festlandnetz anzuhängen und die Sonne von Europas Süden mit modernster Solartechnik auszubeu-ten. Hier komme ich wieder zu dem Punkt: Weitreichende wirtschaftliche Entscheidungen im demokratischen Staat bedürfen einer geeigneten politischen Grundlage.

Dossier: Bislang gründet sich die Erzählung Europas auf der Vergangenheit. Europa als Friedensidee beendet ein Jahrhundert der Kriege



„OBWOHL DER MODERNISIERUNGSBEDARF DER EU JETZT SICHTBAR WIRD, IST DIE ZEIT DAFÜR NICHT WIRKLICH GEKOMMEN. ES FEHLT BEI DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN DERZEIT DAFÜR DAS VERTRAUEN. HIER MUSS NUN DIESE KRISENINTERVENTION ABHILFE SCHAFFEN.“

auf dem Kontinent. Nach 70 Jahren trägt das zwar noch, ist aber nicht mehr Teil der Erinnerung. Es wird also Zeit für eine neue, in die Zukunft gewandte Erzählung Europas, oder?

Vassiliadis: Wenn wir in Europa in den letzten 15 Jahren unter unseren Möglichkeiten agieren, wenn die USA an ihrer America-First-Strategie festhalten, wenn wir nicht sagen können, ob der Boom Chinas, der auch unseren Boom befeuert hat, anhält, wenn die Handelskonflikte zunehmen, dann macht es Sinn, einen strategischen Blick auf Europa zu werfen. Und dann müssen wir bereit sein zu Investitionen auch außerhalb unseres Landes – in Europa.

Dossier: Wenn die EU jetzt in die Lage versetzt wird, sich im ganz großen Stil an den Kapitalmärkten Geld zu leihen, wenn sogar in Aussicht steht, dass sie eigene Steuern erheben können soll, um die Rückzahlung zu leisten, müssten dann nicht Gewerkschaften als Vertreter auch von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dafür eintreten, dass das Europäische Parlament, also gewählte Vertreterinnen und Vertreter von Europas Bürgerinnen und Bürgern, künftig über die Steuer- und Haushaltspolitik bestimmt. Muss denn nicht dem Grundsatz „No taxation without legislation“ endlich durchgesetzt werden?

Vassiliadis: Das Thema verfolgt uns ja schon länger, bekommt aber jetzt eine andere Qualität, eine neue Dringlichkeit. Den Reformbedarf sehe ich nicht nur beim Parlament, das neben der Haushalts- und Steuerpolitik auch ein Initiativrecht bekommen muss. Auch die Kommission ist eher ein riesengroßes Generalsekretariat als eine Regierung, und der Europäische Rat kann von einzelnen Staaten in seinen Entscheidungen leicht blockiert werden.

Dossier: Und was heißt das konkret für den Europäischen Rat?

Vassiliadis: Das ist derzeit eine Exekutive der Exekutiven. Aus meiner Sicht muss der Rat zu einer zweiten Kammer der europäischen Gesetzgebung werden. Damit wäre auch klar, dass bei gewöhnli-

chen Entscheidungen im Rahmen der Kompetenzen, die der EU übertragen wurden, das Mehrheitsprinzip gilt. Obwohl der Modernisierungsbedarf der EU jetzt durch die Konjunkturprogramme sichtbar wird, ist die Zeit dafür nicht wirklich reif. Es fehlt bei den Bürgerinnen und Bürgern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern derzeit dafür das Vertrauen. Hier muss nun diese Krisenintervention Abhilfe schaffen.

Dossier: Der Thinktank der Juncker-Kommission, das European Political Strategy Centre (EPSC) hat als Zukunftsvision für die europäische Wirtschaft den Begriff der „strategischen Autonomie“ schon vor einigen Jahren geprägt. Gemeint ist, dass Europa soweit es möglich ist, von Rohstoff- ebenso wie von Technologielieferanten unabhängig werden muss. Wir haben in der Krise erlebt, wie abhängig wir plötzlich von Mundschuttlieferungen aus China und Zulieferteilen für den Automobilbau aus der Global City Wuhan sind. Ist „strategische Autonomie“ der richtige Ansatz, um zu einem stetigen Wirtschaftswachstum und damit stabiler Beschäftigungsentwicklung in ganz Europa zurückzukehren?

Vassiliadis: Wir müssen uns ernsthaft über eine europäische Architektur von Globalisierung unterhalten.

Dossier: Laufen wir dann nicht Gefahr, eine Variante der Amercia-First-Strategie zu entwickeln?

Vassiliadis: Nein, das darf es nicht sein und wäre eben keine Variante, die der europäischen Vorstellung von nachhaltiger und fairer Gestaltung der Globalisierung entspricht. Die Idee der „strategischen Autonomie“ würde die Bedeutung von Lieferketten und Selbstversorgungsfragen in den Mittelpunkt rücken. Das ist wichtig. Die Globalisierungsphase nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ging naiv und auch rücksichtslos davon aus, dass das Kapital und das westliche Ökonomieverständnis gesiegt hätten und a priori so unumstößlich seien wie die Naturgesetze. Wir sehen nun vielfältige Grenzen dieser Illusion.

Dossier: Wie meinst du das?

Vassiliadis: Viele haben nicht denken wollen oder können, dass ein Mann wie Trump anderen eine solche Handels- und Machtpolitik aufzwingt, und der militärischen Macht der USA eine durch aktive Eingriffe gestaltete wirtschaftliche Vorteilsnahme auf dem Globus hinzufügt. China ist so stark geworden und wir sind dort einfach auf „den Markt“ gegangen, haben investiert, verdient und reiben uns nun manchmal die Augen, dass das alles auch politische Folgen hat. Ich habe einige Vorstandsvorsitzende gefragt, was sie denn machen würden, wenn die Lage in China irgendwann einmal kippt und Anlagen und Assets auf dem Spiel stehen. Antwort: Wir arbeiten dort so erfolgreich, dann schreiben wir sie eben ab. Das war die sicher schlichteste Antwort, die ich auf meine Frage bekam. Aber sie kennzeichnet das Kalkül ohne politisches Konzept, welches mit der grenzenlosen Öffnung der Märkte und Länder der Welt verbunden ist.

Dossier: Jetzt haben wir es nicht mehr nur mit der „einen Welt“ zu tun, in der wir Handel und Wandel treiben. Jetzt treten neue Machtblöcke miteinander in einen Wettbewerb, nein, besser in einen Wettkampf und globale Vorherrschaft.

Vassiliadis: Es schien drei Jahrzehnte kein Außen mehr zu geben. Es gab den weltweiten Handel, Außenpolitik war Weltinnenpolitik. Jetzt kommen andere Logiken, und die berühren unser Geschäftsmodell einer relativ freien, aber auch unregelmäßigen Globalisierung. Es reicht eben nicht, Konsum und Reichtum für wenige als das Leitbild für viele zu etablieren – die dann schnell erkennen, dass das für die meisten Menschen nicht gerecht aufgeht. Und Cherry Picking geht natürlich auch nicht. Da setzt ja beispielsweise Trump gerne an.

Dossier: Zum Beispiel?

Vassiliadis: Es gibt sehr wohl ein Zollgefälle zwischen den USA und Europa. Europa hat immer Zölle auf amerikanische Waren erhoben. Das muss man sehen. Dass Donald Trump daraus einen Handelskrieg macht, ist natürlich vollkommen fehl am Platz. Aber ein gutes und faires Handelsabkommen hätte man fertig haben sollen, bevor so ein rück-

sichtsloser Milliardär sein Geschäftsgebaren ins Oval Office trägt.

Dossier: Ist das, was wir jetzt erleben, der Beginn von etwas Neuem? Oder nur eine Verkleidung des Hergebrachten, der Globalisierung, der Marktvorherrschaft in einem anderen Gewand?

Vassiliadis: Es gibt einen Teil, der einfach weiterläuft, beschleunigt durch die Digitalisierung von Prozessen. Das ist der Effizienzansatz industrieller Produktion. Die Geschwindigkeit ist so, dass das Leitbild von der weitgehend menschenleeren Fabrik nicht mehr völlig aus der Luft gegriffen erscheint. Was Ende der 1980er Jahre aufkam, aber damals noch wie Zukunftsmusik aus weiter Ferne erschien, ist heute nicht mehr weit weg. Als Gewerkschaften haben wir nicht ausreichend diskutiert, was das für uns und unser Gesellschaftsmodell bedeutet. Die Produktivität lief dem Wachstum voraus ...

Dossier: Und das kostet Beschäftigung.

Vassiliadis: In der Tat. Bis dahin war die Lohnpolitik der Treiber von Rationalisierungen gewesen, wir wollten das ja, denn darin steckten Potenziale zur Humanisierung der Arbeitswelt. Es ging damals um Industriearbeit. Jetzt sind wir an einem anderen Punkt. Die Digitalisierung ermöglicht nun eine direkte Verbindung von Kunde und Produktion. Intermediäre aus dem Vertrieb, der Verwaltung, der Fakturierung oder Buchhaltung können zum Teil durch Algorithmen ersetzt werden. Die neue Qualität an dem technologischen Schritt, den wir gerade gehen, ist die maschinelle oder künstliche Intelligenz, die sich selber boostet, sich optimiert – und das mit einer ungeheuren Geschwindigkeit. Die Produktion ist ja schon hochtechnisiert. Ich glaube, der Fokus richtet sich nun wirklich auf die administrativen Bereiche.

Dossier: Deren Dienstleistungen lassen sich in Teilen standardisieren und als App verfügbar machen.

Vassiliadis: Viele Routinen lassen sich standardisieren und digitalisieren. Ob dabei immer was Besseres herauskommt, steht auf einem anderen Blatt.

„DIE VERTEILUNGSFRAGE KANN IN ZWEI VARIANTEN BEANTWORTET WERDEN: IN INTELLIGENTEN SYSTEMEN, DIE DARAUF AUSGERICHTET SIND, ALLEN MENSCHEN EIN GUTES LEBEN ZU ERMÖGLICHEN. ODER IN CHAOS UND KONFLIKTEN.“



Das Phänomen gibt es ja schon an den Finanzmärkten, die Masse der Kontrakte wird nicht von Menschen gemacht. Im Hochfrequenzhandel etwa käme ein Mensch nicht mehr mit. Solche automatisierten Entscheidungen werden uns in allen möglichen Bereichen begegnen.

Wir haben also die Frage zu beantworten: Was schafft eigentlich wirklich Werte?

Dossier: Und wie werden sie verteilt?

Vassiliadis: Genau, aber das ist erst der übernächste Schritt. Wenn die Maschine den Wert produziert, ist dieser „Wert“ ja immer noch da, die Menschen sind es aber nicht mehr. Das Ganze wird zu einem viel größeren Aspekt gesellschaftlicher Verteilung. Und dabei spielt der Lohn nicht mehr die Hauptrolle. Wir haben es im Grunde mit zwei Effekten zu tun: Zum einen stehen wir vor einer neuen Rationalisierungswelle, die neue Bereiche erfassen wird – auch der Verwaltung, die in den letzten Jahrzehnten ständig wuchs. Und zum anderen haben wir eine zunehmende Ungleichverteilung. Wozu führt das langfristig?

Als Gewerkschaften müssen wir in dieser Umbruchsituation klären, wo wir stehen. Halten wir jeden Konsum für guten Konsum, weil wir eine hohe Binnennachfrage für wichtig halten? Wir müssen

konnten. Das war ja – mit Blick auf die Nachbarstaaten – nicht so selbstverständlich. Man konnte für einen Moment glauben, als stünde die Sozialpartnerschaft vor einer Renaissance. Doch der Blick in die Statistiken lehrt uns, dass immer weniger Menschen unter dem Schutz von Betriebsräten und Tarifen arbeiten, dass immer mehr Unternehmen eine ausländische Rechtsform wählen, um der Mitbestimmung zu entgehen. Hat diese Krise, in der die Menschen gemeinsam für die Schwächsten eingestanden sind, das Potenzial zu einer Rückkehr in kollektive Regelungen?

Vassiliadis: Ich sehe das so nicht kommen. So mancher Unternehmer kokettiert geradezu damit, mit seinem Betrieb nicht mehr tarifgebunden zu sein. Wer nicht organisiert ist, profitiert direkt oder indirekt von unseren Verhandlungsergebnissen – ohne dafür Verantwortung zu tragen. Die Tarifabdeckung ist nicht mehr da, und trotzdem wirkt erstaunlicherweise die Erinnerung bei Unternehmen und Beschäftigten an die Situation von vor Jahrzehnten nach, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände das schon regeln. Damals war fast jeder Zweite Mitglied, und auch die Arbeitgeber waren hochorganisiert. Aber die Erinnerung an diese Zeit täuscht natürlich. Heute müssen wir uns eher fragen, ob Tarifverträge nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder und tarifgebundene Unternehmen gelten sollten. Die tragen schließlich mit ihren Beiträgen dazu bei, dass sie überhaupt verhandelt werden.

Dossier: Dem widerspricht aber die stehende Rechtsprechung.

Vassiliadis: Die stammt aber aus einer Zeit, als die Tarifabdeckung weit über 50 Prozent lag. Damals kamen die Richter und Richterinnen zu dem Schluss, dass aufgrund eines Quasi-Monopols der Tarifvertragsparteien eine Minderheit nicht von der Lohnentwicklung ausgeschlossen werden könne. Aber heute? Wäre es da nicht legitim, wenn wir für unsere „intellectual property“ Nutzungsgebühren verlangen könnten wie Apple für seine Software? Dazwischen ist aber die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber, die als Verband gegen die Interessen ihrer Mitglieder handelt und ihre Politik mit vermeintlichen Rechten nicht-organisierter Unternehmer begründet.

Dossier: Weil die negative Koalitionsfreiheit so ein hohes Gut ist, sagen die Arbeitgeber.

Vassiliadis: Wieder und wieder müssen wir uns die Forderungen anhören, wenn wir die Tarifverträge für Beschäftigte nicht immer unattraktiver machen, würden weitere Unternehmen aus der Bindung flüchten. Wenn man das zu Ende denkt, sind ir-

„WIR WERDEN DAFÜR KÄMPFEN, DASS DIE FEHLER, DIE POLITIK UND UNTERNEHMEN IN DER SOLARINDUSTRIE GEMACHT HABEN, NICHT WIEDERHOLT WERDEN. NICHT INNOVATIONEN, SONDERN GROSSE STÜCKZAHLEN STANDEN IM FOKUS. GROSSE STÜCKZAHLEN KANN CHINA ABER BESSER.“

gendwann Tarifverträge ohne Inhalt das Argument für eine hohe Tarifbindung. Schrill, nicht wahr?

Unsere Chemieindustrie und die M+E-Industrie waren immer die Referenz für die tarifpolitische Entwicklung. Und sie sind immer noch die Exportweltmeister. Die Unternehmen ohne Tarifbindung, die die Vereinbarungen schlicht übernehmen, sind aus meiner Sicht Raubkopierer. Wir brauchen eine Tarif-GEMA!

Dossier: Verstehe ich das richtig: In dieser Krise steckt für Gewerkschaften keine Chance?

Vassiliadis: Nein, davon habe ich nicht gesprochen. Du hast vorhin gesagt, in der Krise haben alle zusammengehalten, um die Schwächsten zu schützen. Das stimmt: Wir haben fundamental reagiert, um eine menschliche und medizinische Katastrophe zu vermeiden. Aber ich bin mir nicht sicher, dass das zwangsläufig überall in der Bevölkerung gesehen wird.

Ich sehe eine Chance darin, dass wir wieder spüren, was eigentlich alles für das Funktionieren einer Gesellschaft wichtig ist. In den vergangenen zehn Jahren, in denen alles rund lief, der Arbeitsmarkt brummte, die Staatseinnahmen sprudelten, haben viele den Blick auf die Basis unseres Erfolges verloren. Vielen hatten unscharfe Vorstellungen davon entwickelt, was die Grundlagen wirtschaftlicher Stabilität sind, schien ja ein Selbstläufer zu sein. Skandalöse Arbeit wurde eher karitativ abgehandelt. Jetzt sind selbst die Pilotinnen und Piloten der Lufthansa zum Teilen bereit.

Dossier: Das war der bislang wohl egoistischste Teil der Arbeitnehmerschaft.

Vassiliadis: Nein, ich würde bei Egoismus nicht zuerst bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern suchen. Es geht vielmehr um den Bedarf, die vielen aktuellen Herausforderungen zusammenzudenken und daraus ein langfristig realistisches Handeln abzuleiten. Ein Beispiel: Wir wollen jetzt Elektroautos zum Durchbruch verhelfen. Die SPD-Spitze hat sich in den Verhandlungen um das Konjunkturpaket ausdrücklich gegen eine Kaufprämie für neue Autos ausgesprochen. Ich verstehe den Zukunftsimpuls für neue Antriebstechniken natürlich. Gegenwärtig verlieren wir aber in der Zulieferindustrie

massiv an Wertschöpfung und Beschäftigung – und damit die Fähigkeit, Automobile der Zukunft zu bauen. Denn Innovationen sind nicht unbedingt allein eine Sache der großen Konzerne und ihrer Forschungsabteilungen. Es geht also darum, ein angemessenes Verhältnis zwischen politischen Transformationszielen und einer wirklichen Kompatibilität mit neuem Wohlstand, Beschäftigung und sozialer Gerechtigkeit zu finden. Das schafft der Markt nicht allein, wie es auch die Parteizentralen, Ministerien oder wissenschaftlichen Institute nicht allein schaffen werden. Es braucht politische Narrative und Ziele, aber sie dürfen nicht einem Harry-Potter-Band entnommen sein.

Dossier: Die IG BCE steht ein Jahr vor ihrem Kongress. Im Herbst beginnen die ersten Konferenzen in den Bezirken. Vorausgesetzt, wir steuern in keine zweite Pandemiewelle: Mit welchen Themen geht ihr in den Kongress? Welche Ziele verfolgt ihr 2021 bis 2025?

Vassiliadis: Wir befinden uns inmitten einer Phase, die du als „Tiefe Transformation“ bezeichnest. Als Gewerkschaft gestalten wir die Energiewende mit, ohne dass es zu sozialen Verwerfungen im Bergbau, in der Kernenergie und der Kohleverstromung kommt. Jetzt ist entscheidend, dass die erneuerbaren Energien möglichst schnell kommen. Und zwar mit den erforderlichen Leitungen und in der Menge, die wir auch für industrielle Produktion ohne CO2 benötigen. Das sind gigantische Herausforderungen. Die chemische Industrie wird 2050 mehr grünen Strom benötigen, als heute ganz Deutschland verbraucht.

Dossier: Es fehlt die Technologie der Zukunft, es fehlt die Infrastruktur. Fordert ihr jetzt, dass die Politik nicht nur beschließen kann, sondern auch liefern muss?

Vassiliadis: Etwas ist ja in Bewegung gekommen, etwa beim Wasserstoff. Wir müssen jetzt stärker über den Einstieg in neue Technologien sprechen. Dabei hilft, dass nicht mehr viel zum „Aussteigen“ in Deutschland im Angebot ist. Wir werden dafür kämpfen, dass die Fehler, die Politik und Unternehmen in der Solarindustrie gemacht haben, nicht wiederholt werden. Das Förderregime war dort so



„DIE UNTERNEHMEN OHNE TARIFBINDUNG, DIE DIE VEREINBARUNGEN SCHLICHT ÜBERNEHMEN, SIND AUS MEINER SICHT RAUBKOPIERER. WIR BRAUCHEN EINE TARIF-GEMA.“

über die Rolle und Aufgaben von Steuern und die Bedeutung von Investitionen sprechen. Die Verteilungsfrage kann in zwei Varianten beantwortet werden: In intelligenten Systemen, die darauf ausgerichtet sind, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Oder in Chaos und Konflikten. Die Flüchtlingsbewegung Mitte des Jahrzehnts war so was wie ein Vorgeschmack auf das, was geschehen kann.

Dossier: Ich möchte auf das Thema Tarifbindung eingehen. Während und nach der Finanzkrise waren Arbeitgeber und viele Politikerinnen und Politiker voll des Lobes, wie wir unsere Beschäftigten trotz Mega-Krise in Arbeit halten

ausgestaltet, dass nicht Innovationen im Fokus waren, sondern große Stückzahlen. Das führte zu einem kurzen Boom, aber große Stückzahlen kann China besser. Also: Wenn jetzt viel Geld in Innovationszentren und anderes fließt, dann muss da auch was rauskommen. Vor allem sollte das nicht zum Prinzip werden.

Dossier: Ihr steuert also auf einen industrie- und wirtschaftspolitischen Kongress zu?

Vassiliadis: Auf einen, der die Zukunft guter Arbeit im Fokus hat. Ich will mit meinen Mitgliedern darüber Einigkeit erzielen, dass wir zu einem kritischen Treiber der Modernisierung werden. Was meine ich damit? Wir werden auf die Schmerzpunkte drücken und die in wohlfeilen Überschriften versprochenen Innovationen einfordern.

Wenn die Beschäftigten im Glas, Porzellan oder der Chemie nicht die erneuerbaren Energien bekommen, die sie zum Wirtschaften brauchen, dann wird das unangenehmer als die Auseinandersetzung um die Kohlezechen und Tagebaue.

Wir werden diese beschlossene Modernisierung in die Aufsichtsräte tragen, wir werden die Gremien der Mitbestimmung, aber auch unseren politischen Einfluss nutzen, um den Prozess zu treiben und bessere Politik zu fordern, wenn es hakt. Wir sind ja nicht blauäugig: Der Stand der technologischen Entwicklung zeigt, dass es echte Risiken für das „industrielle Netz“ gibt. Das braucht es aber, um all die geforderten Innovation zu erreichen. Wir haben das ja in unserem Plädoyer „Für den Fortschritt“

(Vassiliadis, 2010) im Grunde schon vor zehn Jahren formuliert. Wir wollen die Treiber echter und breit verstandener Nachhaltigkeit werden.

Dossier: Welche Botschaft sendet die IG BCE an die Arbeitgeber?

Vassiliadis: Unsere Botschaft an die Arbeitgeber ist, dass wir solche Zukunftsinvestitionen einfordern, auch wenn diese sich nicht unmittelbar im Sinne des kurzfristigen Controllings rechnen. Da ist ein strategisches Umdenken in einigen Unternehmen erkennbar. Aber natürlich reibt sich manchmal Zukunft am aktuellen Quartal. Wir sind dabei die Anwältinnen und Anwälte der Zukunft.

Dossier: Eine tarifpolitische Grundlinie wird es auch geben?

Vassiliadis: Wir werden die Risiken und Härten der „Tiefen Transformation“ tarifpolitisch abmildern und die Chancen von Digitalisierung und künftigen Geschäftsfeldern für unsere Leute heben. Es geht um die Verteilung der „digitalen Rendite“. Das ist unsere Ansage für die Post-Corona-Zeit.

Dossier: Vielen Dank für das Gespräch!



„WIR WERDEN DIE RISIKEN UND HÄRTEN DER „TIEFEN TRANSFORMATION“ TARIFPOLITISCH ABMILDERN UND DIE CHANCEN VON DIGITALISIERUNG UND KÜNFTIGEN GESCHÄFTSFELDERN FÜR UNSERE LEUTE HEBEN. ES GEHT UM DIE VERTEILUNG DER ,DIGITALEN RENDITE‘.“

Sozialpartner am Scheideweg

Die Strategie der Europäischen Union und der in ihr zusammengeschlossenen Nationalstaaten hat eine klare Ausrichtung: Die politisch gewollte und aus Gründen des Klimaschutzes unabdingbare „Tiefe Transformation“ der Wirtschaft wird über die Arbeitsmärkte und veränderte Erzeugnisse wie etwa neue Antriebstechniken, die Gesellschaft verändern. Dieser Kraftakt, mit mehr als einer Billion Euro finanziert, kann nur gelingen, wenn auch eine Reform, insbesondere der Institutionen der Europäischen Union, vorangetrieben wird. Es geht um mehr als die Bekämpfung einer globalen Nachfragelelle, was ohnehin schon eine gewaltige Aufgabe ist. Es geht um ein umfassendes Modernisierungspaket, mit dem Wirtschaft, Gesellschaft und staatliche Ordnung in Europa ins 21. Jahrhundert katapultiert werden. Die Alternative wäre bitter. Misslingt dieser Prozess, bleibt die „Tiefe Transformation“ von Produktion und Dienstleistungen stecken, dann rückt Europa nicht enger zusammen. Dann kann es kaum gelingen, dass das von Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit gekennzeichnete „europäische Modell“ im „dritten Systemwettbewerb“ der jüngeren Geschichte bestehen wird.

Was darunter zu verstehen ist, beschreibt das ifo Institut in München: „Im dritten Systemwettbewerb konkurrieren die westlichen Demokratien mit einem autoritären Staatskapitalismus, der in China anzutreffen ist, aber in Varianten auch in Russland und anderen, kleineren Staaten wie etwa Vietnam.

Es geht um militärische Vorherrschaft, aber auch um wirtschaftliche Konkurrenz: Wird der chinesische Staatskapitalismus die westlichen Marktwirtschaften in Wissenschaft, Technik und letztlich in wirtschaftlicher Dynamik und Effizienz übertreffen? Wird die Rolle Chinas in Entwicklungs- und Schwellenländern, auch in Afrika, wachsen und den Einfluss des Westens zurückdrängen? Kommt es soweit, dass sich die globale Wirtschafts- und Handelsordnung zunehmend an chinesischen Interessen orientieren wird?“ (ifo 1, 2020).

Nicht alle Akteure scheinen verstanden zu haben, dass der Stillstand der Wirtschaft, wie wir sie kannten, auf die Zukunft eines Netzwerkes aus Industrie und Dienstleistungen verweist, das aus dieser Situation entsteht.

Manche, wie der Arbeitgeberzusammenschluss Gesamtmetall, dokumentieren inmitten der Krise, in der die Politik dezent aber zugleich mit Nachdruck der Wirtschaft den Weg in eine digitale und nachhaltige Zukunft weist: Man möchte an den Auseinandersetzungen des späten 20. Jahrhunderts festhalten. Statt über die Frage zu diskutieren, was die zusehends zerfaserte Gesellschaft stärken könnte, veröffentlichte der in der Arbeitgeberlandschaft führende Verband, dass er eine weitere Auflösung von Verbindlichkeiten und Zusammenhalt anstrebt.

In dem im Mai 2020 veröffentlichten Papier „Wiederhochfahren und Wiederherstellung – Vorschläge für die 2. und 3. Phase der Corona-Krise“ haben die Verbandsfunktionäre all das aufgeschrieben, was sie im Grunde immer aufschreiben: Die Bürokratie müsse abgebaut werden, neue Belastungen wie eine Reform der Erbschafts- oder die Wiedererhebung der Vermögensteuer seien zu unterlassen. Und sogar schon beschlossene Reformen der zurückliegenden Jahre müssten rückgängig gemacht werden. Dies gelte für die Grundrente ebenso wie die abschlagsfreie Rente mit 63, die Mütterrenten oder gar die wieder hergestellte paritätische Finanzierung von Krankenversicherungsbeiträgen.

Die Forderungsliste ist mit ihren Erwartungen an „unkonditionierte Öffnungsklausel für die Tarifvertragsparteien“ oder die Abschaffung von Mindestausbildungsentgelten verbunden. Schon gar nicht dürfe die Mitbestimmung „über den Hebel des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ausgeweitet werden“.

Am meisten stört sich Gesamtmetall an der Ausdehnung des EU-Rechts auf die Sozialpolitik. Überlegungen zu einer Rückversicherung, die nationale Arbeitslosenversicherungen bei Konjunkturerbrüchen stützen soll, lehnt der Verband ebenso ab wie die Einführung eines Systems gesetzlicher Mindestlöhne oder Bestrebungen zur Entgelttransparenz oder europäische Vorgaben zur Einhaltung von Sozial- und Arbeitsstandards in den vollständigen Lieferketten.

Stattdessen fordern sie: Mehr Mittel zur Förderung der Transformation der Wirtschaft ins digitale und nachhaltige Zeitalter, größere Freiräume zur Arbeitszeitgestaltung anstelle der in Deutschland geschaffenen „Experimentierräume“ (Gesamtmetall, 2 2020). Kurzum: Man will mit den Instrumenten der Vergangenheit in die Zukunft.

Die Klügeren unter den Arbeitgebern nutzen die Weltwirtschaftskrise nicht zur Begründung ihrer Forderungen. Nico Fickinger, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nordmetall etwa veröffentlichte inmitten der Corona-Krise einen programmatischen Aufsatz, in dem er gar nicht erst versuchte, die Katastrophe des frühen 21. Jahrhunderts als Hebel für eine überlange Forderungsliste zu missbrauchen. Er plädiert für Abrüstung in den Verhandlungen, ruft die eigene Verbandsfamilie auf, „ihre Rolle als Abwehrkämpfer und Schadensbegrenzer ab[zul]egen“ und sich in „kraftvolle, verantwortungsbewusste Gestalter der modernen Arbeitswelt“ zu verwandeln.

Die Verbände könnten dazu möglicherweise gar nicht die Kraft haben. Fickinger regt an, die Gewerkschaften mit an Bord eines „gemeinsamen Thinktanks“ zu nehmen (Fickinger, 2020).

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fällt hinter die Positionen ihres Mitgliedsverbandes Gesamtmetall recht konturlos zurück. In ihrem Corona-Spezial kritisiert der Dach-

„Wird der chinesische Staatskapitalismus die westlichen Marktwirtschaften in Wissenschaft, Technik und letztlich in wirtschaftlicher Dynamik und Effizienz übertreffen?“ (ifo Institut)



verband der Arbeitgeberverbände die vom Gesetzgeber beschlossene Aufstockung des Kurzarbeitergeldes als „Vollabsicherung“, die „unerfüllbare Erwartungshaltungen an den Sozialstaat“ schüre. Dass die Erhöhung erst dann greift, wenn Menschen schon mehrere Monate oder sogar länger als ein halbes Jahr mit einem reduzierten Einkommen auskommen mussten, ficht der Verband nicht an.

In der Debatte um die Zukunft der Europäischen Union stört sich der Arbeitgeberspitzenverband an der Einführung eines Systems europäischer Mindestlöhne, auch die soziale Ordnung der Lieferketten nennt die BDA „unzeitgemäß“. Die BDA wünscht sich zur Erholung der Wirtschaft keinen Rechtsanspruch auf Homeoffice, dafür mehr Arbeit auf Abruf. Und gänzlich überraschungsfrei fordert man „mehr tarifpolitische Bodenständigkeit“ (BDA, 2020).

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) stellt sich dagegen hinter das Konjunkturprogramm der Bundesregierung. Ob der von den Gewerkschaften geforderte Kinderbonus, die Senkung der Mehrwertsteuer und der Umlage für erneuerbare Energie auf der Stromrechnung oder der Solidarpakt für Kommunen, der DGB lässt in seiner Stellungnahme nicht erkennen, dass das auf den Weg gebrachte Konjunkturprogramm Mängel aufweist (DGB, 2020).

In der IG Metall hingegen gab es deutlich vernehmbar Kritik an dem nationalen Programm, die der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft im Interview mit der „metallzeitung“ Anfang Juli 2020 so auf den Punkt bringt: „Eine Maßnahme wäre der zügige Austausch von Autos mit alter gegen solche mit modernster Verbrennertechnologie, gegen Hybride oder E-Autos. Das Problem ist nur, bei E-Fahrzeugen gibt es jetzt schon Lieferengpässe, weil nicht genügend Batterien zur Verfügung stehen und das wird sich in den nächsten Monaten nicht ändern. Wir haben als IG Metall seit Jahren auf diesen Missstand hingewiesen. Wenn ich dann schaue, was jetzt konjunkturell und ökologisch wirksam ist, dann sagen wir als IG Metall: Nehmt die alten Stinker aus dem Markt und ersetzt sie durch moderne Fahrzeuge, auch moderne Verbrenner. Das wirkt sich sofort positiv auf das Klima aus.“

Viele Maßnahmen – etwa die Förderung des Flottenaustausches bei Handwerk, KMU, Bus- und Bahngesellschaften seien richtig – aber weniger auf eine konjunkturelle Erholung zielend. Sie wirkten eher mittelfristig: „Sie sind eher Teil eines Investitionsprogramms für die von uns geforderte Transformation.“ Der Metall-Chef ist skeptisch, ob die Wirtschaft sich schon wieder in einer Erholungsphase befindet. Zwar zeigten mehrere Indikatoren nach oben, der Kupfer erhole sich. „Wir sehen an den Finanzmärkten eine Blase, eine Entwicklung, die der Situation der Realwirtschaft nicht entspricht. Die OECD geht davon aus, dass wir 2020/2021 in eine massive Weltwirtschaftskrise steuern. Und im Gegensatz zur Krise 2009/2010 haben wir keinen, der uns durch Nachfrage aus dem Sumpf zieht – wie damals China.“ Und er spricht sich für eine stärkere Orientierung der europäischen Wirtschaft an der heimischen Nachfrage aus: „Wir müssen uns also selbst aus dem Sumpf ziehen“ (Hofmann (1), 2020).

Hintergrund von Hofmanns Kritik ist, dass er in Berlin vergleichbar zur Finanzkrise in 2008 für eine umfassende Autokaufprämie geworben hatte, die unabhängig von der Antriebstechnik für den Kauf jedes Neuwagens gezahlt werden sollte. Auch auf Betreiben der SPD-Spitze wurde diese nicht beschlossen – stattdessen gibt es nur Prämien für Autos mit rein elektrischer oder hybrider Antriebstechnik. In der „Augsburger Allgemeinen“ hatte er seine Kritik deutlicher formuliert: „Man darf die für Deutschland so wichtige Branche mit direkt und indirekt über zwei Millionen Beschäftigten nicht in einer industriepolitischen Geisterfahrt gegen die Wand fahren“ (Hofmann (2), 2020).

Die Gewerkschaft ver.di war während des „Lockdowns“ die Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter. Ob öffentlicher Dienst, Handel, Banken oder Versicherungen, die Büros der Angestellten waren gesperrt, die Beschäftigten häufig in Kurzarbeit, die mithilfe häufig improvisierter Technik neue Formen der Arbeit gezwungenermaßen erprobten. Die Beschäftigten der Kliniken und Pflegedienste standen in der ersten Reihe, arbeiteten bis zur Erschöpfung. Mit einem Mal drang ins öffentliche Bewusstsein, wie lebenswichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Abends ver-

sammelten sich Menschen auf Balkonen und Straßen, um den Pflegekräften und Ärztinnen und Ärzten in den Kliniken Applaus zu spenden. Die Beklatschten aber waren unsicher, wie sie den Applaus bewerten sollen. Seit Jahren arbeiten vor allem die Pflegekräfte in den Krankenhäusern zu einem Lohn, der ihrer Leistung nicht entspricht. „Jetzt seid ihr dran!“ titelt die Gewerkschaft ver.di die aktuelle Tarifrunde.

Von der Anerkennung ist in den ersten Gesprächen mit den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes wenig zu spüren. „Applaus war gestern – heute herrscht Respektlosigkeit!“, so fasst Frank Werneke, Vorsitzender der Gewerkschaft, die Gespräche mit dem Verband kommunaler Arbeitgeber (VKA) zusammen. Statt neue tarifpolitische Wege zu gehen, „um in der aktuellen Pandemie-Situation eine Auseinandersetzung zu vermeiden“, setzten die Arbeitgeber „auf Provokation“ (ver.di 1, 2020).

Die Arbeitgeber hätten weder eine Verschiebung der Tarifrunde, „die den deutlich eingeschränkten Möglichkeiten zur demokratischen Willensbildung in den Gewerkschaften und dem Wunsch nach einer besseren Vorbereitung Rechnung trägt“, noch einer „respektablen Einmahlzahlung“ zugestimmt.

Ziel der Gewerkschaft sind Gehaltserhöhungen, welche „die herausragende Leistung und die wichtige Rolle der öffentlichen Beschäftigten in der Covid-19-Pandemie“ widerspiegeln, sagt Werneke im Interview mit dem „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ des DGB. Weitere Themen: Lage und Dauer der Arbeitszeit und ein Ende der Spaltung der Tariflandschaft in West und Ost dreißig Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten (Beamteninfo, 2020).

Die Verlagerung von Arbeit ins Homeoffice betrachtet ver.di zwiespältig. Auf der einen Seite konnte trotz „Lockdown“ auch in Rathäuser und Verwaltungen, „der Laden am Laufen gehalten werden“, wie es in der Tarifrunde heißt. Andererseits hat das Arbeiten zwischen Küche und Wohnzimmer, „eben auch erhebliche Nachteile“, wie Frank Werneke im Interview mit der „Augsburger Allgemeinen“ erklärt: „Menschen, die nicht über eine 100-Quadratmeter-Wohnung verfügen, tun sich schwer, Arbeits- und Privatleben zuhause zu vereinen, gerade wenn sie Kinder haben. Wir erleben durch Corona einen Digitalisierungsschub, das ist positiv. Aber auch für diese Zukunft braucht es Arbeitsschutz – auch durch Tarifverträge“ (Augsburger Allgemeine, 2020).

In den Konjunkturpaketen, wie sie etwa von der Bundesregierung aufgelegt werden, erkennt ver.di das Modernisierungspotenzial. „In der Krise schlägt die Stunde des handlungsfähigen Staates. Dieser wird zum Krisenmanager und Lebensretter. Nachdem zunächst einige Unternehmen gerettet, Arbeitsplätze weitgehend gesichert und Einkommen stabilisiert wurden, soll nun die Wirtschaft mit einem Konjunktur- und Investitionsprogramm ange-

kurbelt werden“, heißt es in einem Positionspapier des Bundesvorstandes. Die „digitale Transformation“ werde durch die Pandemie „massiv beschleunigt“. Während etwa vor der Krise nicht einmal jede und jeder zwanzigste Beschäftigte überwiegend zu Hause gearbeitet habe, seien es im April 27 Prozent gewesen. Allerdings würden 31 Prozent der Beschäftigten ihre Arbeitssituation zu Hause als stark oder äußerst stark belastend empfinden. Besonders betroffen sind Frauen. Denn sie sitzen nicht nur im Homeoffice. Sie wendeten „im Homeoffice im Vergleich zu Männern deutlich mehr Zeit für Sorgearbeit auf“, heißt es in dem Vorstandspapier weiter.

Die Gewerkschaft stellt sich in ihrer Positionsbestimmung hinter den Vorschlag für ein europäisches Recovery-Paket: „Wir werden diese politischen Initiativen für ein sozialeres Europa deshalb mit aller Kraft unterstützen und die Bundesregierung drängen, durch eigenes politisches Handeln Europa zu stärken“ (ver.di (2), 2020).

Parteien suchen nach Perspektiven über die Krise hinaus

Was Jörg Hofmann am Konjunkturpaket kritisiert, war eine bewusste Entscheidung der Koalitionsparteien. Es waren die beiden Vorsitzenden der SPD, die sich bewusst gegen eine allgemeine Kaufprämie für Neuwagen und stattdessen für eine besondere Prämie für Autos mit Strom- bzw. Hybridantrieb aussprachen. Mit der Entscheidung, die Prämie auf die Anschaffung von E-Autos bis zu einem Kaufpreis von 40.000 Euro auf 6.000 Euro zu verdoppeln, ließ die SPD den Ausstiegen aus Atom- und Kohlekraft einen weitere Ausstiegsbeschluss folgen: aus der Welt der Verbrennungsmotoren. Alle weiteren Zuschüsse zu Innovationen und die Flottenaustausch-Programme für Handwerk, soziale Dienste sowie Bus- und Fuhrunternehmen haben ebenfalls nur eine Richtung: Elektromobilität und Wasserstoffantriebe.

Auch mit Blick auf die Zukunft der Europäischen Union definierte die SPD ihren Kurs klar: In Richtung „strategische Autonomie“. „Dazu wollen wir sicherstellen, dass Europa auf den Feldern neuer Technologien wie Künstliche Intelligenz oder Big Data aus eigener Kraft handlungs- und gestaltungsfähig ist, wir unsere Werte wie den Schutz der Privatsphäre auch im digitalen Zeitalter wahren sowie gute und hochwertige Arbeitsplätze erhalten und neue entstehen lassen.“

Die SPD will Europa wieder auf den Kurs einer immer tieferen Integration bringen: Eine Europäische Rückversicherung für nationale Arbeitslosenversicherungen soll „makroökonomische Schocks“ abfedern helfen und damit die EU stärker von einem Staatenbund zu einer Solidargemeinschaft umformen. Außerdem will die Partei einen „euro-

„Im Entwurf für ihr neues Grundsatzprogramm sprechen sich die Grünen offensiv für die Weiterentwicklung der EU zur einer ‚Föderalen Europäischen Republik‘ aus.“

päischen Rahmen für Mindestlöhne und Grundsicherungssysteme zur Armutsbekämpfung“ durchsetzen. Auch das ist eine Erweiterung der europäischen Kompetenzen auf das Feld der Sozialpolitik (SPD, 2020).

Die CDU formuliert in allen Punkten etwas zurückhaltender. Zum Konjunkturpaket schreibt die Partei: „Es geht darum, dass wir die Wirtschaft ankurbeln und ein gutes Wirtschaftswachstum erzielen.“ Bemerkenswert ist die Abkehr von der bisherigen Politik vom Haushalten mit dem Rotstift: Wachstum bringe „das Geld, um Schulden zurückzahlen zu können und keine neuen Schulden machen zu müssen – das ist das Beste, was wir an Generationengerechtigkeit geben können“, schreibt die scheidende Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer auf der Homepage der CDU (CDU, 2020).

Über das Thema Europa versuchen sich die Kandidaten der CDU um die Nachfolge von Annegret Kramp-Karrenbauer als CDU-Vorsitzende zu profilieren. Etwa Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen: „Wir brauchen keine Staatsgründung“, sagt Laschet in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“, sondern „mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen“. Er erinnert an die Idee, einen europäischen Finanzminister oder eine -ministerin ähnlich der Außenbeauftragten der Europäischen Union zu installieren. Und bekennt sich ebenfalls zu dem, was andere „strategische Autonomie“ nennen: „Wenn wir Standards durchsetzen wollen, ökologische, datenschutzrechtliche etwa, gegenüber amerikanischen Unternehmen, dann geht das nur gemeinsam. Alle Weltmächte wollen lieber bilateral ‚Deals‘ mit Einzelstaaten machen. Stark sind wir nur gemeinsam“ (FAZ (2), 2020).

Und in einem kurze Zeit später erschienen Gastbeitrag, ebenfalls in der „FAZ“, schreibt der Kandidat um das Amt des CDU-Parteivorsitzes: „Wenn aber so große Summen zum Wiederaufbau und zur Modernisierung Europas mobilisiert werden, dann braucht Europa gemeinsame Strategien, die diesen Namen verdienen. Wir brauchen einen digitalen Binnenmarkt und eine faire Besteuerung digitaler Wertschöpfung. Ebenso brauchen wir einen Binnenmarkt für Energie und eine handlungsorientierte gemeinsame Klimaschutzstrategie. Kurzum: Mehr Europa! Deutschland hat in seiner Ratspräsidentschaft die Chance, den Grundstein dafür zu legen“ (Laschet, 2020).

Sein Konkurrent im Amt um den Parteivorsitz Norbert Röttgen sieht das kaum anders. In einem Gastbeitrag, erschienen ebenfalls in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ schreibt er: „In einer Zeit der wachsenden Großmachtkonkurrenz wird es immer wichtiger für Europa, die EU zu konsolidieren und außenpolitisch endlich handlungsfähig zu werden. Europa muss seine Hausaufgaben machen und sich von innen heraus stärken, um sich global behaupten zu können. Das bedeutet zu-

nächst einmal, dass wir den Euro stärken müssen.“ Sein Appell: Europa habe enormes Potenzial. Die „Fundamente der freiheitlichen Ordnung sind trotz allen Anfechtungen solide; Europas wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, seine wissenschaftliche und technologische Intelligenz sind immens. Was fehlt, ist der politische Wille, all dies zu einer Strategie zusammenzuführen“ (Röttgen, 2020).

Im Entwurf zu einem neuen Grundsatzprogramm für Bündnis 90/Die Grünen wird ebenfalls ein Europa skizziert, das sich auf der Grundlage wirtschaftlicher Macht, dem Systemwettbewerb mit China und anderen autoritären Staaten aufstellt. „Indem die EU mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen und den Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an Menschenrechten und Gemeinwohl orientierte Standards setzen.“ Europa sei mehr als ein Binnenmarkt, es müsse „als politisches Projekt weiterentwickelt werden“.

Die europäische Einigung dürfe nicht an der Blockade einzelner Staaten scheitern. Im Programmentwurf plädieren die Grünen daher dafür, dass „manche Mitgliedsstaaten nächste Schritte eher gehen als andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer sicherzustellen, dass das europäische Projekt als Ganzes nicht gefährdet wird“ und alle Mitgliedsstaaten sich den Vorreitern anschließen könnten.

Anders als die anderen Parteien sprechen sich die Grünen im Programmentwurf offensiv für die Weiterentwicklung der EU zu einer „Föderalen Europäischen Republik“ aus, in dem die Europäische Grundrechtecharta für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen gelte (Bündnis 90/Die Grünen, 2020).

Die Partei Die Linke hat das Konjunkturpaket scharf attackiert. Der Vorsitzende Bernd Riexinger erklärte Anfang Juni: „Die Autoindustrie ein weiteres Mal mit Sonderzahlungen aus Steuergeld zu verwöhnen, ist eine klimapolitische Rolle rückwärts ins vorige Jahrhundert.“ Man tue den 800.000 Beschäftigten in der Automobilindustrie „mit einer Alimentierung des krisenhaften Status quo keinen Gefallen“ (Die Linke (1), 2020).

Während SPD, CDU und die Grünen eine schärfere Abgrenzung zu einem autoritären Staat begründen und dabei auch bereit sind, etwa Zollschranken für nicht nachhaltig hergestellte Produkte zu erheben und Wettbewerber aus diesen Ländern vom Ausbau systemkritischer Infrastrukturen auszuschließen, schlägt Katja Kipping, die zusammen mit Riexinger Vorsitzende der Linken ist, vor, zwecks Corona-Bekämpfung „alle Wirtschaftssanktionen auszusetzen“. Der Iran etwa müsse jetzt in der Lage sein, ohne Einschränkungen dringend benötigte Arzneimittel und medizinische Güter auf dem Weltmarkt einkaufen zu können (Die Linke (2), 2020).

In ihrer Programmatik verharrt Die Linke auf einer Fundamentalkritik, die sie 2011 auf ihrem Parteitag in Erfurt beschlossen hat. Es bleibt bei der Ablehnung des Lissabonner Vertrages: „Unsere Kritik richtete und richtet sich weiterhin vor allem gegen die in diesem Vertragstext enthaltenen Aussagen zur Militarisierung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik, gegen die Grundausrichtung der EU an den Maßstäben neoliberaler Politik, gegen den Verzicht auf eine Sozialstaatsklausel, gegen die angestrebte Art der verstärkten Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsdienste sowie gegen das weiter bestehende Demokratiedefizit in der EU und ihren Institutionen“ (Die Linke (3), 2020).

Eine Verbindung zwischen ökonomischer, sozialer und ökologischer Modernisierung sowie einer institutionellen Reform der EU wird in der aktuellen Debatte nicht gezogen.

Die FDP sucht ihren eigenen Weg zur Modernisierung aus der Corona-Krise. Parteivorsitzender Christian Lindner: „Das Ziel kann nicht sein, nach Corona alles wieder so aufzubauen, wie es vorher war. Das Ziel muss sein, Deutschland und Europa nach der Krise besser zu machen!“ (FDP (1), 2020).

In seinem Grundsatzbeschluss vom 15. Juni 2020 legt der Bundesvorstand der FDP die Partei auf das Ziel eines „starken, zukunftsfähigen und krisenfesten Europa[s]“ fest. Einer der ersten Punkte ist so auch bei CDU, Grünen und SPD zu finden: Die FDP will eine „EU, die ihren geopolitischen Anspruch einlösen kann“. Dabei denkt die Partei zunächst weniger an eine Vorreiterrolle im Setzen technischer und wirtschaftlicher Standards und Normen im Zuge einer Innovationsstrategie. Sie blickt institutionell auf die EU. Diese solle einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anstreben, einen europäischen Sicherheitsrat einrichten und die „europäische Verteidigungsstrategie“ vorantreiben. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sollten qualifizierte Mehrheitsentscheidungen an die Stelle des Zwangs zur Einstimmigkeit treten. Den Green Deal wollen die Freidemokraten „smart“ umgesetzt wissen. Der „Gründung einer Wasserstoffunion“ misst die Partei eine ähnliche Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union zu, wie am Beginn der Europäischen Einigung die Vergemeinschaftung der Politik für Kohle und Stahl stand (FDP (2), 2020).

Die AfD hält die Versuche von Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern, ebenso für Blödsinn, wie sie den „Lockdown“ verurteilt und dessen wirtschaftliche Folgen als Angriffsfläche gegen die Regierung benutzt. Für die AfD gibt es keinen menschengemachten Klimawandel und damit auch keine Notwendigkeit, Innovationen in Wasserstoff- und Batterietechnologien voranzutreiben. Sie bietet sich als Partei gegen jegliche Modernisierung an, ganz gleich, ob es sich um Anhänger von Dieselmotoren, Kohleverstromung oder Gegnerinnen des



Baus der Tesla-Fabrik vor den Toren Berlins handelt.

So erklärte deren Abgeordneter Peter Boehringer in der Aussprache des Bundestages zum Konjunkturpaket am 2. Juli 2020: „Eine epidemische Notlage von nationaler Tragweite, welche die Einschränkung von Grundrechten sowie des wirtschaftlichen Lebens gerechtfertigt hätte, bestand vermutlich – ich betone: vermutlich – zu keinem Zeitpunkt, spätestens jedoch seit Mitte März nicht mehr.“ So es überhaupt eine Gefahr gegeben habe, sei sie zu diesem Zeitpunkt schon vorüber gewesen. „Lockdown“ und Verschuldung zur Finanzierung des Neustarts der Volkswirtschaft werde, so der Redner der rechtsextremen Partei weiter, „auf dem Altar von Annahmen und Spekulationen geopfert“. Die Elemente des Konjunkturpaketes, mit der die deutsche Industrie auf ihrem Modernisierungspfad beschleunigt werden soll, hält Boehringer für Staatsdirigismus, der letzten Endes die Innovationskräfte hemme. Aus Sicht des Redners werde die „Coronakrise genutzt als Vorwand, um die ohnehin geplante hochideologische Politik zugunsten links-grüner Interessengruppen auf Kosten zukünftiger Generationen auf Pump vorzufinanzieren.“

In seiner Rede über das deutsche Konjunkturpaket bezog Boehringer auch seine Kritik am europäischen Recovery-Plan ein: Es handle sich um „Geschenke für den Mittelmeerraum, EU-vertragswidrig mit EU-Krediten finanziert [...], mit deutschem Geld gesichert [...]“. Die damit verbundenen Ankündigungen von Reformen des EU-Vertrages sind aus Sicht von Boehringer gänzlich verfehlt. „Mehrheitsentscheidungen in EU-ropa, weniger nationale Souveränität, noch mehr Finanzmittel für die EU. Meine Damen und Herren, die Deutschen wollen das nicht, und EU-Schulden und Steuern sind sogar glatt illegal.“ Eigene Vorschläge hatte der AfD-Redner nicht anzubieten (Bundestagsprotokoll, 2020).



Kapitel 4

BOOST OR BUST

Europa im Jahr der Corona-Krise kämpft um mehr als die Wiederbelebung seiner Wirtschaft. Die Staaten – so sie dazu in der Lage sind – investieren zugleich in ihre Zukunft. Es geht um Milliardenbeträge für Batterietechnologie, Ladestationen und Wasserstoffantriebe, Quantencomputer, Cloudcomputing und den übernächsten Mobilfunkstandard 6G. Die Europäische Union soll diese Programme für den politisch geeinten Teil des Kontinents nachzeichnen. Das Ziel: Europas Wirtschaft auf ein Niveau zu heben, dass es technologisch wettbewerbsfähig macht in einer Weltwirtschaft, die in mächtige miteinander konkurrierende Blöcke kontinentaler Größenordnung zerfällt. Die Europäische Union wird das verändern. Die Aufnahme eines hohen dreistelligen Milliardenbetrages an den Finanzmärkten und die Erhebung eigener Steuern oder Zölle rückt die EU in eine zentrale Rolle im Modernisierungsprozess. Sie muss diese neue Rolle auch politisch nachvollziehen. In der Diskussion taten sich fünf Staaten als Blockierer hervor. Sie schmälerten die Wirksamkeit des Paketes. Sie werden den Zug in die Zukunft nicht aufhalten. Und wenn doch? Dann wird Europa kaum eine führende Rolle im „dritten Systemwettbewerb“ spielen.

Die große Enttäuschung

Die Politikwissenschaftlerin und Publizistin Ulrike Guérot darf man als eine glühende Anhängerin der Idee von den Vereinigten Staaten von Europa bezeichnen. In ihrem 2019 erschienen Buch „Was ist die Nation?“ zieht sie allerdings eine bittere Bilanz ihres Lebensprojektes. Das „politische Projekt Europa“ ist „bis auf Weiteres gescheitert“. Es habe der Wille gefehlt, am „europäischen Traum zu arbeiten“. Deutschland sei „mit dem Rest Europas aufgrund der Renationalisierung seiner Europapolitik in vielerlei Hinsicht nicht solidarisch“ gewesen (Guérot, 2019, S. 11).

Den Bruchpunkt verortet sie in der Finanzkrise: „Da wir versäumt haben, aus Europa in puncto Solidargemeinschaft eine Nation zu machen, gibt es heute, rund eine Dekade später, populistische Parteien auf dem Kontinent, die mit national-sozialen Parolen auf Stimmenfang gehen“ (Guérot 2019, S. 69).

Diese Entwicklung einer „beispiellosen Phase der Nationalisierung“ (Guérot, 2019, S. 12) schwäche den Kontinent im globalen Wettbewerb der Machtblöcke: „Dabei tun die Chinesen oder die Amerikaner letztlich genau das, nämlich Industriepolitik und geostrategische Fragen zusammen zu betrachten. Heute heißt das ‚Geoökonomie‘,

wovon Europa indes weit entfernt ist“ (Guérot, 2019, S. 93). „Wo“, fragt sie weiter, „sind die heutigen industriellen und wirtschaftlichen Treiber einer europäischen Nationenbildung, jene Schlüsselindustrien von morgen, die an einer europäischen Nation und ihrem Modernisierungsprozess verdienen würden?“

Europa, so ihre Annahme, könnte Ergebnis einer ökonomisch-rationalen Überlegung sein. Ein europäisches Schienennetz, ein europäisches Breitbandnetz, eine „gemeinsame Entwicklung und Steuerung europäischer öffentlicher Güter“ schwebt Ulrike Guérot vor.

2019 war Europa weiter davon entfernt als gedacht. Nach der Europawahl war eine Frau zur Chefin der Europäischen Kommission gewählt worden, die wenig Rückhalt im Europäischen Parlament hatte, die den Austritt Großbritanniens und damit die Schrumpfung der Europäischen Union um eine starke Ökonomie zu verhandeln hatte. Der „Green Deal“, den sie Europa versprach, schien gemessen an den nationalen Querelen fast bedeutungslos: Wie gehabt Politik im Verwaltungsmodus wie schon seit mehr als einer Dekade.

Die Bundesregierung hatte zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches ein Angebot des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zum Eintritt in ein modernes Europa zwei Jahre unbeantwortet gelassen.

Als dann noch die Corona-Pandemie den „Lockdown“ der Weltwirtschaft notwendig machte, schien die EU den inneren Zusammenhalt gänzlich zu verlieren. Jede Regierung suchte im nationalen Alleingang ihr Gesundheitssystem hochzufahren, die Grenzen zu schließen und mit Finanzspritzen Wirtschaft und Arbeitsmärkte vor dem Kollaps zu bewahren. China flog Gesichtsmasken nach Italien ein und der Premierminister in Rom bedankte sich öffentlichkeitswirksam.

Dann kehrte die EU ins Spiel zurück. Erst nahm Deutschland aus Italien und Frankreich Corona-Patientinnen und -Patienten auf. Die EU projektierte das SURE-Programm, um mit dessen Feuerkraft nationale Arbeitslosenversicherungen so leistungsfähig zu machen, dass sie die Arbeitsmärkte und europäische Nachfrage halbwegs stabil halten konnten.

Und dann entschied sich die Bundesregierung, auf die Jahre alte französische Offerte einzugehen. Gemeinsam entwarfen Berlin und Paris die Idee eines machtvollen Recovery-Plans. Der aus der Krise eine Chance machen sollte.

Ein großer Aufbruch braucht (manchmal) eine große Krise

Guérot hatte vor der Krise in der Hoffnung auf eine ökonomisch getriebene Integration Europas über „historische Momente, in denen es keine nationa-

len Entscheidungen im herkömmlichen Sinn mehr gibt, und wo eine“, schreibt sie den Historiker Theodor Schieder zitierend, „nächste unmittelbare Behausung der Menschen notwendig ist.“ Und weiter: „Könnte es sein, dass sich Europa in genau so einem Moment befindet?“

Vor der Krise war dies lediglich der Traum einer mehr als überzeugten Europäerin. Inmitten der Krise, die im Sommer 2020 noch nicht vorüber zu sein scheint, könnte solch ein historischer Moment gekommen sein.

Könnte. Denn die Frage, wie die wohl schlimmste Wirtschaftskrise mit enormen Belastungen für die Menschen zum Ausgangspunkt einer neuen ökonomischen wie politischen Moderne werden kann, ist selbst mit der Einigung der EU-Mitgliedsstaaten von Mitte Juli 2020 über ein abgeschwächtes Recovery-Programm nicht beendet.

Es muss noch zahlreiche Hürden in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten und der EU nehmen. Und dann muss die Stabilisierung des Netzes aus Industrie und Dienstleistungen sowie des Arbeitsmarktes in Europa auch gelingen. Die Milliarden in die Förderung von Wasserstofftechnologien, dem Fusionsreaktor ITER, Batterietechnik, Ladesäulen-Netzwerk, Quanten- und Cloudcomputing und 6G-Netz müssen nun auch produktiv fließen.

Neu sind viele der Vorhaben nicht. Einige der dazu gehörenden Forschungsprogramme werden aufgestockt. Und damit werden sie konkret. Im Falle von Hybrid- beziehungsweise elektrisch getriebenen Flugzeugen muss ein vor Kurzem erst eingestelltes Vorhaben neu belebt werden.

Im Gespräch mahnt der IG BCE-Vorsitzende, Michael Vassiliadis, die Fehler aus der Solarförderung nicht noch einmal zu begehen. Im ersten Überschwang wurde alles, was aufs Dach oder den Acker installiert wurde, gefördert. Das hat die Nachfrage nach großen Stückzahlen gestärkt, nicht aber nach Innovationen, nach immer besseren Zellen. Vassiliadis: „Das führte zu einem kurzen Boom, aber große Stückzahlen kann China besser. Also: Wenn jetzt viel Geld in Innovationszentren und anderes fließt, dann muss da auch was rauskommen.“

Reformperspektiven für Europa

Wesentlich kniffliger wird die Arbeit an den politischen Konsequenzen aus der in Gang gebrachten Bewältigung der Krise und des Aufbruchs in die technologische Moderne. Denn die Überantwortung eines Konjunktur- und Modernisierungsprogramms in dreistelliger Milliardenhöhe vergrößert das ohnehin vorhandene Demokratiedefizit der Europäischen Union.

Martin Höpner, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, sieht das Grundproblem darin, dass es in Europa keine gemeinsa-

me Arbeits- und Sozialordnung gibt, so müssen wir zumindest verhindern, dass die nationalen Lösungen durch Grundfreiheiten, EU-Wettbewerbspolitik und Euro-Regeln kaputtliberalisiert werden. Der Zugriff auf das Soziale müsse „so weit wie möglich verschlossen“ werden.

Der Europaabgeordnete Joachim Schuster nennt drei Punkte für demokratische Reformen, die aus seiner Sicht wesentlich sind:

- Das Europäische Parlament braucht ein Initiativrecht für Gesetzesinitiativen.

- Das Europäische Parlament soll stärkere Durchgriffs- und Kontrollrechte gegenüber der Kommission bekommen.

- Die Präsidentin oder der Präsident der Kommission soll aus einer Spitzenkandidatur für die Wahl des Parlaments hervorgehen.

Michael Vassiliadis plädiert im Gespräch für Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat, um die europäische Ebene handlungsfähig zu machen.

Sven Giegold bindet die Kritik zusammen: Der Frust über das politische Europa habe „viele Quellen“. Europa werde nicht als wirklich handlungs- und leistungsfähig wahrgenommen. Die Entscheidungswege seien „nicht wirklich transparent“. Wenn das in einer Demokratie aber nicht der Fall sei, „entwickelt man nicht das nötige Vertrauen zu den Institutionen, die eigentlich das Volk vertreten sollen“.

Der Reformbedarf hat auch aus gewerkschaftlicher Sicht mehrere Ebenen, die letztlich miteinander verwoben sind. Es geht um Kompetenzen, die „Europa“ ausgehend von seiner Beschränkung auf die Durchsetzung eines Binnenmarktes immer weiter ausgehen, es geht um den „Anspruch auf politische Repräsentanz im Rahmen der wirtschaftlichen Repräsentanz“ der, wie Ulrike Guérout schreibt, „eklatant verkannt“ worden sei.

Der Historiker Heinrich Winkler dazu in einem Interview mit der „ZEIT“ im Jahr 2019: „Wenn die etablierten demokratischen Parteien die Legitimitätsschwäche des Europäischen Parlaments leugnen, kommt das der radikalen Rechten höchst gelegen. Parolen, die auf die Abschaffung von Nationen und Nationalstaaten zielen, sind Wasser auf ihre Mühlen.“

Diese Vielschichtigkeit lässt sich nicht mit einem Federstrich beheben. WSI-Forscher Daniel Seikel schlägt an die Kritik Höpners anknüpfend einen „konstitutionellen Neustart“ vor, eine „echte europäische Verfassung“ könnte die gegenwärtige „Überkonstitutionalisierung“ des Binnenmarktrechtes aufheben (Seikel, 2019, S. 147).

Unwahrscheinlich, dass die Union dazu jetzt in der Lage ist. Auch wenn Seikel in einem früheren Beitrag in den WSI-Mitteilungen schreibt: Dazu brauche es „eine dramatisch zugespitzte Krisensituation, die die politischen Akteure dazu bewegen würde, ihre Blockadepolitik aufzugeben und einen

umfassenden institutionellen Wandel [...] zu ermöglichen“ (Seikel 2016, S. 16).

Höpner plädiert im Gespräch für dieses Dossier für eine differenzierte Form der Weiterentwicklung der EU: Er kann sich vorstellen, dass es eine europäische Vorgabe gibt, nach welchen Kriterien die Mitgliedsstaaten einen Mindestlohn einführen sollen. Er denkt über die Verwendung von Strukturmitteln zum Aufbau von Systemen der Grundsicherung in ärmeren Mitgliedsländern nach. Oder über festzulegende Ausnahmen für die Binnenmarktordnung, um ihre Ausdehnung auf die Sozialstaatlichkeit zu unterbinden.

Einzelne Länder, so Höpner weiter, sollen sich stärker koordinieren, um voranzugehen und andere zum Nachfolgen animieren. Ein Vorschlag, der sich auch bei Emmanuel Macron und Angela Merkel findet.

Noch ein Punkt ist Höpner wichtig: Demokratie ist, wenn Wahlen einen Unterschied machen. Derzeit seien die europäischen Parteien eher lockere Zusammenschlüsse

Ob aus dieser Krise eine Verfassungsdiskussion folgt? Oder eine neue Orientierung? In ihrem gemeinsamen Statement mit Emmanuel Macron hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zumindest „Vertragsveränderungen“ in Aussicht gestellt. Das könne auch ein „sehr viel engeres Zusammenrücken einschließen“. Das soll auf der „Zukunftskonferenz“ nach der Pandemie diskutiert werden.

Ob am Ende Europa „weniger naiv“ sein wird, wie Merkel es formuliert hat, und tatsächlich „seiner strategischen Industriezweige besser begleitet“, ob Europa am Ende wirklich „eine gemeinsame Strategie für wirtschaftliche und industrielle Autonomie“ verfolgt, entscheidet sich in den kommenden Wochen und Monaten.

Die geschredderte Einheit Europas

Der mehrfach verlängerte Krisengipfel der europäischen Staats- und Regierungschefinnen und -chefs gibt Anlass zur Hoffnung und Anlass zu größter Skepsis. Das von Macron und Merkel vorgeschlagene Zukunftspaket wurde durch den Widerstand von den kleinen, jedoch potenten Mitgliedsstaaten Niederlande, Österreich, Dänemark, Schweden und Finnland teilweise geschreddert. Das mindert den Boost, mit dem Paris, Berlin und die EU-Kommission die Wirtschaft ins 21. Jahrhundert befördern wollten. Die nun vorhergesehene höhere Kreditsumme, die Vorbehalte einzelner Staaten gegen Förderinitiativen kann eine starke Entwicklung blockieren, gar die europäische Wirtschaft am Boden halten und damit wehrlos machen im globalen Wettkampf zunehmend autoritärer Blöcke.

Schlimmer noch: Der Kampf um Milliarden, dazugehörenden Vorgaben und Einschränkungen, geführt von einem Kreis einiger wohlhabender

Länder, hat der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt, dass Europa in mindestens drei Blöcke gespalten und damit politisch sehr eingeschränkt handlungsfähig ist. In einen autoritären Block, deren Führungen der absurd-autoritären Konzeption einer „illiberalen Demokratie“ folgen. Einem Wohlstandsblock, deren Regierungen es weitgehend gleichgültig ist, ob Europa als Ganzes wächst oder vor allem die schon entwickelten Volkswirtschaften weiter nach vorne kommen. Und einer deutsch-französischen Achse, der es nur in Ansätzen gelungen ist, der Politik des künftigen Europas die Richtung zu weisen.

Alles zusammen nicht die besten Voraussetzungen, die vor uns liegenden 2020er zu einem Jahrzehnt des politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritts zu machen, der einen ökologischen Push bringen muss.

Die Gewerkschaften haben sich wohl in den Debatten eingemischt. Richtig sichtbar geworden sind sie nicht. „Als Gewerkschaften haben wir nicht ausreichend diskutiert, was das für uns und unser Gesellschaftsmodell bedeutet“, sagt Michael Vassiliadis in diesem Dossier im Rückblick auf die zu Ende gehende Phase technischer Rationalisierung in der Industrie. Nun sind Wirtschaft und Arbeitsmarkt in eine neue Phase einer viel tiefer reichenden Transformation gestartet.

Einigkeit im Grundsatz – Europa könnte von Gewerkschaften lernen, ...

Es wird Zeit für einen Aufbruch der Gewerkschaften. Sie können jetzt mit ihrer Fähigkeit, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlang ihrer Interessen über Parteigrenzen hinweg zu organisieren und dennoch miteinander um die besten Lösungen für die Beschäftigten zu ringen, einer der Treiberinnen der nächsten Moderne werden. Sie können von Regierungen und Parlamenten in Europa Einigkeit im Grundsatz sowie Reformen der EU einfordern, die das Ende der neoliberalen Ära geradezu notwendig macht. Dazu gehören Veränderungen an den Verträgen, ein Ende des Binnenmarkteuropas und ein demokratischer und sozialer Aufbruch, dessen Facetten in diesem Dossier beschrieben sind. Sie sollten diese Phase nicht verstreichen lassen. Zum einen würde ein Scheitern des technologischen und politischen Aufbruchs an nationaler Kleingeistigkeit Europa weiter zurückwerfen als vor der Krise. Ein Europa, das im Wettstreit zwischen autoritären Regimen und den USA keine Rolle spielt und sich neuen Abhängigkeiten ausliefert, wird ein Europa sein, in dem Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und ihre Organisationen Kraft zu Gestaltung einbüßen werden.

Zum anderen ist ein Fortschritt ohne demokratische Anhänger und Anhängerinnen eine blutleere Veranstaltung, die mehr den Charakter von Verwal-

tung als politischem Handeln hat. In der Zeitschrift „Berliner Republik“ schrieb ich Anfang 2016 angesichts der zahllosen, miteinander wechselseitig verbundenen Möglichkeiten für technologischen, demokratischen und sozialen Fortschritt: „Wenn wir wollen stehen wir vor wunderbaren Zeiten“. Und zwar dann, wenn dieses Potenzial sich wechselseitig verstärkender Prozesse politisch erschlossen wird (Höhn, 2016).

Das soziale Europa, das demokratische Europa und das politische Europa sind untrennbar miteinander verbunden. Es gibt kein Scheitern nur auf einer Ebene, wie die Lage im Sommer 2020 überdeutlich vor Augen führt. Vielleicht lassen sich sogar Verbündete im Lager der Arbeitgeber finden, die bereit sind, gemeinsame Wege zu gehen. statt in ihrer Ideologie sowie den dazugehörigen Forderungen und Phrasen der wohl unproduktivsten Ära des Kapitalismus zu verharren.

... wenn Gewerkschaften diesen Auftrag annehmen.

Nachfolgende Generationen und ihre Historikerinnen und Historiker werden erst beurteilen können, ob die Gewerkschaften an einem historischen Wendepunkt der Geschichte ein mutiges Bündnis mit Politik, Arbeitgebern und Zivilgesellschaft schmieden konnten, um dem demokratischen, sozialen, politischen und ökologischen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen. Ob sie wenigstens dabei mitgetan haben. Oder ob sie sich davon treiben ließen. Gewerkschaften sind Gestalterinnen: in Belegschaften, Betrieben, Unternehmen, Branchen, Verwaltung, in der Bildung, der Gesellschaft und der Politik. Sie sind Gestalterinnen oder sie sind nichts. Deswegen verbietet es sich, sich treiben zu lassen. Die Gewerkschaften müssen ohnehin klären, wo ihr Platz in dem neuen Staat-Markt-Bündnis ist. Im Vorzimmer? Oder am Verhandlungstisch. Bringen sie sich in dieser historisch offenen Situation offen ein und machen die tiefe, die gleichzeitige technologische wie gesellschaftliche und politische Transformation zu ihrem Projekt, wird ein soziales Europa nicht nur denkbar, sondern möglich.

BIBLIOGRAPHIE

Allensbach, 2016: Augsburger Allgemeine, 2020. Ver.di-Chef: „Wir bereiten uns für den ersten Homeoffice-Streik vor“. Interview mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke in der Ausgabe vom 18. April 2020. <https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/Verdi-Chef-Wir-bereiten-uns-fuer-den-ersten-Homeoffice-Streik-vor-id57246891.html> (abgerufen am 29. Juni 2020)

Außenhandelskammer (AHK), o. J. German Company Directory, Stadt: Wuhan. https://china.ahk.de/market-info/german-company-directory/access/list?submit=&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bahkmember%5D=&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bcategories%5D=0&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bcities%5D=wuhan&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bcontroller%5D=Company&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bcountries%5D=0&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bindustries%5D=0&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Boffers%5D=&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bpage%5D=1&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bregions%5D=0&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bwords%5D=Full-text%20search&tx_cpsfmp_companymainplugin%5Bzip%5D=&cHash=130f4781c00d80d6356e095e4d5198ec (abgerufen am 6. Juli 2020)

Automobil-Industrie, 2020. Grüner Wasserstoff: Asahi Kasei nimmt weltgrößten Elektrolyseur in Betrieb. Bericht veröffentlicht am 23. April 2020. <https://www.automobil-industrie.vogel.de/gruener-wasserstoff-asahi-kasei-nimmt-weltgroessten-elektrolyseur-in-betrieb-a-926934/> (abgerufen am 23. April 2020)

BASF, 2019. BASF investiert in Quantencomputer-Startup Zapata Computing. Presseinformation vom 17. April 2019. <https://www.basf.com/global/de/media/news-releases/2019/04/p-19-178.html> (abgerufen am 2. Juni 2020)

Bayerischer Rundfunk (BR), 2019. Audi: Betriebsratschef fordert „Ende der Verunsicherung“ – Gesendet am 10. Oktober 2019, 13.11 Uhr. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/audi-betriebsratschef-fordert-ende-der-verunsicherung.ReQpxDW/> (abgerufen am 13. Juni 2020)

BBC, 2020. Wuhan: The London-sized city where the virus began. Bericht vom 23. Januar 2020. <https://www.bbc.com/news/world-asia-china-51202254> (abgerufen am 6. Juli 2020)

Beamteninfo, 2020. „Eine falsche Lohnpolitik hat das Potential dazu, die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise zu vereiteln.“ Interview mit ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke. <https://www.dgb.de/themen/++co++5624907e-c687-11ea-a86c-001a4a160123> (abgerufen am 2. Juni 2020)

Berylls, 2020. Automotive Crisis Agenda. An evolving agenda for steering through des COVID-19 crisis. https://www.berylls.com/wp-content/uploads/2020/06/202006_BERYLLS_Automotive-Crisis-Agenda.pdf (abgerufen am 30. Juni 2020)

Beschaffung aktuell, 2014. Die stählerne Seidenstraße. Erschienen am 1. April 2014. <https://beschaffung-aktuell.industrie.de/allgemein/die-staehlerne-seidenstrasse/> (abgerufen am 7. Juni 2020)

Binnenschifffahrt, 2020. In Duisburg kommen wieder Züge aus Wuhan an. Meldung vom 14. April 2020. <https://binnenschifffahrt-online.de/2020/04/haefen-wasserstrassen/13952/in-duisburg-kommen-wieder-zuege-aus-wuhan-an/> (abgerufen am 6. Juli 2020)

The Blue Swan Daily, 2020. DATA SPOTLIGHT: Wuhan Tianhe International Airport. <https://blueswandaily.com/data-spotlight-wuhan-tianhe-international-airport/> (abgerufen am 6. Juli 2019)

Börsen-Zeitung, 2020. Milliarden für Rohstoffkonzerne. Börsen-Zeitung , Ressort Unternehmen und Branchen, Ausgabe vom 10. Juni 2020.

Bündnis 90/Die Grünen, 2020. „...zu achten und zu schützen ...“ Veränderung schafft Halt. Grundsatzprogrammentwurf. https://cms.gruene.de/uploads/documents/202006_B90Gruene_Grundsatzprogramm_Entwurf.pdf (abgerufen am 17. Juli 2020)

Bundesagentur für Arbeit, 2020. Entwicklung des Arbeitsmarktes 2020 – Juni 2020 – Massiver Einsatz von Kurzarbeit stabilisiert. Meldung vom 1. Juli 2020. <https://www.arbeitsagentur.de/news-arbeitsmarkt-2020> (abgerufen am 30. Juni 2020)

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), 2019. Studie: Entwicklungsstand Quantencomputer V1.1(update Juli 2019) https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Studien/Quantencomputer/P283_QC_Studie-V_1_1.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (abgerufen 12. August 2020)

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2018. Verfassungsschutzbericht 2018. <https://www.verfassungsschutz.de/em-bed/vsbericht-2018.pdf> (abgerufen am 1. April 2020)

Bundesfinanzministerium (1), 2020. Bundesregierung verständigt sich auf finanzielle Unterstützung für die Lufthansa. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2020/05/2020-05-25-Lufthansa.html> (abgerufen am 2. Juli 2020)

Bundesfinanzministerium (2), 2020. Kampf gegen Corona: Größtes Hilfspaket in der Geschichte Deutschlands. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html> (abgerufen am 2. Juli 2020)

Bundesfinanzministerium (3), 2020. Mit Zuversicht und voller Kraft aus der Krise. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-konjunkturpaket-beschlossen.html> (abgerufen am 14. Juli 2020)

Bundestagsprotokoll, 2020. Stenographier Bericht, 170. Sitzung, 2. Juli 2020. Seite 21139 ff. <https://dipbt.bundestag.de/dip21/http/19/19170.pdf#P.21138> (abgerufen am 18. Juli 2020)

Bundeswirtschaftsministerium (1), 2020. Bundesregierung beteiligt sich mit 300 Millionen Euro an CureVac. Gemeinsame Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums und CureVac vom 15. Juni 2020. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200615-bundesregierung-beteiligt-sich-mit-300-millionen-euro-an-curevac.html> (abgerufen am 10. Juli 2020)

Bundeswirtschaftsministerium (2), 2020. Für eine starke Stahlindustrie in Deutschland und Europa! Handlungskonzept Stahl. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/handlungskonzept-stahl.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (abgerufen am 19. Juli 2020)

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), 2020. Die Corona-Pandemie ist ein Weckruf für einen Neustart der Wirtschaft. BDI-Pressemitteilung vom 14. Juli 2020. <https://bdi.eu/#/artikel/news/ein-weiter-so-wie-vor-der-krise-darf-es-nicht-geben/> (abgerufen am 16. Juli 2020)

Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), 2020. Corona-Spezial – Fünf aktuelle BDA-Positionen zur Pandemie. <https://topthemen.arbeitgeber.de/corona-spezial> (abgerufen am 17. Juli 2020)

Burrows, Matthew, 2019. Global Risks 2035 Update – Decline or New Renaissance, Atlantic Council. <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2019/10/Global-Risks-2035-Update.pdf> (abgerufen am 6. Mai 2020)

CDU, 2020. Kraftpaket für Deutschland! Gemeinsam entschlossen handeln. <https://www.cdu.de/corona> (abgerufen am 17. Juli 2020)

Chemietechnik, 2020. Wasserstoff-Projekte für Europa. Veröffentlicht am 13. Mai 2020. <https://www.chemietechnik.de/bildergalerie/wasserstoff-projekte-in-europa/5/> (abgerufen am 20. Mai 2020)

Decker, Oliver/Brähler, Elmar, 2018. Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Herausgeber: Heinrich Böll Stiftung und Otto Brenner Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf (abgerufen am 1. Juli 2020)

Deuber, Lea, 2019. Die unsichtbare Hand. Bericht in der Süddeutschen Zeitung, Ausgabe vom 26. März 2019. <https://www.sueddeutsche.de/medien/china-die-unsichtbare-hand-1.4384045> (abgerufen am 27. März 2020)

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB). 2020. DGB begrüßt Konjunkturprogramm der Regierung. Pressemeldung 38/2020 vom 4. Juni 2020. https://www.dgb.de/presse/++co++b268d304-a64d-11ea-98d2-5254008f5c8c?display_page=1&end_date=2999-12-31&start_date=2018-07-17&tab=Pressemeldung (abgerufen am 23. Juli 2020)

Dewey, John, 1916. Democracy an Education: an introduction to the philosophy if education. The Free Press, New York. Seite 87. https://books.google.de/books?id=OGlhNz4YJmkC&pg=PR5&hl=de&source=gbs_selected_pages&cad=2#v=onepage&q&f=false (abgerufen 12.8.2020)

Dullien, Sebastian, 2019. Ein langfristiges Investitionspaket zur kurzfristigen Stabilisierung. Zeitschrift Wirtschaftsdienst, 99. Jahrgang, Heft 11, Seite 747 ff. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/11/beitrag/konjunkturpolitik-in-der-krise.html> (abgerufen am 8. Juli 2020)

electrive 2020. Airbus beendet offiziell „E-Fan X“-Projekt. Nachricht vom 4. Mai 2020. <https://www.electrive.net/2020/05/04/airbus-beendet-offiziell-e-fan-x-projekt/> (abgerufen am 21. Juni 2020)

El-Erian, Mohamed, 2020. „Was gerade passiert, wird Generationen prägen“, Interview mit „Zeit online“, erschienen am 30. März 2020. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-03/corona-krise-wirtschaft-finanzenmarkte-usa-donald-trump> (abgerufen am 4. Mai 2020)

Encyclopedia Britannica, o. J.. Stichwort Wuhan (abgerufen am 6. Juli 2020)

Enderlein, Hendrik, 2018. Macron-Kater in Deutschland. Interview mit dem Deutschlandfunk am 26. September 2018. https://www.deutschlandfunkkultur.de/ein-jahr-nach-macrons-sorbonne-rede-macron-kater-in-1008.de.html?dram:article_id=429062 (abgerufen am 15. Juni 2020)

European Political Strategy Centre (EPSC), 2019. Rethinking Strategic Autonomy in the Digital Age, EPSC Strategic Notes, Issue 30, Juli 2019. https://wayback.archive-it.org/12090/20191129072400/https://ec.europa.eu/epsc/publications/strategic-notes/rethinking-strategic-autonomy-digital-age_en (abgerufen am 12. Mai 2020)

Europäische Kommission, 2020. Key Instruments – Supporting the Recovery Plan for Europe. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/factsheet_2_en.pdf (abgerufen am 2. Juni 2020)

Europäischer Rat (1), 2020. Ein Fahrplan für die Erholung. Für ein widerstandsfähigeres, nachhaltigeres und faireres Europa. Roadmap für recovery. https://www.consilium.europa.eu/media/43405/20200421-a-roadmap-for-recovery_de.pdf (abgerufen am 4. Mai 2020)

Europäischer Rat (2) 2020. Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (17., 18., 19., 20. Und 21. Juli 2020 – Schlussfolgerungen. <https://www.consilium.europa.eu/media/45136/210720-euco-final-conclusions-de.pdf> (abgerufen am 22. Juli 2020)

Euwid, 2020. Projekt GET H2 Nukleus: Zeitnahe Umsetzung der Wasserstoffstrategien nötig. <https://www.euwid-energie.de/projekt-get-h2-nukleus-zeitnahe-umsetzung-der-wasserstoffstrategien-noetig/> (abgerufen am 10. Juli 2020)

FAZ (1), 2020. Corona-Hilfen: Warum Frankreich einen anderen Weg geht. Ausgabe vom 9. Juni 2020. https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/corona-hilfen-warum-frankreich-einen-anderen-weg-geht-16807775.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (abgerufen am 15. Juli 2020)

FAZ (2), 2020. „Wir brauchen keine Staatsgründung“. Interview mit Armin Laschet erschienen in der Ausgabe vom 10. Juni 2020.

FAZ (3), 2020. „Mir ist es ernst mit der Lufthansa.“ Interview mit Heinz Hermann Thiele erschienen in der FAZ, Ausgabe vom 17. Juni 2020.

FDP (1), 2020. Europa: Eine Ratspräsidentschaft der richtigen Impulse. Beitrag auf der Homepage der FDP ohne Datum. <https://www.fdp.de/eine-ratspraesidentschaft-der-richtigen-impulse> (abgerufen am 17. Juli 2020)

FDP (2), 2020. Für ein starkes, zukunftsfähiges und krisenfestes Europa – Liberale Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 in Zeiten der Corona-Krise (Beschluss des Bundesvorstandes vom 15. Juni 2020). <https://www.fdp.de/sites/default/files/upload-s/2020/06/15/2020-06-15-buvo-liberale-forderungen-die-deutsche-eu-ratspraesidentschaft-2020.pdf> (abgerufen am 17. Juli 2020)

Felbermayr, Gabriel/Görg, Holger ,2020. Die Folgen von Covid-19 für die Globalisierung. Perspektiven der Wirtschaftspolitik. Online veröffentlicht am 15. Mai 2020. <https://www.degruyter.com/view/journals/pwp/ahead-of-print/article-10.1515-pwp-2020-0025/article-10.1515-pwp-2020-0025.xml> (abgerufen am 8. Juli 2020)

Fickinger, Nico. 2020. Wie wir unsere Wirtschaftsordnung verspielen. Gastbeitrag in der FAZ, Ausgabe vom 10. Juli 2020.

Frankel, Jeffrey, 2020. Warum das Corona-Virus die De-Globalisierung fördert. Gastbeitrag erschienen in der Wirtschaftswoche am 8. März 2020. <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/post-aus-harvard-warum-das-coronavirus-die-de-globalisierung-foerdert/25613552.html> (abgerufen am 4. Mai 2020)

Frankfurter Rundschau, 2020. Xavier Naidoo: Neues Video aufgetaucht – er leugnet Coronavirus-Pandemie und will Deutschland verklagen. Erschienen am 28. April 2020. <https://www.fr.de/panorama/leute/xavier-naidoo-coronavirus-video-verschwörungstheorie-deutschland-gericht-zr-13715379.html> (abgerufen am 13. Juli 2020)

GaWC, o. J. Definition der Klassifikation. <https://www.lboro.ac.uk/gawc/gawcworlds.html> (abgerufen am 7. Juli 2020)

GaWC, 2016. The world according to the GaWC 2016. <https://www.lboro.ac.uk/gawc/world2016t.html> (abgerufen am 7. Juli 2020)

GaWC 2018. The world according to the GaWC 2018. <https://www.lboro.ac.uk/gawc/world2018t.html> (abgerufen am 7. Juli 2020)

Germany Trade & Invest (gtai) 2020. China – Provinz Hubei – Stand: Februar 2020. <https://www.gtai.de/resource/blob/218972/88a-3b32ab28ce78be734964fd44f67e6/wirtschaftsdaten-hubei-data.pdf> (abgerufen am 7. Juli 2020)

Gesamtmetall (1), 2020. Die wirtschaftliche Lage der M+E-Industrie im Winter 2019/20 (Stand: 3. Februar 2020). https://www.gesamtmetall.de/sites/default/files/downloads/konjunktur_winter_2019_2020.pdf (abgerufen am 8. Juli 2020)

Gesamtmetall (2), 2020. Wiederhochfahren und Gestalten – Vorschläge für die 2. und 3. Phase der Coronakrise. <https://www.gesamtmetall.de/sites/default/files/downloads/gesamtmetall-vor-schlaege-fuer-die-corona-krise.pdf> (abgerufen am 16. Juli 2020)

Guérot, Ulrike, 2019. Was ist die Nation? Steidl Verlag, Göttingen.

Handelsblatt, 2019. Abschwung oder Krise – Der weltweite Wirtschaftsboom endet. Erschienen am 18. Juli 2019. <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/konjunktur-abschwung-oder-krise-der-weltweite-wirtschaftsboom-endet/24675238.html?ticket=ST-16061777-Ek2cupSOcpitoezceQ5L-ap6> (abgerufen am 4. Februar 2020)

Hans-Böckler-Stiftung, 2020. Corona-Krise: 26 Prozent der Erwerbstätigen haben bereits Einkommenseinbußen erlitten, sozial Ungleichheit verschärft sich. Pressedienst 10. Juli 2020. https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2020_07_10.pdf (abgerufen am 31. Juli 2020)

Helmholtz Gemeinschaft 2019. So teuer wird die Energiewende. <https://www.helmholtz.de/energie/so-teuer-wird-die-energiewende/> (abgerufen am 2. Juni 2020)

Hofmann, Jörg (1), 2020. Autokaufprämie: IG-Metall-Chef erhebt Vorwürfe gegen SPD. <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Autokaufpraemie-IG-Metall-Chef-erhebt-Vorwuerfe-gegen-SPD-id57499776.html> (abgerufen am 16. Juli 2020)

Hofmann, Jörg (2), 2020. „Die Frage lautet doch: Trägt die Brücke Kurzarbeit?“ Interview mit Jörg Hofmann erschienen in der metallzeitung am 1. Juli 2020. <https://www.igmetall.de/service/publikationen-und-studien/metallzeitung/metallzeitung-ausgabe-juliaugust-2020/die-frage-lautet-doch-traegt-die-bruecke-kurzarbeit> (abgerufen am 16. Juli 2020)

Höhn, Hilmar, 2016. Hell aus dem dunklen Vergangenen leuchtet die Zukunft hervor. Berliner Republik, Ausgabe 1/2016, S. 59 ff. <http://www.b-republik.de/archiv/hell-aus-dem-dunklen-vergangenen-leuchtet-die-zukunft-hervor> (abgerufen am 8. Juli 2017)

Höhn, Hilmar, 2019. Tiefe Transformation braucht mehr Demokratie. Erschienen in der Dossier-Reihe der Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/faust-detail.htm?sync_id=8830 (abgerufen am 1. Dezember 2019)

Höhn, Hilmar, 2020. Demokratische Sicherheit für eine Starke Gesellschaft. HBS-Dossier 7, S. 25 ff. https://www.boeckler.de/faust-detail.htm?sync_id=8943 (abgerufen am 25. Juni 2020)

Horn, Gustav A., 2020. Gegensteuern. Christoph Links Verlag, Berlin.

ifo Institut (1), 2020. Dritter Systemwettbewerb. <https://www.ifo.de/themen/dritter-systemwettbewerb> (abgerufen am 15. Juli 2020)

ifo Institut (2), 2020. Ein Fünftel der deutschen Firmen hält sich für gefährdet. Pressemitteilung vom 6. Juli 2020. <https://www.ifo.de/node/56536> (abgerufen am 12. Juli 2020)

Internationale Arbeitsorganisation, 2020. Concept note für die Weltkonferenz am 1., 2. und 7. - 9. Juli 2020. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/documents/meeting-document/wcms_747931.pdf (abgerufen am 15. Juli 2020)

Internationaler Währungsfonds (IWF), 2020. World Economic Outlook Update, June 2020. A crisis like no other, an uncertain recovery. <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/06/24/WEOUpdateJune2020> (abgerufen am 2. Juli 2020)

IG Metall, 2020. IG Metall schlägt Zukunftspaket vor. Bericht vom 24. Januar 2020 auf der Homepage der IG Metall. <https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/tarifunde-ig-metall-schlaegt-zukunftspaket-vor> (abgerufen am 22. Juli 2020)

Kaim, Markus, 2020. Besiegelt die Corona-Krise den machtpolitischen Aufstieg Chinas? Nein, die Positionsgewinne könnten von eher kurzer Dauer sein. Gastkommentar, erschienen am 2. April 2020 in der Neuen Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/meinung/china-oder-der-westen-geopolitik-in-zeiten-von-corona-id.1549297> (abgerufen am 4. Mai 2020)

Keil, Roger/Connolly, Creighton/Ali, S. Harris, 2020. Outbreaks like coronavirus start in and spread from the edges of cities. The Conversation, 17. Februar 2020. <https://theconversation.com/outbreaks-like-coronavirus-start-in-and-spread-from-the-edges-of-cities-130666> (abgerufen am 20. Februar 2020)

Krainz, Ulrich/Krainz, Ewald E., 2019. Demokratische Organisationen – Organisierte Demokratie. Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie (GIO), Ausgabe 50, S. 245 ff.

Lamberty, Pia, 2020. Wie sich Verschwörungstheorien und Esoterik überlappen. Interview gesendet im Deutschlandfunk am 29. Mai 2020. https://www.deutschlandfunk.de/wissenschaftliche-untersuchung-wie-sich.886.de.html?dram:article_id=477634 (abgerufen am 20. Juni 2020)

Laschet, Armin, 2020. Wir brauchen eine neue Gründerzeit für Deutschland und Europa. Gastbeitrag erschienen in der FAZ vom 20. Juni 2020.

Die Linke (1), 2020. Raus aus der Dauerkrise – für einen linken Green New Deal. Meldung auf der Homepage der Partei Die Linke vom 2. Juni 2020. <https://www.die-linke.de/themen/gesundheit-und-pflege/corona/detail/news/raus-aus-der-dauerkrise-fuer-einen-linken-green-new-deal/> (abgerufen am 22. Juli 2020)

Die Linke (2), 2020. Wirtschaftssanktionen aussetzen für Corona-Bekämpfung. Meldung auf der Homepage der Partei Die Linke vom 3. April 2020. <https://www.die-linke.de/themen/gesundheit-und-pflege/corona/detail/news/wirtschaftssanktionen-aussetzen-fuer-corona-bekaempfung/> (abgerufen am 22. Juli 2020)

Die Linke (3), 2020. Programm der Partei die Linke. Beschluss des Parteitages der Partei die Linke von 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt. <https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/programm/> (abgerufen am 22. Juli 2020)

Lufthansa, 2020. Geschäftsbericht 2019. Nachhaltig Wert schaffen. <https://investor-relations.lufthansagroup.com/fileadmin/downloads/de/finanzberichte/geschaeftsberichte/LH-GB-2019-d.pdf> (abgerufen am 10. Juli 2020)

Macron, Emmanuel, 2017. Initiative für Europa. Grundsatzrede vom 27. September 2017 in der Pariser Universität Sorbonne. <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatsprasident-Macron-im-Wortlaut> (abgerufen am 3. Juli 2020)

Macron, Emmanuel/Merkel, Angela, 2020. Mitschrift Pressekonferenz 18. Mai 2020. <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-franzoesischen-praesidenten-emmanuel-macron-1753844> (abgerufen am 19. Mai 2020)

Mannewitz, Tom, 2020. „Grundproblem ist ein zerrüttetes Vertrauensverhältnis.“ Interview mit dem Deutschlandfunk gesendet am 11. Mai 2020. https://www.deutschlandfunk.de/politologe-zu-anti-corona-demos-grundproblem-ist-ein.694.de.html?dram:article_id=476417 (abgerufen am 21. Juni 2020)

Max-Planck-Gesellschaft, 2019. Ein Sprung zur Supraleitung bei Raumtemperatur. Veröffentlicht am 22. Mai 2019. <https://www.mpg.de/13502314/supraleitung-supraleiter-raumtemperatur> (abgerufen am 3. Juli 2020)

Merck, 2019. Merck und HQS Quantum arbeiten im Bereich Quantencomputing zusammen. <https://www.merckgroup.com/press-releases/2019/jun/de/Merck-and-HQS-Deu.pdf> (abgerufen am 6. Juni 2020)

Negt, Oskar, 2010. Politische Bildung und Demokratie. In S. Aufenanger/F. Hamburger/L. Ludwig /R. Tippelt (Hrsg.): Bildung in der Demokratie, S. 27-37. Opladen: Barbara Budrich. Zitiert nach Krainz, Ulrich und Krainz, Ewald E., Zeitschrift Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für angewandte Organisationspsychologie (GIO), Ausgabe 50. <https://link.springer.com/article/10.1007/s11612-019-00480-2> (abgerufen am 9. Juli 2020)

OECD, 2020. OECD Wirtschaftsausblick Juni 2020. Ein Drahtseilakt für die Weltwirtschaft. <http://www.oecd.org/wirtschaftsausblick/juni-2020/#Global-outlook/> (abgerufen am 30. Juni 2020)

Ortega, Andrés, 2020. The Deglobalization Virus? <https://www.theglobalist.com/coronavirus-covid19-pandemic-globalization-deglobalization-globalism/> (abgerufen am 15. April 2020)

Perthes, Volker, 2020. The Corona Crisis and International Relations: Open Questions, Tentative Assumptions. <https://www.swp-berlin.org/en/publication/the-corona-crisis-and-international-relations-open-questions-tentative-assumptions/> (abgerufen am 5. Mai 2020)

Rensmann, Lars, 2013. Die Ausgrenzung des Eigenen und die Exklusiven des „Anderen“. Zur politischen Psychologie des Antisemitismus heute. Zeitschrift Psychoanalyse Ausgabe 2/2013.

Reporter ohne Grenzen, 2019. China strebt nach weltweiter Medien-Hegemonie. Landgericht, veröffentlicht am 29. März 2019. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/china/alle-meldungen/meldung/china-strebt-nach-weltweiter-medien-hegemonie/> (abgerufen am 24. Juni 2020)

Röttgen, Norbert, 2020. „Zeit für ein geopolitisches Europa. Eine Deutsche Antwort auf Macron. Gastbeitrag erschienen in der FAZ, Ausgabe vom 2. März 2020.

Sachverständige zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2020. Konjunkturprognose 2020 und 2021. https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Konjunkturprognosen/2020/KJ2020_Gesamtausgabe.pdf (abgerufen am 26. Juni 2020)

Sächsische Zeitung, 2020. Wieder Hygiene-Demo in Pirna. Erschienen in der Ausgabe vom 11. Juni 2020. <https://www.saechsische.de/plus/wieder-hygiene-demo-in-pirna-afd-lochner-corona-mundschutz-5213370.html> (abgerufen am 15. Juni 2020)

Salomo, Ben, 2020. Ein toxischer Cocktail. Gastbeitrag erschienen in der Jüdischen Allgemeinen, 5. Juni 2020. <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/ein-toxischer-cocktail/> (abgerufen am 25. Juni 2020)

Schönberger, Marlene, 2017. „Freimauertum, Zionismus und konspirative Eliten: Die Wirkung von Verschwörungstheorien auf demokratische Einstellungen.“ Erschienen in der Reihe Münchner Beiträge zur Politikwissenschaft. Hrsg. Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft. <https://epub.ub.uni-muenchen.de/32307/> (abgerufen am 24. Mai 2020)

Seikel, Daniel, 2016. Ein soziales und demokratisches Europa? Hindernisse und Handlungsperspektiven. WSI-Mitteilungen, Ausgabe 1/2016.

Seikel, Daniel, 2019. Das übersehende Demokratiedefizit. WSI-Mitteilungen, Aushabe 2/2019.

SPD, 2020. EU-Ratspräsidentschaft – Wir übernehmen Verantwortung für Europa in schwierigen Zeiten. Gemeinsam. Solidarisch. Zukunftsgewandt. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlusse/Parteispitze/20200608_Beschluss_Ratspraesidentschaft.pdf (abgerufen am 15. Juli 2020)

Stolle, Juliane, 2019. Weltwirtschaft im Wandel in Schlaglichter der Wirtschaftspolitik Ausgabe Dezember 2019. Hrsg. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2019/12/kapitel-1-3-weltwirtschaft-im-wandel.html> (abgerufen am 14. Juni 2020)

Stuttgarter Zeitung, 2020. Warum ausgerechnet Stuttgart eine Protesthochburg ist. Ausgabe vom 19. Mai 2020. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.corona-demos-warum-ausgerechnet-stuttgart-eine-protesthochburg-ist.cfd23c9-1259-4917-a358-c6aba54f572f.html> (abgerufen am 18. Juni 2020)

Süddeutsche Zeitung (1), 2020. Wiederaufbaufonds für Europa. Ausgabe vom 18. Mai 2020.

Süddeutsche Zeitung (2), 2020. Signal für Grünen Stahl. Ausgabe vom 16. Juli 2020.

Vassiliadis, Michael, 2010. Für den Fortschritt. Industriepolitik für das 21. Jahrhundert. Vorwärts-Buch Verlagsgesellschaft, Berlin.

ver.di (1), 2020. „Jetzt seid ihr dran!“ <https://unverzichtbar.verdi.de> (abgerufen am 18. Juli 2020)

ver.di (2), 2020. Erste Lehren aus der Corona-Krise Positionspapier des ver.di-Bundesvorstandes vom 29. Juni 2020. https://www.verdi.de/++file++5ef9ee6389f8ae8de759c12a/download/ver.di-Positionspapier_erste%20Lehren%20aus%20der%20Coronakrise.pdf (abgerufen am 19. Juli 2020)

Walter, Karla, 2020. Getting Americans Back to Work and Good Jobs. Homepage Center for american progress. Veröffentlicht am 29. Juni 2020. <https://www.americanprogress.org/issues/economy/reports/2020/06/29/487075/getting-americans-back-work-good-jobs/> (abgerufen am 3. Juni 2020)

Welt, 2020. Staatsschutz prüft Äußerungen von Attila Hildmann. Ausgabe vom 19. Juni 2020. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article209893069/Attila-Hildmanns-Aeusserungen-werden-vom-Staatsschutz-ueberprueft.html> (abgerufen am 25. Juni 2020)

Wikipedia (1), o. J.. Trans-Eurasia-Express. <https://de.wikipedia.org/wiki/Trans-Eurasia-Express> (abgerufen am 6. Juni 2020)

Wikipedia (2), o. J.. Wuhan. <https://de.wikipedia.org/wiki/Wuhan> (abgerufen 7. Juli 2020)

Winkler, Heinrich August, 2019. Schluss mit dem Träumen. Interview erschienen in DIE ZEIT vom 19. Juni 2019.

Wirtschaftsvereinigung Stahl, 2020. Pressemitteilung vom 15. Juli 2020. <https://www.stahl-online.de/index.php/medieninformation/bundesregierung-verabschiedet-handlungskonzept-stahl/> (abgerufen am 17. Juli 2020)

Xinhua Silk Road, 2019. Direct Container shipping route from Central China’s Wuhan to Japan scheduled to operate from Nov. 28. Mitteilung vom 14. November 2019. <https://en.imsilkroad.com/p/309365.html> (abgerufen am 12. Juni 2020)

AUTOR

Hilmar Höhn ist ausgebildeter Verlagskaufmann und Zeitungsredakteur. Nach seiner Tätigkeit für die Frankfurter Rundschau wechselte er zu den Gewerkschaften. Zuletzt war er Leiter der Abteilung Politik beim Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE). Seit 2019 arbeitet Hilmar Höhn als freiberuflicher Autor. Unter anderem für die Hans-Böckler-Stiftung.

IMPRESSUM

Ausgabe

„... leuchtet die Zukunft hervor“

Dossier Nr. 8/9, August 2020

Herausgeber

© Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
www.boeckler.de
ISSN 2628-8346

Pressekontakt

Rainer Jung
49 (211) 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

Autor

Hilmar Höhn
hilmarhoehn@icloud.com

Lektorat:

Dr. Susanne Fuß, Fonoskript

Bildmaterial

Seite 3, 4, 8, 11, 18, 20, 21,
22, 40, 44, 47, 49, 60, 64,
74, 77, 78 Adobe Stock

Seite 12: Joachim Schuster

Seite 32: Dominik Butzmann

Seite 41:

Karsten Bootmann/Evonik

Seite 52:

Christoph Seelbach

Seite 65: Helge Krueckeberg

Satz

teamADwork werbe GbR
Düsseldorf



»... leuchtet die Zukunft hervor« von Hilmar Höhn ist lizenziert unter Creative Commons Attribution 4.0 (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.